KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Schluss mit Isolation
Faschismus
und
Besatzung

Zeit für Freiheit

Nr. 214 März / April 2021 3,– €



»Die Zeit ist reif – Freiheit für Abdulla Öcalan«. Weltweit gehen mehr und mehr Menschen gegen die Isolation und für die Freiheit des kurdischen Repräsentanten auf die Straße.



Die Menschen in Rojava feiern den Erfolg der Guerilla in Gare. Sie konnte den Invasionsversuch der türkischen Armee in der südkurdischen Region zurückschlagen.



Neujahrsgrüße aus aus dem Frauendorf Jinwar in Rojava. Nach einem kalten Winter beginnen dort die Arbeiten für ein neues erfolgreiches Jahr.

Liebe Leserinnen und Leser,

die grenzüberschreitenden Militäroperationen der Türkei nehmen auch im Jahr 2021 kein Ende. Während ihre völkerrechtswidrigen Besatzungsoperationen in Nordsyrien, ob die Annexion des nordsyrischen Kantons Efrîn 2018 oder die Besetzung von Girê Spî (Tall Abyad) und Serê Kanîyê (Ras al-Ain) im Oktober 2019 zum Teil noch von der internationalen Staaten- und Zivilgesellschaft aufgegriffen wurden, erregen ihre Rechtsbrüche in Südkurdistan bislang kaum internationale Aufmerksamkeit. Die jüngste dieser Militäroperationen der türkischen Armee gegen die in den südkurdischen Medya-Verteidigungsgebieten befindlichen Guerillaeinheiten der PKK ist nun anders verlaufen als erhofft.

Am 10. Februar 2021 [*kurz vor dem Jahrestag der Verschleppung von Abdullah Öcalan*] startete der türkische Staat dort eine Invasion. Über vier Tage bombardierten mehr als 50 Flugzeuge und Dutzende Helikopter die Region Gare. Unter diesem schweren Bombardement sollten Soldaten an vielen Stellen abgesetzt werden. Diese Versuche wurden in großem Umfang abgewehrt und waren weitgehend erfolglos. An den Stellen, an denen Truppen landen konnten, zeigten HPG und YJA-Star entschlossenen Widerstand und besiegten die Armee.

Der türkische Staat versucht nun seine Niederlage in Gare zu verbergen und mit den von ihm ermordeten Kriegsgefangenen die Tagesordnung zu bestimmen. Nach Einschätzung des Menschenrechtsvereins IHD handelt es sich um ein Kriegsverbrechen und fordert daher unabhängige Ermittlungen – was von der Türkei vehement abgelehnt wird. Kurz nach seiner Niederlage verstärkte das Regime auch seine Repression gegen demokratische Kräfte und es rollte eine neue Repressionswelle auf die kurdische Gesellschaft zu. Über 700 Personen, darunter zahlreiche HDP-Mitglieder, sind binnen eines Tages festgenommen worden. Doch trotz dieser aggressiveren Rhetorik der türkischen Regierung konnten die politischen Erschütterungen vor allem innerhalb der Parteienlandschaft nicht aufgehalten werden. Der Gare-Effekt lässt zum ersten Mal mehrere Oppositionsparteien die türkische Regierungspolitik offen anklagen. Dies zeigt deutlich, dass das AKP-MHP-Regime seinen Zenit der Macht längst überschritten hat.

Denn auch der Beitrag dieser jüngsten Militäroperation für eine Lösung der kurdischen Frage ist gleich null. Wenn die Lösung auf den Gipfeln der Berge Kurdistans zu finden wäre, dann wäre sie in dem seit 40 Jahren andauernden Konflikt längst gefunden worden. In diesem Kontext zeigt sich einmal mehr die immense politische Bedeutung der internationalen Kampagne »Die Zeit ist reif: Freiheit für Abdullah Öcalan – Für einen gerechten Frieden in der Türkei«. Zahlreiche Organisationen, Vereine, Gruppen, Personen des öffentlichen Lebens und Gewerkschaften aus Italien, Skandinavien, Südafrika, Großbritannien, Deutschland und anderen Ländern machen mit ihren Solidaritätsbekundungen auf Abdullah Öcalans Rolle als den zentralen politischen Repräsentanten der kurdischen Gesellschaft aufmerksam. Er ist wohl der wichtigste Dialogpartner für mögliche Verhandlungen mit dem türkischen Staat über die Lösung der kurdischen Frage. Sein Einfluss auf die PKK ist ebenso ungebrochen wie sein Rückhalt in der kurdischen Bevölkerung. Seine aktuelle Isolation auf der Gefängnisinsel İmralı ist Ausdruck der gegenwärtigen kurdenfeindlichen Kriegspolitik des türkischen Staates.

In diesem Sinne erklären auch wir, für ein Ende der Gewaltspirale und einen gerechten Frieden in Kurdistan: Die Zeit ist reif – Freiheit für Öcalan!

Eure Redaktion

Aktuelle Bewertung

Demokratischer Widerstand gegen ein brüchiges Herrschaftssystem

Fatma Dersim, Mitglied im KCK-Exekutivrat

In naher Zukunft werden wir klarer erkennen können, wie sich die Ereignisse der vergangenen Monate auf die aktuelle politische Konjunktur auswirken. Bei den US-Wahlen geht es um deutlich mehr als nur die Wahl des Präsidenten oder der Mitglieder des US-Kongresses und des Senats. Ihre Bedeutung steht auch in direktem Zusammenhang mit der Krise, dem Chaos und der Lösungsunfähigkeit des Systems der kapitalistischen Moderne. Mit wutschnaubenden und machistischen Persönlichkeiten wie Trump, Putin, Erdoğan und Bolsonaro hat der Kapitalismus einen bestimmten Typ zu seinem Vertreter befördert, mit dessen Hand das System ein gigantisches Ausmaß an Zerstörung, Blutvergießen, Massaker und Armut erreicht hat. Doch ist mittlerweile eine Situation entstanden, die sich nicht nur mit diesen politischen Charakteren und Figuren erklären lässt. Durch die machistisch-männliche Realität, welche die Haupteigenschaften des hegemonialen Systems wie Zerstörung, Plünderung, Raub und Ausbeutung repräsentiert, haben sich für das Klima, die Natur und die Menschheit heute Probleme ergeben, die sich nur mit großem Aufwand wieder beheben lassen werden. Die Zerstörung ist nicht nur auf Natur, Wirtschaft und die gesellschaftlich-materielle Vernichtung begrenzt, sondern umfasst Angriffe, deren Ziel die Auslöschung von Geschichte, Kultur, kulturellen Symbolen und Gedächtnis ist.

Wir haben es heute mit einer Lage zu tun, in der selbst das kapitalistische System nicht mehr fähig ist, den Erfordernissen der Zeit gerecht zu werden, geschweige denn sich selbst auf den Beinen zu halten. Die kapitalistisch-hegemonialen Kräfte versuchen sich neuen Glanz zu verschaffen, indem sie den Eindruck befördern, sie selbst hätten nichts mit dem zerstörerischen, plündernden, räuberischen und vergewaltigenden Wesen des herrschenden Systems zu tun. Die Wahlen in den USA fanden auf der Grundlage genau dieser politischen Haltung statt. Mithilfe der Praxis Donald Trumps wurde der Welt ein völlig überspitztes, extremes Phänomen vorgeführt. Mit Verweis auf dieses bewusst geschaffene Phänomen erklären nun gewisse Akteure – sie selbst folgen und vertreten genau dasselbe Verständnis und Paradigma –, »das Schlechte kann die Welt nicht führen, diese schlimmen Charaktere müssen gestoppt werden«. Dahinter steckt die Absicht des Kapitalismus, seine weichere und liberalere Seite als Alternative zu präsentieren und sich so auf den Beinen zu halten. Die US-Wahlen sind damit Ausdruck der Suche der in die Sackgasse geratenen männlich-hegemonialen Verhältnisse. Ziel dieser Suche ist es, sich selbst zu erneuern und auf Grundlage gewisser Reformen zu gewährleisten, dass das kapitalistische System seinen Leitungsanspruch aufrechterhalten kann.

Einen weiteren wichtigen Aspekt stellen die Probleme dar, unter denen der freie Kapitalverkehr und der Markt auf globaler Ebene heute leiden. Diese Situation können wir auch als einen Konflikt bzw. Machtkampf zwischen Globalisten und Vertretern des nationalstaatlichen Paradigmas verstehen. Es handelt sich hierbei um einen Wettstreit zwischen zwei systeminternen Fraktionen: konservative, nationalstaatliche, rassistische Kräfte auf der einen und globalistische, liberale, den freien Kapitalverkehr befürwortende Kräfte auf der anderen Seite. Mit Joe Biden und Kamala Harris haben sich nun vorerst die Globalisten durchgesetzt.

Es ist wichtig, genau zu verstehen, welche Botschaft bei der Amtseinführung von Joe Biden und Kamala Harris vermittelt werden sollte, also welche Symbole verwendet wurden, wer zu den geladenen Gästen gehörte und welche Gruppen der Öffentlichkeit besonders offensiv präsentiert wurden. Es war eine sehr bewusste Entscheidung, bei dieser Zeremonie neben der traditionellen Führungsklasse auch vom System ausgeschlossene Gruppen wie AfroamerikanerInnen, Latinos oder VertreterInnen asiatischer Völker und mit dem Kampf der Frauen assoziierte Kreise wie in einem Schaukasten auszustellen. Dadurch sollte die politische Botschaft vermittelt werden, dass alle Ausgeschlossenen von nun an berücksichtigt und beteiligt werden würden. Natürlich hatten Kräfte, die nicht Teil des Systems sind, einen entscheidenden Anteil an der Machtübernahme von Biden und Harris. Diesen Kräften, die sehr direkt mit den Folgen der vierjährigen Amtszeit von Donald Trump konfrontiert waren, wurden die beiden VertreterInnen

der Demokratischen Partei als Alternative präsentiert, die noch Schlimmeres verhindern würden. Die beiden stellen in diesem Sinne das kleinere Übel dar.

Internationalistische revolutionäre Kräfte gewinnen an Einfluss

Den Ausschlag für diese Entscheidung hat der revolutionäre Widerstand und Kampf gegeben, der sich international immer weiter entwickelt. Alle Kräfte verfolgen mit großer Aufmerksamkeit das globale Ausmaß, das der Widerstand und der Kampf der Frauen mittlerweile angenommen haben. Als größte internationale Auseinandersetzung nichtsystemischer Kräfte befindet sich der Kampf der Frauen heute in einer Position, in der er von allen politischen Akteuren und dem Machtsystem zwangsläufig berücksichtigt werden muss. Hinzu kommt, dass auch die anderen nichtsystemischen Kreise in den vergangenen Jahren ihre Kämpfe derart weiterentwickeln konnten, dass die kapitalistische Hegemonialmacht sie zunehmend als ernste Bedrohung wahrnimmt. Der Kampf für das Klima, die Natur, Menschenrechte und die Freiheit der Frau, aber auch gegen Ausbeutung, Ausschluss und Armut aufgrund von Religion, Nation und Klasse hat sich heute zu Forderungen und einem Widerstand entwickelt, die im revolutionären Kampf ihren Ausdruck finden. Jeden Tag wird deutlicher, dass der internationalistische revolutionäre Kampf mehr und mehr an Einfluss gewinnt und sich als revolutionäre Welle ausbreitet. Diese Entwicklung löst auf Seiten der Systemkräfte große Besorgnis aus und veranlasst sie dazu, entsprechende Vorkehrungen zu treffen. Es ist daher wichtig, die US-Wahlen auch als einen Teil der aktuellen Maßnahmen zu verstehen, mit denen die weitere Ausbreitung dieser Welle verhindert werden soll.

Die derzeitige politische Konjunktur ähnelt auf vielfältige Art und Weise der Phase des Ersten Weltkriegs, der auch als »Erster Weltaufteilungskrieg« bezeichnet wird. Das damalige System, das auf der Herrschaft einer adeligen Klasse basierte, steckte in einer zutiefst verfahrenen Situation, in der sich die Bedingungen für die Überwindung eben dieser herrschenden Klasse mit jedem Tag weiter entwickelten. Damals waren die Bedingungen dafür gegeben, in Europa eine Revolution auszulösen und damit die Umbruchphase entscheidend voranzutreiben, die mit der Französischen Revolution im Jahr 1789 begonnen hatte. Die Unterdrückten, die ArbeiterInnenklasse und die Frauen führten den Klassenkampf und den allgemeinen Widerstand an. In Anbetracht dieser Lage gingen Adel und Großbourgeoisie ein Bündnis miteinander ein und machten sich daran, die Energie im Inneren zu bändigen, indem äußere Feinde bemüht und Konflikte geschaffen wurden. ArbeiterInnen, KleinbürgerInnen und Frauen wurden unter der Losung »Vaterland und Nation sind in großer Gefahr« für einen Verteilungskrieg mobilisiert, den die aristokratisch-adelige Klasse für die Umsetzung ihrer eigenen Interessen anstieß. Tausende und Abertausende ArbeiterInnen und Angehörige der Landbevölkerung, der unterdrückten Klasse wurden in den Tod geschickt. Er diente neben dem Krieg um die Pfründe imperialistischer Ausbeutung auch dem Ziel, im Inneren die Probleme zu verdecken und den revolutionären Kampf zu ersticken. Zuerst war dieses Unterfangen durchaus von Erfolg gekrönt. Mit der zunehmenden Dauer des Krieges kam es neben dem massiven Verlust an Menschenleben jedoch vermehrt zu wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen. Mit der bolschewistischen Revolution im Oktober 1917 verstärkte sich der Kampf gegen die adelige Klasse, die daraufhin erheblich an Kraft verlor. Damit begann die Phase, die letztendlich zur Machtübernahme der Bourgeoisie führte. Die adelig-aristokratische Klasse hatte versucht, die Überwindung der verfahrenen, nicht mehr funktionierenden Mentalität und des Systems durch Kriege nach außen zu verhindern. Doch verdeutlichten die Entwicklungen letztlich, dass diese Klasse ihren eigenen Niedergang trotz all ihrer Bemühungen nicht hatte aufhalten können.

Oppositionelle Kräfte sollen mit Terrorismus-Vorwurf ausgeschaltet werden

Eine ähnlich verfahrene Lage lässt sich auch in Bezug auf unsere heutigen Herrschaftsverhältnisse und das aktuelle System beobachten. Es hat beschlossen, aus der bestehenden Sackgasse mithilfe eines dritten Weltkriegs herauszufinden. Als Verantwortlichen für die verfahrene Situation im Inneren präsentiert es das Bild eines äußeren Feindes. Zum einen wurden vom System geschaffene Kräfte wie der Islamische Staat (IS) und rassistisch-faschistische Kreise dazu benutzt, um die arme, arbeitende Bevölkerung, von Verleugnung, Vernichtung und Repression betroffene Völker bzw. Gesellschaften und Frauen anzugreifen. Zum anderen hat man faschistische Regierungen mit umfangreichen technologischen, geheimdienstlichen und waffentechnischen Mitteln ausgestattet, um sie die Völker, revolutionären Kräfte und Kreise angreifen zu lassen. Mit Verweis auf das Label »Terrorismus« sollen alle oppositionellen Kräfte ausgeschaltet werden. Mithilfe von Trump und ähnlichen Charakteren hat das kapitalistische System die zerstörerischste, rassistischste und faschistischste Ausprägung seiner Politik Praxis werden lassen. Die Menschheit wurde seinen brutalsten Methoden ausgesetzt und damit dazu bewegt, einem Akteur seine Zustimmung zu geben, der sich als Gemäßigter präsentiert und verspricht, den Menschen wieder Luft zum Atmen zu lassen. Charaktere wie Trump – die extremste Form des Systems selbst – werden aktuell als alleinverantwortlich für alles Übel hingestellt. Parallel dazu hat sich das System darangemacht, seine »neuen Akteure« als Adresse für die

Suche nach Lösungen zu präsentieren. Es versucht damit zu verhindern, dass es selbst überwunden wird und es zu einer neuen Oktoberrevolution kommt. Es ist wichtig, sich stets bewusst zu machen, dass sich hinter der Machtübernahme von Joe Biden und Kamala Harris ein solcher Plan verbirgt. Die systeminternen Kräfte, insbesondere die USA, Russland, China und der Iran, werden entsprechend dieser neuen Lage einen Kampf um Beziehungen und Gleichgewichte miteinander eingehen. Der hauptsächliche Angriff und Feldzug wird sich aber gegen all die Kräfte richten, die außerhalb des Systems stehen. Die systemischen Kräfte werden also auch weiterhin am Kampf untereinander und der Aufteilung beteiligt sein.

Entstehung einer demokratischen Alternative im Mittleren Osten soll verhindert werden

Betrachten wir die jüngsten Entwicklungen und Ereignisse aus dieser Perspektive, wird deutlich, dass sich zunehmend eine revolutionäre Welle gegen das kapitalistische System entwickelt. Einer der wichtigsten Teile dieser Welle ist die kurdische Freiheitsbewegung. Der Einfluss des seit einem halben Jahrhundert andauernden kurdischen Freiheitskampfes wird mit jedem Tag deutlicher und gewinnt dadurch an Bedeutung. Währenddessen fanden der Kampf gegen den IS und die Rojava-Revolution statt. An dem Punkt, den die kurdische Freiheitsbewegung aktuell erreicht hat, stellt sie aus Sicht der zentralistischen Hegemonialkräfte und der regionalen, nationalstaatlichen Kräfte nicht nur eine kämpfende und widerständige Kraft dar. Sie erkennen, dass die Bewegung zugleich die führende Kraft für den Kampf um den Aufbau eines alternativen und demokratischen Systems ist. Dieses System orientiert sich am Projekt des demokratischen Konföderalismus und der demokratischen Nation, das auf dem Paradigma von Demokratie, Ökologie und Freiheit der Frau basiert. Die Belege dafür sind zahlreich. Die damit einhergehenden Entwicklungen haben zahlreiche Mächte alarmiert. Der Şengal-Widerstand und die Rojava-Revolution bilden in diesem Zusammenhang eine Art Lackmustest. Sie zeigen eindeutig, welches der bestehenden Systeme gut und welches schlecht ist. Der ausschlaggebende Grund dafür, dass die Akteure des kapitalistischen Systems – selbst gefangen in einer verfahrenen, chaotischen und krisenhaften Lage – die kurdische Freiheitsbewegung derart angreifen und als »terroristisch« brandmarken, liegt in dem antisystemischen Charakter dieser Bewegung und in der Führungsrolle, die sie für die Revolution spielt. Die kapitalistischen Systemkräfte und Akteure haben ihre Bemühungen in letzter Zeit deutlich verstärkt, die von ihnen als Risiko und Gefahr betrachtete Freiheitsbewegung zu blockieren, zu isolieren und zu vernichten. Sollte ihnen das nicht gelingen, wollen sie die Bewegung zumindest in das bestehende System integrieren.

Die USA sind die wichtigste Vertreterin einer politischen Linie, die darauf abzielt, im Mittleren Osten die Entstehung eines demokratischen Systems zu verhindern. Auch dort wurden die US-Wahlen dementsprechend aufmerksam verfolgt. Nun hat eine Phase begonnen, in der die regionalen Akteure ihre Position und Haltung entsprechend der neuen US-Regierung neu ausrichten. Insbesondere nationalstaatliche und kollaborative Kräfte sind aktuell sehr darum bemüht, sich der neuen Situation anzupassen. Sie versuchen sich gemäß der von Joe Bidens und Kamala Harris` Regierung vermittelten Haltung und Botschaften neu auszurichten. Es ist mittlerweile absehbar, welche Konsequenzen und Politik die US-Wahlen zur Folge haben werden. Die systeminternen Kräfte setzen darauf, sich selbst einen Teil vom Kuchen und einen vorteilhaften Platz zu sichern. Währenddessen wird es für die nichtsystemischen Kräfte essentiell sein, sich sowohl auf die Verleumdungs-, Vernichtungs- und Verarmungspolitik als auch auf die »Zuckerbrot und Peitsche«-Methode im Rahmen der »soft power«- bzw. der liberalen Politik des Systems vorzubereiten. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass harte und direkte Angriffe früh erkannt werden und auf Protest und Widerstand treffen. Deutlich schwerer, dafür aber umso wichtiger ist der Kampf gegen die sogenannte »soft power«, mit der ebenso eine Politik der Vernichtung, Unterdrückung und Verarmung einhergeht. Es ist wichtig, sich auf der Grundlage dieses Bewusstseins auf entsprechende Angriffe vorzubereiten.

Die kurdische Freiheitsbewegung als führende Akteurin für einen demokratischen Wandel

Die kurdische Freiheitsbewegung wird als zentrale und führende Akteurin für einen demokratischen Wandel betrachtet. Aus genau diesem Grund wird sie als Kraft verstanden, von der man profitieren kann, deren Vernichtung jedoch ebenso notwendig ist. Insbesondere aufgrund ihres sozialistischen und alternativen Paradigmas stellt sie aus Sicht der hegemonialen Mächte eine Kraft dar, die zerschlagen werden muss. Die jüngsten Angriffe mithilfe des türkischen Staates gegen Südkurdistan [*Nordirak*] und Rojava müssen in diesem Kontext verstanden werden. Die Türkei ist eine Kraft des kapitalistischen Systems, die für Angriffe, Zerstörung, Verwüstung und Blockade genutzt wird. Insbesondere die USA und die EU haben stets gewusst, wie sie die Verleugnungspolitik des türkischen Staates gegenüber den Kurdinnen und Kurden für ihre eigenen Interessen nutzen können. Entsprechend ihren Interessen haben sie immer wieder Unterstützung geliefert und der Türkei den Weg geebnet. Diese selbst hat von dieser Politik profitiert und ihre Völkermordpolitik gegenüber den Kurdinnen und Kurden bis zur Besetzung Südkurdistans und Rojavas vorangetrieben. Ihre in jüngster Zeit intensivierte Angriffspolitik stößt auf direkte Unterstützung durch die USA



Die Menschen in Rojava grüßen den Widerstand in Gare und feiern den Sieg der Guerilla. Mit Kampfjets und Bodentruppen hatte die türkische Armee versucht, die südkurdische Region Gare in den Medya-Verteidigungsgebieten zu besetzen, musste sich aber aufgrund des Widerstands der Guerilla nach vier Tagen am 14. Februar wieder zurückziehen. Foto: anha

und die EU. Diese Kräfte hatten bereits in der Vergangenheit die Vernichtungspolitik des schwarzen und des weißen türkischen Faschismus unterstützt. Auch heute tragen sie aufgrund ihrer umfassenden Hilfe eine große Mitverantwortung für die Fortsetzung der Völkermordpolitik der grün-schwarzen Faschismusallianz von Erdoğan und Bahçeli[1]. Mittlerweile befindet sich das türkische Regime an einem Punkt, an dem es den Entscheidungen westlicher Regierungen nicht mehr Gehör zu schenken bzw. sie umzusetzen gedenkt. Das jüngste praktische Beispiel dafür stellt die Weigerung des faschistischen Regimes dar, bindenden Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR), des Europarates und anderer internationaler Institutionen Folge zu leisten. Die EU-Länder selbst sind verantwortlich dafür, dass die faschistische Allianz von Erdoğan und Bahçeli sich weigerte, das EGMR-Urteil umzusetzen, das sowohl die persönliche Situation von Selahattin Demirtaş als auch aller anderen kurdischen politischen Gefangenen betrifft.

1 Die Autorin bezieht sich hier auf die Analyse Abdullah Öcalans, der den türkischen Staat und seine faschistische Politik in verschiedene Fraktionen unterteilt. Mit weißem Faschismus beschreibt er die von der CHP vertretene, als schwarzen Faschismus die von der MHP vertretene Linie. Mit der AKP ist seit 2002 ein grüner (weil islamisch verpackter) Faschismus die maßgebliche politische Strategie des türkischen Staates.

Der türkische Staat setzt seine Angriffspolitik weiter durch

Auch in diesem Jahr setzt der türkische Staat seine gegen die Kurdinnen und Kurden gerichtete Angriffspolitik fort. Wir können daher fast sicher davon ausgehen, dass die Bilanz 2021 noch negativer ausfallen wird als im Jahr zuvor. An der Bilanz des vergangenen Jahres lässt sich eindeutig erkennen, dass ein umfassender Krieg stattfindet. Gegen die kurdische Freiheitsbewegung wurden im Jahr 2020 insgesamt 1257 Luftangriffe und 120 Bodenoperationen durchgeführt. Allein in Nord- und Südkurdistan wurden 24 ZivilistInnen ermordet, darunter vier Kinder – die Angriffe und Massaker in Rojava nicht mit eingerechnet. Insgesamt fielen 227 Guerillaangehörige durch türkische Angriffe. Dem stehen 946 gestorbene türkische Soldaten gegenüber. Diese Zahlen sind Folgen des Krieges zwischen der PKK und dem türkischen Staat. Hinzu kommen dutzende ZivilistInnen, die Letzterer in verschiedenen Teilen Rojavas – in Efrîn, Serêkaniyê und Girê Spî – im vergangenen Jahr ermordet hat. Zuletzt verloren vier ZivilistInnen ihr Leben, als im Januar Geflüchtete aus Efrîn in der nahe Aleppo gelegenen Stadt Til Rifat angegriffen wurden. Solange die Verleumdungs- und Vernichtungspolitik des türkischen Staates unterstützt wird,



In Wien – wie in vielen anderen Teilen der Welt – demonstrierten Kurd*innen und weitere Internationalist*innen gegen die Invasion der türkischen Armee in Gare und zum 22. Jahrestag des internationalen Komplotts für die Freiheit von Abdullah Öcalan. Foto: anf

werden Menschen – insbesondere ZivilistInnen – ihr Leben verlieren, wird kurdisches Land vom türkischen Staat besetzt und der Völkermord fortgesetzt werden.

Der türkische Staat profitierte von der populistischen, rassistischen und rein interessengeleiteten Politik des ehemaligen US-Präsidenten Trump. Aktuell bemüht sich die Türkei darum, gemeinsam mit der neuen US-Regierung eine ähnliche Politik zu entwickeln. Doch ist es dem faschistischen Block Erdoğans und Bahçelis nicht wie geplant gelungen, mithilfe seiner auf vermeintlichen äußeren Feinden basierenden Besetzungs-, Vernichtungs- und Kriegspolitik die Probleme im Inneren der Türkei in den Hintergrund zu drängen und zu dämpfen. Ganz im Gegenteil, heute steckt das Land in einer schweren gesellschaftlichen, sozialen, politischen und psychologischen Krise. Doch halten die Bemühungen an, die Besetzungsangriffe fortzusetzen. In diesem Rahmen besuchten Verteidigungsminister Hulusi Akar und Generalstabschef Yaşar Güler im Januar dieses Jahres gemeinsam den Irak. Sie forderten dort Unterstützung für geplante Militäroperationen und die Besetzung von Şengal, Mexmûr und den Medya-Verteidigungsgebieten[2]. Ähnliche Unterstützung verlangten sie auch von der südkurdischen PDK (Demokratische Partei Kurdistans). Die PDK kollaboriert seit langer Zeit mit dem türkischen Staat im Kampf gegen die PKK. Seit Mitte vergangenen Jahres verfolgt sie eine Politik, in deren Rahmen von der Guerilla kontrollierte Gebiete in Südkurdistan kontinuierlich bedrängt und dort in zahlreichen neuen Stellungen PDK-eigene Kräfte stationiert werden. Das Ziel ist eindeutig, vor Ort Auseinandersetzungen zu provozieren. Diese Situation dauert bis heute an. Im vor uns liegenden Frühling kann es daher durchaus dazu kommen, dass der türkische Staat gemeinsam mit der PDK Angriffe gegen die Guerilla, Şengal und Mexmûr beginnt[3]. Sie werden versuchen, von der aktuellen politischen Konjunktur und der Schwäche der irakischen Regierung zu profitieren.

Der irakischen Regierung und Staatsführung ist es bisher nicht gelungen, eine dauerhafte und ganzheitliche Ordnung im Land zu etablieren. Die aktuelle Kazimi-Regierung hat eine schwache Position. Sie ist gefangen zwischen dem Iran auf der einen und den USA auf der anderen Seite. Die ökonomischen

2 Von der Guerilla kontrollierte weiträumige Gebiete entlang der türkisch-irakischen und der irakisch-iranischen Grenze. Hier liegen auch hunderte bewohnte Dörfer.

3 In den frühen Morgenstunden des 10. Februar begann die türkische Armee mit einer Großoperation den Versuch, die südkurdische Region Gare in den von der Guerilla kontrollierten Medya-Verteidigungsgebieten einzunehmen. Die Volksverteidigungskräfte waren vorbereitet und es entwickelten sich gleich heftige militärische Auseinandersetzungen, sodass der türkische Staat die Operation nach vier Tagen verlustreich aufgeben musste.

und gesellschaftlichen Probleme des Landes sind enorm. Der Irak liegt mit der Regierung Südkurdistans im Streit um die Einnahmen aus dem Erdölverkauf. Letztere und andere politische Kräfte Südkurdistans sind auch nicht dazu in der Lage, die ökonomischen und gesellschaftlichen Probleme der Bevölkerung zu lösen. Dies führt immer wieder zu Protesten. Ende 2020 kam es in Südkurdistan zu einer großen Protestwelle. Der Hauptgrund dafür sind die ungleiche Verteilung der Einnahmen und der Umstand, dass die politischen Akteure alle Einnahmen für ihre beschränkten, eigenen Interessen zweckentfremden.

Auch der Iran steckt aufgrund der US-amerikanischen Sanktionen in einer ökonomischen und gesellschaftlichen Krise. Eine ähnliche Krise lässt sich dem syrischen Staat ebenfalls attestieren. Ein Teil Syriens ist insbesondere vom türkischen Staat besetzt. Gegen diese Besetzung ist der syrische Staat nicht in der Lage, eine klare Haltung zu entwickeln. Stattdessen hat er jüngst damit begonnen, seine Provokationen gegen Rojava zu intensivieren. Diese Provokationen stehen in direktem Zusammenhang mit den syrisch-türkischen Beziehungen.

Die freiheitlich demokratischen Kräfte müssen ihrer Verantwortung gerecht werden

Die Lösung der kurdischen Frage stellt den entscheidendsten Beitrag zur Demokratisierung des Mittleren Ostens dar. Daher kann den aktuellen Konflikten und der Politik der regionalen Status-quo-Mächte ein Riegel vorgeschoben werden, indem die Unterstützung für die antidemokratischen Kräfte vor Ort eingestellt und stattdessen den Forderungen der Kurdinnen und Kurden und der Lösung ihrer Probleme Beachtung geschenkt wird. Nur so wird es möglich sein, die Hindernisse im Mittleren Osten zu überwinden, die ein Problem für die gesamte Menschheit bilden. Auch in der vor uns liegenden Phase wird der politische und gesellschaftliche Widerstand die Entwicklungen entscheidend prägen. Die Bedeutung und der Einfluss des Kobanê-Widerstandes haben dazu geführt, dass sich um diesen Widerstand herum eine enorme nationale und internationale Solidarität und Unterstützung entwickelten. Das war entscheidend für den dortigen Sieg. Heute bedarf es erneut des Aufbaus einer ähnlichen gemeinsamen Widerstands- und Kampffront.

Die im September letzten Jahres gestartete Kampagne der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) »Schluss mit Isolation, Faschismus und Besatzung – Zeit für Freiheit« hat mittlerweile deutlich Schwung entwickelt. In den Gefängnissen, international und in der kurdischen Öffentlichkeit ist eine starke Unterstützung entstanden. Doch aufgrund der Corona-Pandemie hat die Kampagne noch nicht die gewünschte Kraft gewonnen. Dabei besteht die Möglichkeit, die verschiedensten Ressourcen zu ihrer Unterstützung und Weiterentwicklung zu mobilisieren – ohne den Virus als Vorwand für Zurückhaltung zu gebrauchen. Die Kräfte der kapitalistischen Moderne nutzen alle verfügbaren Möglichkeiten, um ihre Macht zu sichern und ihr Dasein zu verlängern. Sie versuchen insbesondere die Corona-Maßnahmen dafür auszunutzen. Für Völker, die sich einem Völkermord ausgesetzt sehen, stellen der Faschismus und die mit ihm einhergehende Politik eine deutlich größere und tödlichere Gefahr dar als Corona. Deshalb müssen die gesellschaftlichen Kräfte, die für Demokratie und Freiheit kämpfen, die aktuelle Phase unbedingt aktiv nutzen.

Eine der strategischsten Aufgaben ist aktuell die Streichung der PKK von der Terrorliste. Diese Liste wurde ausschliesslich aufgrund politischer Bündnisse und Interessen erstellt. Hauptgründe dafür, dass die PKK auf der Terrorliste geführt wird, sind ihr praktischer Kampf und ihre konsequente demokratisch-freiheitliche Linie. Insbesondere in den vergangenen Jahren hat die Praxis des faschistischen Bündnisses von Erdoğan und Bahçeli noch deutlicher werden lassen, welch grosse Bedeutung der Kampf der PKK für Menschlichkeit und Freiheit hat.

Eine der strategischsten Aufgaben ist aktuell die Streichung der PKK von der Terrorliste. Diese Liste wurde ausschließlich aufgrund politischer Bündnisse und Interessen erstellt. Hauptgründe dafür, dass die PKK auf der Terrorliste geführt wird, sind ihr praktischer Kampf und ihre konsequente demokratisch-freiheitliche Linie. Insbesondere in den vergangenen Jahren hat die Praxis des faschistischen Bündnisses von Erdoğan und Bahçeli noch deutlicher werden lassen, welch große Bedeutung der Kampf der PKK für Menschlichkeit und Freiheit hat. Es ist daher heute wichtiger denn je, öffentlichen Druck aufzubauen und die Kräfte, die einen Anteil an dieser beschämenden Entscheidung haben, zur Korrektur ihrer Politik zu bewegen. Die Streichung der PKK von der Terrorliste wird den Kampf für Demokratie entscheidend stärken und zugleich dem Faschismus einen herben Schlag versetzen. Es ist daher von äußerster Wichtigkeit, dass alle freiheitlichen und demokratischen Kräfte ihrer diesbezüglichen Verantwortung gerecht werden. ♦

Es sind Staaten, die über das Schicksal ganzer Völker im Mittleren Osten entscheiden

Nie wieder

Arif Rhein, Mitarbeiter von Civaka Azad

Im aktuellen Konflikt im Mittleren Osten geht es um mehr als militärische Teilerfolge oder die punktuelle Veränderung von Grenzen. Die Existenz ganzer Völker wird in Frage gestellt. Ihre Sitten, Kulturen, Werte, Sprachen, ihr Wissen und ihre Errungenschaften werden für nichtig erklärt, zerstört oder verfälscht. Diese Erfahrung macht die arabische Nation – in über 20 Nationalstaaten zerstückelt –, die in der Region omnipräsent, aber umso machtloser erscheint. Den Armenierinnen und Armeniern wurde Ende vergangenen Jahres im Konflikt um Arzach/Bergkarabach noch einmal deutlich gemacht, welche Rolle man ihnen zuspricht. Auch die kurdische Nation ist derart massiven, systematischen Angriffen ausgesetzt, dass es schwerfällt, nicht von Völkermord zu sprechen – ganz zu schweigen von den Griech*innen, Assyrer*innen, Tscherkess*innen, Las*innen und vielen weiteren Völkern, deren Farben im Mosaik des Mittleren Ostens heute nur noch schwach zu erkennen sind.

Es sind Staaten, die sich das Recht herausnehmen, über das Schicksal ganzer Völker im Mittleren Osten zu entscheiden, Völker, deren jahrtausendealte Geschichte als Fundament der Menschheitsgeschichte gilt. Die NATO – das mächtigste globale Bündnis der kapitalistischen Moderne – spielt die tragende Rolle bei der Planung und Umsetzung dieser Völkermordstrategie. Die Gesellschaften Großbritanniens, der USA, Frankreichs oder Deutschlands stehen damit in einer besonderen Verantwortung. Für sie stellt sich die drängende Frage, welche alternativen Beziehungen sie zu eben den Völkern und Gesellschaften etablieren möchten, die ihre jeweiligen Staaten zu vernichten gedenken.

Völkermord an Kurd*innen als Voraussetzung für eine Neustrukturierung des Mittleren Ostens

Ohne die vollständige Integration des Mittleren Ostens wird die kapitalistische Moderne ihre tiefgreifende Krise nicht überwinden können. Trotz der seit über 200 Jahren andauernden imperialistischen Interventionen ist und bleibt die Region eine Art grauer Fleck auf der Landkarte globaler kapitalistischer Hegemonie. Weder konnten die mittelöstlichen Völker sich den kapitalistischen Einflüssen vollständig entziehen, noch haben sie bereitwillig den Wertekanon des Liberalismus und die damit einhergehenden politisch-wirtschaftlichen Strukturen wie Nationalstaat, Industrialismus und Profitfetisch übernommen. Das Resultat ist eine chaotische Mischung aus selbstentfremdeter Übernahme westlich-kapitalistischer Klischees, dem Beharren auf feudal-religiösen Dogmen und der selbstbewussten Aktualisierung demokratisch-kultureller Werte. Damit konnte sich die kapitalistische Moderne nie richtig zufriedengeben. Gerade angesichts der tiefen Systemkrise pocht sie deshalb auf die vollständige Unterwerfung des Mittleren Ostens und dessen ausnahmslose Integration in den kapitalistischen Verwertungsprozess. Das System erhofft sich, dadurch die notwendige Luft zu gewinnen, die es für die Verlängerung der kapitalistischen Machtverhältnisse um einige Jahrzehnte benötigt.

Die Kurd*innen sind eines der ältesten Völker der Region. Ihre Rolle in der neolithischen Revolution, beim Entstehen der ersten sumerischen Stadtstaaten und der politisch-wirtschaftlichen Gestaltung des gesamten Mittleren Ostens ist immens. Wer die Kultur, das historische Bewusstsein und die politische Ordnung der Region zerschlagen möchte, wird den Großteil seiner Kraft auf das kurdische Volk verwenden müssen. Nur wer die seit Jahrzehnten andauernden Angriffe auf die kurdischen Errungenschaften und den daraus resultierenden Widerstand in diesem weiten historischen Kontext betrachtet, wird die globale und strategische Tragweite des aktuellen Konflikts verstehen können.

Auch Abdullah Öcalan spricht immer wieder sehr bewusst von einer Völkermordstrategie, die gegen die Kurd*innen eingesetzt wird. Wie ein roter Faden zieht sich dieses Thema durch all seine Reden und Schriften der letzten Jahrzehnte. Die vielleicht konzentrierteste Darstellung seiner diesbezüglichen Überlegungen findet sich auf den ersten Seiten seines

Buches »Die kurdische Frage und die demokratische Nation«[1]: »Das eigentliche Leid, das die auf grenzenlosen Profit ausgerichtete kapitalistische Moderne allen Völkern, unterdrückten und ohne Arbeit zurückgelassenen Klassen zufügt, besteht nicht in deren materieller Ausbeutung, sondern vielmehr in der vollständigen Vernichtung ihrer kulturellen Werte. Alle materiellen und ideellen kulturellen Werte, die sich außerhalb der offiziellen Kultur des Nationalstaates befinden, werden zerstört. Sonst bliebe es auch vollkommen unmöglich, die Menschheit und die natürliche Umwelt in Ressourcen zu verwandeln, die konsumiert werden können. […] Die Situation der Kurdinnen und Kurden stellt das prägnanteste und tragischste Beispiel eines kulturellen Völkermordes dar. Die Nationalstaaten, die über das kurdische Volk herrschen, bringen dessen gesamten materiellen und ideellen kulturellen Werte mithilfe ihres einer Kreuzigung gleichenden Mechanismus zum Ächzen. Dessen Arbeitskraft und letztendlich alle gesellschaftlichen Reichtümer und natürlichen Ressourcen werden unverblümt geplündert. Was übrig bleibt, wird der Zerstörung überlassen, ohne Arbeit zurückgelassen, dem Verfaulen preisgegeben. Es wird derart verunstaltet, dass man es weder leben noch betrachten möchte. Es scheint, als würde dem kurdischen Menschen nur ein einziger Weg übriggelassen: sich im herrschenden Nationalstaat aufzulösen und die eigenen Werte vollständig aufzugeben! Kein anderer Lebensweg existiert. Von Zeit zu Zeit erreicht der kurdische Völkermord auch das Niveau eines physischen Völkermordes. Er steht vielleicht an erster Stelle der prägnantesten und tragischsten Beispiele, die das Wesen der kapitalistischen Moderne in aller Klarheit zum Ausdruck bringen.«

Diese von Abdullah Öcalan in aller Klarheit beschriebene Politik spricht dem kurdischen Volk seinen Platz in der Welt ab. Sie betrachtet kurdische Geschichte, Werte und gesellschaftliche Traditionen als Hindernisse, derer es sich zu entledigen gilt. In ihrer plumpsten Form verleugnen die Vertreter*innen dieser Politik schlichtweg die Existenz bzw. verweigern die Daseinsberechtigung des kurdischen Volkes. Die offensivsten Vertreter*innen dieser Linie tummeln sich in der deutschen und türkischen Staatsbürokratie, lassen sich aber auch in den Reihen arabischer Baath-Ideologen wie z. B. im syrischen Assad-Regime finden. Eine subtilere Völkermordstrategie besteht in dem vorrangig von Großbritannien, den USA und Israel verfolgten Ansatz, ein künstliches, liberal-verfälschtes, kraftloses »modernes« Kurdentum zu erschaffen, mit dem sich nach Belieben Politik betreiben lässt. Das Leuchtturmprojekt dieser Linie sind zweifelsfrei das politische Gebilde in Südkurdistan (Nordirak) und die PDK (Demokratische Partei Kurdistans) als dessen tragende Säule. Gemein ist beiden Linien, dass sie eine sich ihrer Identität und Stärke bewusste kurdische Nation unter allen Umständen verhindern möchten, um ein entscheidendes Hindernis für die Neugestaltung des Mittleren Ostens und damit des globalen kapitalistischen Systems aus dem Weg zu räumen.

PDK, AKP und MHP: lokale Vollstreckerinnen einer internationalen Strategie

Mit den direkten, alltäglichen Angriffen auf die Existenz der Kurdinnen und Kurden werden seit 100 Jahren schwerpunktmäßig der türkische Staat und seine wechselnden Regierungen beauftragt. Die aktuelle Koalition aus AKP und MHP reiht sich als bisher letztes Glied nahtlos in die Reihe türkischer Regierungen ein, die sich gemäß der antikurdischen Tradition des türkischen Staates aktiv an der Völkermordstrategie der NATO beteiligt haben. Die seit dem Sommer 2015 von der Türkei stetig eskalierte Gewaltspirale in Kurdistan muss daher im Kontext dieser internationalen Strategie verstanden werden. Insbesondere die tonangebenden NATO-Mächte sind sich sehr bewusst, dass sie den Schein eigener Distanz zu und Kritik an den Verbrechen in Kurdistan unbedingt bewahren müssen, wollen sie sich vor massiven Protesten der eigenen Gesellschaften schützen. Entsprechend gerne verurteilen deutsche, britische, us-amerikanische oder französische Regierungsvertreter*innen in offiziellen Stellungnahmen die Politik des Erdoğan-Regimes, und auch in der Medienberichterstattung in diesen Ländern fehlt es nicht an kritischen Tönen. Doch die Taten dieser Staaten sprechen eine andere Sprache. So gehen dem AKP-MHP-Regime nie dringend benötigte Dinge wie Waffen, Geld oder politische Legitimität aus, mit deren Hilfe es die Bevölkerung vorwiegend kurdischer Regionen wie z. B. Efrîn, Serêkaniyê, Heftanîn oder Xakurke systematisch vertreibt, foltert und tötet.

Im Verlauf des vergangenen Jahres ist ein Aspekt in aller Deutlichkeit zum Vorschein gekommen, auf den Beobachter*innen in der Region schon seit Jahren hinweisen: die unrühmliche Rolle der PDK im kurdischen Völkermord. Die PDK – seit 1946 als Partei organisiert und aktuell Teil einer südkurdischen Regierungskoalition – unterhält seit ca. zehn Jahren enge Beziehungen zur Türkei, die heute die Form einer wirtschaftlichen, militärischen und politischen türkischen Besatzung weiter Teile Südkurdistans angenommen haben. Während sie bisher eher dazu tendierte, dies lautlos hinzunehmen und die eigene Parteinahme für die türkische Besatzungs- und Völkermordpolitik zu verheimlichen, hat die PDK ihre Politik im Verlauf des Jahres 2020 verändert. Sie verlegt nun massiv Truppen in Gebiete entlang der türkisch-irakischen Grenze, die seit Jahrzehnten von Guerillaeinheiten der Volksverteidigungskräfte HPG kontrolliert werden, führt mithilfe ihrer Fernsehsender Kurdi-

1 Bei dem Zitat handelt es sich um eine vorläufige Übersetzung aus dem türkischen Original (S. 35 des Buches »Kürt Sorunu ve Demokratik Ulus Çözümü«). Das Buch selbst befindet sich noch in der Übersetzung.



Die Menschen im Camp Mexmûr protestieren gegen die Belagerung und das Embargo durch die südkurdische Regierungspartei PDK. Foto: anf

stan24 und Rudaw praktisch täglich aggressive Medienkampagnen gegen die PKK durch und reagiert mit Verhaftungen auf Sympathiebekundungen der südkurdischen Bevölkerung für den Widerstand gegen die Politik der Türkei und der dahinterstehenden NATO-Strategie. Raperîn Mûnzûr, Koordinationsmitglied der PAJK (Partiya Azadiya Jin a Kurdistan – Partei der Freien Frau in Kurdistan), beschrieb die Rolle der PDK in einem Interview am 27. Dezember 2020 wie folgt: »Im Rahmen des von den internationalen Mächten und dem türkischen Faschismus betriebenen kurdischen Völkermordes und der Pläne zur Zerschlagung unserer Bewegung spielt die PDK die Rolle einer lokalen Kollaborateurin. Sie versucht, von der internationalen Konjunktur und den Kriegsverhältnissen zu profitieren, und ist dementsprechend zum Angriff übergegangen. Es ist ein grundlegendes Ziel der Feind*innen des kurdischen Volkes, die PKK in Kurdistan und dem gesamten Mittleren Osten vollständig zu zerschlagen und zu verhindern, dass die Kurdinnen und Kurden ihre Freiheit erlangen. Dabei handelt es sich um einen Plan der NATO. Es ist erkennbar, dass der türkische Staat und die PDK ein Teil dieser internationalen Politik sind, ihnen in diesem Rahmen gewisse Aufgaben zugeteilt wurden und ihnen der Weg dafür bereitet wird. Sie werden unterstützt, erhalten Genehmigungen und werden aktiv zum Handeln angetrieben. Die PDK beabsichtigt, in diesen Verhältnissen ihren Platz zu finden und sich Profite zu sichern.«[2] Dabei ist es wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass die PDK das organisatorische Zentrum einer politischen Linie darstellt, die kurdischen Nationalismus, ein politisch autoritäres Staatsverständnis und wirtschaftliche Vetternwirtschaft propagiert. Welch unerträgliche Folgen das für die Bevölkerung hat, zeigte sich im Dezember vergangenen Jahres während der tagelangen schweren Proteste der südkurdischen Bevölkerung. Diese PDK-Linie organisiert sich auch über Südkurdistan hinaus, z. B. in Form des ENKS (»Kurdischen Nationalrats«) in Rojava oder als Kurdische Gemeinde Deutschland.

Organisierung gegen den Völkermord

Die Kurd*innen leisten verständlicherweise aktiven Widerstand gegen diese Vernichtungspläne. Vergleicht man ihre seit vielen Jahrzehnten andauernde Verteidigung gegen den Völkermord mit den Strategien der arabischen Nation oder des armenischen Volkes gegen ähnlich aggressive Angriffe auf deren Existenz, zeigt sich ein entscheidender Unterschied: Die kurdische Nation hat einen festen organisatorischen Rahmen aufgebaut, der es ihr erlaubt, sich effektiv und langfristig gegen den Völkermord zu behaupten. Weder der »Arabische Frühling« noch die Verteidigung der armenischen Präsenz in Arzach/Bergkarabach verfügten über diese Form der gesellschaftlichen Organisierung und sie verfehlten deshalb vorerst den Großteil ihrer Ziele. Das kurdische Volk hingegen verfügt über hunderte politische Organisationen in allen Teilen Kurdistans und in der Diaspora, die auf der Basis klarer ideologischer Überzeugungen eine selbstbewusste politische Strategie verfolgen. Diese Strategie beschränkt sich längst nicht nur auf die Abwehr der Völkermordstrategie, sondern arbeitet aktiv am Aufbau einer politisch-gesellschaftlichen Alternative. Das weltweit bekannteste Beispiel dafür sind Rojava und die Demokratische Föderation Nord- und Ostsyrien.

Eine der zentralen Organisationen, welche die Kurd*innen für die Verteidigung ihrer Existenz als Volk und Gesellschaft aufgebaut haben, ist die PKK. In ihr bündeln sich die notwendige ideologische Weitsicht, organisatorische Stärke und politische Perspektive, derer es angesichts der massiven Angriffe der NATO, Türkei und PDK so dringend bedarf. Bese Hozat, Ko-Vorsitzende der KCK (Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans) und langjähriges Mitglied der PKK, beschrieb die Rolle der PKK in einem Interview mit dem Fernsehsender MedyaHaber am 2. November 2020 folgendermaßen: »Was ist die PKK? Die PKK repräsentiert die widerständige kurdische Identität. Sie repräsentiert die Kurdinnen und Kurden,

2 https://firatnews.com/kurdIstan/-150040

die Widerstand leisten. Die PKK steht für alle Kurdinnen und Kurden, die gegen den Völkermord kämpfen. […] Sie leistet in allen vier Teilen Kurdistans Widerstand. In Südkurdistan leistet sie Widerstand für die Würde aller Kurdinnen und Kurden. Sie kämpft für ihre Würde. Für ihre Freiheit. Sie kämpft gegen die kolonialistische und faschistische AKP-MHP-Ergenekon-Regierung, die einen Völkermord begeht.« Die massiven Angriffe auf die PKK – ob regelmäßige Medienkampagnen, Militäroperationen oder die seit über 20 Jahren andauernde Inhaftierung Abdullah Öcalans – richten sich also nicht gegen eine einzelne Organisation. Sie sind Ausdruck der Weigerung der NATO und ihrer lokalen Verbündeten, eine selbstbewusste, aus eigener Kraft heraus handelnde und kulturell gefestigte kurdische Identität anzuerkennen. Der seit Jahrzehnten andauernde politische Kampf der PKK für eben diese lässt sich nur damit erklären, dass sich ein Großteil der kurdischen Nation am Aufbau und der Fortsetzung eben dieser Organisation und ihres Kampfes beteiligt. Wie sonst wäre die PKK dazu in der Lage, sich gegen all die unerbittlichen Angriffe zu behaupten? Es ist nicht schwer vorherzusehen, dass der Widerstand der Kurd*innen gegen die Völkermordpläne auch in Zukunft andauern und immer mehr an Intensität gewinnen wird. Denn genauso wie jedes andere Volk auf der Welt sind auch kurdische Menschen nicht dazu bereit, sich zur Verleugnung ihrer Identität oder zur Übernahme liberal-verfälschter Identitätsklischees zwingen zu lassen.

Deutsche Lehren und aktuelle Verantwortung

Die deutsche Gesellschaft weiß, was Völkermord bedeutet. Sie hat es mit eigenen Augen verfolgt, sich daran beteiligt und auch Widerstand dagegen geleistet. Ihre Jugend hat in den 1960er und 70er Jahren die Aufarbeitung der Verantwortung für den Holocaust erkämpft und damit einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, die Schwächen der deutschen Gesellschaft und das rücksichtslose, auf globale Macht abzielende Wesen des deutschen Staates offenzulegen. Die Lehren aus dieser Auseinandersetzung prägen heute zu einem bedeutenden Teil das Selbstverständnis der deutschen Gesellschaft. Im Jahr 1966 warnte Theodor Adorno davor, sich den praktischen Folgen aus diesen Erkenntnissen zu verweigern: »Dass man aber die Forderung, und was sie an Fragen aufwirft, so wenig sich bewusst macht, zeigt, dass das Ungeheuerliche nicht in die Menschen eingedrungen ist, Symptom dessen, dass die Möglichkeit der Wiederholung, was den Bewusstseins- und Unbewusstseinsstand der Menschen anlangt, fortbesteht. Jede Debatte über Erziehungsideale ist nichtig und gleichgültig diesem einen gegenüber, dass Auschwitz nicht sich wiederhole.«[3] Er wird gute Gründe für seine eindringliche Warnung gehabt haben, hatte er den deutschen Faschismus doch selbst miterlebt und prägende Merkmale der deutschen gesellschaftlichen Identität intensiv untersucht. Als Ergebnis seiner Erfahrungen und Forschungen beschrieb er die damalige deutsche Gesellschaft als »ein Sich-Zusammenrotten von Erkalteten, die die eigene Kälte nicht ertragen, aber auch nicht sie ändern können. Jeder Mensch heute, ohne jede Ausnahme, fühlt sich zu wenig geliebt, weil jeder zu wenig lieben kann. Unfähigkeit zur Identifikation war fraglos die wichtigste psychologische Bedingung dafür, dass so etwas wie Auschwitz sich inmitten von einigermaßen gesitteten und harmlosen Menschen hat abspielen können.« Adornos damaliger eindringlicher Aufruf zum aktiven Widerstand gegen die Wiederholung der systematischen Vernichtung ganzer Völker ist und bleibt aktuell für die deutsche Gesellschaft. Denn auch heute sieht sie sich einer Allianz aus deutscher Staatsbürokratie, wirtschaftlicher Elite und militärischen Strateg*innen ausgesetzt, die Faschismus, Völkermord und Krieg direkt und indirekt planen, ermöglichen und unterstützen. Es fällt schwer, die ungebrochene deutsche Unterstützung für die türkische Diktatur und deren systematische Menschenrechtsverbrechen in Kurdistan anders zu beschreiben. Ein aktuelles Beispiel dafür ist die politische Debatte darüber, syrische Geflüchtete in die von der Türkei besetzten und entvölkerten Regionen Efrîn, Serêkaniyê und Girê Spî abzuschieben und Millionen von Euro für den Aufbau der dafür benötigten Infrastruktur vor Ort zu zahlen. Die Unterstützung für den Widerstand der Kurd*innen, die seit Jahrzehnten von der deutschen Gesellschaft geleistet wird, hat damit eine weit größere Bedeutung, als lokale Projekte oder temporäre Kampagnen verdeutlichen mögen. Jeder Mensch, der oder die sich gegen die NATO-Strategie eines kurdischen Völkermordes und den türkischen Faschismus als ihren Handlanger stellt, hilft dem kurdischen Volk, sich noch besser für die Bewahrung seiner Kultur, Sprache, Geschichte und Werte einzusetzen. Und er bzw. sie beweist, dass die deutsche Gesellschaft den Aufruf Adornos vor 55 Jahren ernst genommen hat und nie wieder zulassen wird, dass mit ihren Ressourcen und in ihrem Namen Völkermord begangen wird. ♦

Die massiven Angriffe auf die PKK – ob regelmässige Medienkampagnen, Militäroperationen oder die seit über 20 Jahren andauernde Inhaftierung Abdullah Öcalans – richten sich also nicht gegen eine einzelne Organisation. Sie sind Ausdruck der Weigerung der NATO und ihrer lokalen Verbündeten, eine selbstbewusste, aus eigener Kraft heraus handelnde und kulturell gefestigte kurdische Identität anzuerkennen.

3 Theodor W. Adorno, Erziehung nach Auschwitz

Die Proteste an der Boğaziçi-Universität geben Anlass zur Hoffnung

»Die AKP ist nicht nur autoritär, sie ist auch ultraneoliberal«

Das Interview mit der Soziologin Nazan Üstündağ führte Osman Oğuz

Osman Oğuz sprach mit Nazan Üstündağ, die selbst an der Boğaziçi-Universität Soziologie lehrte, über die aktuellen Studierendenproteste in der Türkei. Die Proteste wurden ausgelöst durch die Ernennung von Melih Bulu zum Rektor der Boğaziçi-Universität. Bulu gilt als Gefolgsmann des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan.

Lassen Sie uns mit einer allgemeinen Frage beginnen: Wie bewerten Sie die Ernennung von Melih Bulu zum neuen Rektor der Boğaziçi-Universität?

Im Grunde genommen war das kein besonders überraschendes Ereignis. Melih Bulu ist nicht der erste Rektor an der Boğaziçi-Universität, der durch eine Ernennung in sein Amt gekommen ist. Vor ihm wurde bereits sein Vorgänger Mehmed Özkan 2016 ernannt. Doch diese Ernennung erfolgte universitätsintern. Özkan stellte sich zwar keiner Wahl, doch seine Präsidentschaft wurde stillschweigend akzeptiert. Ein Grund dafür war sicher, dass seine Ernennung in eine schwierige Zeit fiel. Viele Friedensakademiker*innen wurden damals aus den Universitäten gedrängt. Özkan galt als Person, die diese Hexenjagd gegen Universitätslehrkräfte nicht fortsetzen würde. Deshalb wurde seine Ernennung auch bis auf kleinere Protestbekundungen akzeptiert. Bei dem jetzt ernannten Rektor ist es anders. Seine Ernennung erfolgte von außerhalb der Universität. Vor seiner Ernennung wurde weder mit dem Lehrkörper gesprochen noch irgendein Konsens gesucht. Deshalb formierte sich innerhalb kurzer Zeit starker Protest unter den Lehrkräften und den Studierenden.

Es geht hier also weniger um die Frage, ob der neue Rektor gewählt wurde oder nicht. Es geht darum, dass die Position und damit auch die Universität gewissermaßen von außen besetzt wurde. Nicht nur die Missachtung der vorgesehenen demokratischen Prozeduren ist Anlass zum Widerstand, sondern der offensichtliche Versuch von Kräften außerhalb der Universität, die Institution ihrer Kontrolle zu unterwerfen. Dieser Umstand hat die Proteste inner- und außerhalb der Universitätsmauern ausgelöst.

In der Türkei ist es ja nicht unüblich, dass die Herrschenden versuchen, die Universitäten ihrer Kontrolle zu unterwerfen. Das geschah nach dem Militärputsch von 1980 oder bis vor wenigen Jahren durch die Unterwanderung der Bildungseinrichtungen durch den Gülen-Orden. Mit ihrem Vorgehen gegen die Friedensakademiker*innen und nun mit der Ernennung des Rektors der Boğaziçi-Universität verfolgt die Koalition aus AKP und MHP die gleiche Linie. Sehen Sie in diesem jüngsten Schlag gegen die Autonomie der Universitäten auffallende Besonderheiten?

Dieses Agieren gegen die Universitäten beobachten wir überall dort, wo rechtspopulistische Regierungen an der Macht sind. Trump hat beispielsweise in seiner Regierungszeit die Universitäten zu Feinden erklärt. In Ungarn versucht Orban die Central European University zu schließen. In Indien wurden zahlreiche Akademiker*innen verhaftet. Die Situation im Iran ist uns aus eigener Erfahrung bekannt. Wir sehen also vielerorts ähnliche Tendenzen.

Universitäten sind einerseits Orte, an denen Studierende nach der Wahrheit suchen und ihren Horizont erweitern wollen. Andererseits sind es aber auch Orte, an denen junge Menschen zusammenkommen, diskutieren und sich politisieren. Ich denke, vor allem Letzteres wollen autoritäre Regierungen unbedingt unterbinden.

Darüber hinaus stehen nicht nur Beschäftigte aus den Bildungseinrichtungen im Visier dieser Regierung. Auch Rechtsanwält*innen, Mitarbeiter*innen des Gesundheitssektors, Lehrer*innen und viele andere Menschen aus dem öffentlichen Sektor werden angegriffen. Was diese Menschen verbindet, ist ihre Arbeit für die Gesellschaft. Die Bedeutung ihrer



Student*innen protestieren gegen die Verhaftung ihrer Kommiliton*innen der Boğaziçi-Universität, gegen Hassreden gegen LGBTI+-Personen und gegen die Ernennung von Melih Bulu zum Treuhandrektor durch Recep Tayyip Erdoğan. Foto: anf

Arbeit für die Gesellschaft lässt sich nicht nur materiell bewerten. Diese Menschen produzieren und reproduzieren mit ihrer Tätigkeit den öffentlichen Raum und hier liegt der Grund für den Angriff auf sie alle. Der Neoliberalismus hingegen will diesen öffentlichen Raum ausschalten. Die Menschen, die diesen Raum prägen, sollen durch permanente Angriffe müde gemacht und entmutigt werden. Ihre Arbeiten sollen ihren Sinn verlieren. Wenn wir nun bedenken, dass die AKP-Regierung eine der neoliberalsten Regierungen der Welt ist, dann ist es nicht verwunderlich, dass diese Regierung mit ihren Angriffen eine Vorreiterrolle einnimmt. Die AKP ist nicht nur eine autoritäre Partei, sie ist auch ultraneoliberal.

Was veranlasst Sie zu dieser Schlussfolgerung?

Diese Regierung hat trotz des Widerstands der Beschäftigten praktisch alle öffentlichen Sektoren privatisiert. Die Verträge, die beispielsweise im öffentlichen Transportwesen abgeschlossen wurden, haben die Rechte aller Beschäftigten deutlich beschnitten. Wenn wir von einer Ideologie der AKP sprechen, dann ist es die Ideologie des Neoliberalismus. Sie treibt die Individualisierung auf die Spitze, sie zerstört den öffentlichen Raum, alle gesellschaftlichen Werte werden auf dem Markt feilgeboten, sie treibt die Verschuldung der Bevölkerung voran und treibt die Menschen damit in die Abhängigkeit. All die Methoden des Neoliberalismus kommen durch die AKP zum Einsatz.

Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, dass der neu ernannte Rektor der Universität bereits angekündigt hat, dass er die Tore der Boğaziçi-Universität für Investoren öffnen wird.

Die Proteste nach der Ernennung von Bulu haben nicht nur innerhalb des Universitätscampus für Aufsehen gesorgt. Es wirkt, als habe das Ganze auch außerhalb der Mauern der Boğaziçi-Universität für Aufruhr gesorgt. Wie lässt sich das erklären?

Die Proteste an der Boğaziçi rufen Erinnerungen an eine Türkei vor 2016 wach. Seit 2016 erlebt die Opposition in der Türkei geradezu ein großes Trauma. Das gilt für die kurdische Opposition im Land ebenso wie für die linke Opposition und die Frauenbewegung. Wir haben seit 2016 grauenhafte Bilder gesehen. Wenn wir von der Opposition in der Türkei

sprechen, kommen uns Bilder von leblosen Körpern und bombardierten Städten in den Sinn. Ein solches Tableau hat sich uns eingebrannt. Doch bei den Boğaziçi-Protesten werden wir Zeugen anderer Bilder. Menschen, die zusammenkommen und laut ihre Meinung kundtun. Linke, Frauen, LGBT+-Aktivist*innen, Kurd*innen … sie alle kommen zusammen und verteidigen gemeinsam die Demokratie.

Natürlich haben die Bilder in der gesamten Opposition im Land für Bewegung und Aufregung im positiven Sinne gesorgt. Die Bilder machen deutlich, dass die Opposition nicht tot ist, dass sie von Neuem lebendig werden kann. Und um ehrlich zu sein, hat sich dieses Ereignis schon vorher angekündigt.

In welcher Form hat sich diese Entwicklung angekündigt?

Seit Beginn der Covid-Pandemie können wir beobachten, dass durch die Arbeiter*innenbewegung des Landes ein gewisser Ruck geht. Die entlassenen Mitarbeiter*innen des Elektronikfachmarktes »Bimeks« fordern seit Längerem die Zahlung ihrer ausstehenden Löhne ein. Mich hat es sehr gefreut, sie an der Seite der Boğaziçi-Studierenden zu sehen. Die Proteste der Minenarbeiter, der Frauen, die gegen die Annullierung des Istanbul-Abkommens auf die Straßen gehen, die Proteste in Kurdistan gegen eine innerkurdische Eskalation im Irak … all das zusammen betrachtet gibt Anlass zur Hoffnung. Die Proteste an der Boğaziçi-Universität haben das letztlich wunderbar komplementiert.

Die Demirören Nachrichtenagentur DHA hat im Zuge der Proteste Bilder veröffentlicht, die das brutale Vorgehen von Polizeikräften bei der Festnahme von Protestierenden zeigten. Sondereinheiten stürmten auf diesen Bildern die Wohnungen einzelner Studierender. Vermutlich hat die Nachrichtenagentur die Videoaufzeichnungen von der Polizei erhalten. Warum wurden diese Bilder gezeigt?

Das ist eine Strategie, die die Regierung sehr gezielt einsetzt, und leider ist sie damit auch erfolgreich. Einige Teile des Protests sollen so isoliert, andere wiederum abgeschreckt werden. Zusätzlich zu dem, was uns gezeigt wurde, wissen wir, dass die Festgenommenen nackt durchsucht wurden. Wir haben gehört, dass ihren Angehörigen Polizeiwaffen an den Kopf gehalten wurden. Damit soll eine aktive Gruppe innerhalb des Protests so sehr terrorisiert werden, dass sie sich schlussendlich zurückzieht. Und das hat bei den Boğaziçi-Protesten zeitweise dazu geführt, dass der Protest sich wieder auf den Raum innerhalb der Universitätsmauern zurückgezogen hat.

Ich möchte noch auf einen Diskurs eingehen, den die AKP-nahen Medien und der AKP nahestehende Kreise mit Beginn der Proteste losgetreten haben: Den protestierenden Studierenden der Boğaziçi-Universität wurde Elitismus vorgeworfen. Bei den Protestierenden auf den Straßen handele es sich um elitäre Kreise, die keine Verbindung zum Rest der Bevölkerung hätten. Wie bewerten Sie diese Debatte?

Diese Diskussion soll den Protest natürlich diskreditieren. Die Demonstrierenden sollen zudem vom Rest der Gesellschaft isoliert werden. Wir müssen eines festhalten: Das türkische Bildungssystem ist ein von Elitismus geprägtes System. Die Studierenden werden über ein Punktesystem für die Unis und die Studienfächer zugelassen. Um eine gute Punktzahl bei den Aufnahmeprüfungen zu erreichen, benötigt praktisch jede*r externe Unterstützung. Und ob jemand diese Unterstützung erhält und wie gut diese ist, hängt am Ende vom Geldbeutel ab. In dieser Hinsicht steht außer Frage, dass die einen bessere Voraussetzungen haben als die anderen. Das lässt sich nicht leugnen. Am türkischen Bildungssystem gibt es viel auszusetzen. Doch von einem Elitismus zu sprechen, welcher sich auf die Boğaziçi beschränkt, ist nicht haltbar. Denn trotz aller systemischen Probleme können doch aus allen Teilen der Türkei Menschen an dieser Universität studieren.

Bei den Lehrkräften der Boğaziçi-Universität handelt es sich zumeist um ehemalige Stipendiat*innen, die an den besten Universitäten der Welt ausgebildet wurden. Natürlich ist das Bildungswesen auch in dieser Hinsicht elitär. Aber es gibt einen Unterschied zwischen Personen, die Teil dieser elitären Strukturen sind, und dem Elitismus an sich. Wenn wir von Elitismus sprechen, dann müssen wir zuallererst mit dem Finger auf die AKP zeigen. Bei staatlichen Universitäten war es bislang nicht möglich, durch Beziehungen zur Regierungspartei eine führende Stellung zu erhalten, Hilfsdozent*in zu werden oder als Studierende*r angenommen zu werden. Elitismus bedeutet nichts anderes, als deinesgleichen zu schützen, ihm oder ihr auf der Karriereleiter behilflich zu sein und alle anderen hinauszudrängen. Aber wie gesagt, an der Boğaziçi und anderen staatlichen Universitäten konnte dieser Elitismus nicht zum Tragen kommen, weil hier Regeln herrschten und Kriterien galten, an die sich alle halten mussten. So gesehen beherrscht der eigentliche Elitismus die nichtstaatlichen Universitäten, an denen persönliche Verbindungen oftmals mehr zählen als die Leistungen der Einzelnen. Das will die AKP nun auch auf die staatlichen Universitäten übertragen. ♦

Forderung des Hungerstreiks und des Kampfes gegen die Isolation:

Nicht nur solidarisch, sondern selbst Teil dieses Kampfes sein

Fabian Priermeier, Journalist

»Wenn es Folter und Isolation in Gefängnissen gibt, dann gibt es auch Folter und Isolation draußen. Wenn wir das Gesamtbild der Türkei betrachten, dann wird dies sehr klar. In diesem Sinne spiegeln die Gefängnisse die Lage draußen wider. Das Leben drinnen ist ein Teil des Lebens draußen. Das, was drinnen passiert, wird uns auch draußen angetan. In diesem Sinne müssen die Aktionen drinnen als Teil des sozialen Kampfes draußen bewertet werden. Hieraus entsteht soziale Sensibilität. Wenn wir für die Verhinderung von Folter und Isolation in den Gefängnissen kämpfen, bedeutet das eigentlich, dass wir für die Befreiung der gesamten Gesellschaft von Isolation und Folter kämpfen. Daher ist es wichtig, den Zusammenhang zwischen dem Protest drinnen und den gesellschaftlichen Fragen draußen herzustellen. Deswegen muss sich die Gesellschaft mit dem Hungerstreik auseinandersetzen. Die Gesellschaft muss das tun, um ihre eigenen Probleme anzugehen.«

So äußerte sich Gülseren Yoleri, Ko-Vorsitzende des Istanbuler Büros des Menschenrechtsvereins (IHD), vor einigen Wochen in einer Pressemitteilung zu den aktuellen Geschehnissen in den türkischen Gefängnissen. Nachdem Ende Mai 2019 der 200 Tage dauernde Hungerstreik Leyla Güvens, der Ko-Vorsitzenden des Kongresses für eine Demokratische Gesellschaft (KCD/DTK), seinen Abschluss fand, hat am 27. November 2020 erneut ein vorerst befristeter Hungerstreik in den Gefängnissen der Türkei begonnen.

Verlauf des Hungerstreiks von November 2018 bis Mai 2019

Leyla Güven hatte zu Beginn des letzten Hungerstreiks am 8. November 2018 bekannt gegeben, ihre Aktion erst zu beenden, wenn die Isolation Abdullah Öcalans durch die türkische Regierung aufgehoben werden würde. Binnen kürzester Zeit schlossen sich weltweit mehrere tausend AktivistInnen ihrer Aktion an. Besonders in den Gefängnissen wuchs die Zahl der Hungerstreikenden rasant an, mit um die 7.000 Teilnehmenden wurde im März der Höhepunkt erreicht.

Der türkische Staat, welcher zu Beginn des Streiks noch mit intensivster Repression geantwortet hatte, versuchte nun den Streikenden entgegenzukommen. So kam es beispielsweise am 12. Januar zu einem überraschenden Kurzbesuch Mehmet Öcalans (Bruder von Abdullah) auf Imralı und am 25. Januar wurde dann plötzlich Leyla Güven aus der Haft entlassen. Doch die HungerstreikaktivistInnen machten rasch deutlich, dass auch diese Schritte der Regierung nicht für die Beendigung des Streiks ausreichen würden. Güven selbst setzte die Aktion von ihrem Zuhause in Amed (Diyarbakır) aus fort.

Einige politische Gefangene wollten nicht länger warten und wandelten ihre Aktion in ein Todesfasten um. Das bedeutete, dass sie fortan auf die sonst genutzten Vitaminpräparate gänzlich verzichteten. So wurde die Gefahr für ihre Gesundheit immer größer. Während der Hungerstreik Tag für Tag härter wurde, gingen Menschen überall auf der Welt auf die Straße, um die Streikenden zu unterstützen und um auf sie aufmerksam zu machen.

Das Ergebnis dieses kollektiven Widerstands war bedeutsam. Denn erstmals nach rund acht Jahren konnten die AnwältInnen des kurdischen Repräsentanten Abdullah Öcalan ihren Mandanten im Hochsicherheitsgefängnis Imralı besuchen. Öcalan nutzte das Gespräch und machte darauf aufmerksam, wie wichtig es für die Demokratisierung der Region des Nahen Ostens sei, die Friedensgespräche wieder aufzunehmen.

Erneut erklärten die Streikenden, dass mit einer einmaligen Besuchserlaubnis auf Imralı die Isolationshaftbedingungen Öcalans nicht durchbrochen seien. Sie verwiesen auf ihre Deklaration und machten klar, dass sie ihre Aktion fortsetzen würden, bis alle Forderungen erfüllt seien. Bei einem zweiten Besuch der AnwältInnen auf Imralı, der kurz darauf genehmigt worden war, rief Öcalan abermals den türkischen Staat zum Frieden auf und hielt die Hungerstreikenden dazu an, ihre Aktion zu beenden. Er sagte damals, es sei wichtiger, sich lebendig für die eigenen politischen Ziele einzusetzen.

Die Bedingungen in den Gefängnissen haben sich insbesondere im letzten Jahr drastisch verschlechtert. Die täglich unangekündigt stattfindenden Razzien werden immer aggressiver. Alle Kommunikationsmittel wie Radio, Fernsehen usw. wurden beschlagnahmt, Zeitungen werden nicht mehr ausgehändigt. So wurde bei Zellendurchsuchungen in den meisten Gefängnissen der Türkei zu Beginn letzten Jahres jegliches Stück Papier beschlagnahmt, das sich in den Zellen fand.

Der Hungerstreik, der 200 Tage angedauert hatte, schaffte es also, einen Rahmen zu schaffen, in dem es den AnwältInnen möglich war, einige Gespräche mit ihren Mandanten auf Imralı zu führen. Auch die Angehörigen der Gefangenen auf Imralı konnten zu mehreren Besuchen auf die Insel kommen. Anfang 2020 fand noch ein Besuch der Angehörigen statt sowie das erste Telefonat seit 21 Jahren. Seitdem hat es erneut keinen Kontakt mehr zu den Inhaftierten auf Imralı gegeben.

Aktuelle Situation in den Gefängnissen der Türkei

Die Bedingungen in den Gefängnissen haben sich insbesondere im letzten Jahr drastisch verschlechtert. Die täglich unangekündigt stattfindenden Razzien werden immer aggressiver. Alle Kommunikationsmittel wie Radio, Fernsehen usw. wurden beschlagnahmt, Zeitungen werden nicht mehr ausgehändigt. So wurde bei Zellendurchsuchungen in den meisten Gefängnissen der Türkei zu Beginn letzten Jahres jegliches Stück Papier beschlagnahmt, das sich in den Zellen fand. Dasselbe gilt auch für selbstverfasste Aufzeichnungen, Geschichten, Romane und Briefe, in welche die Gefangenen bis zu dreißig Jahre Arbeit investiert haben. Gleichzeitig ist im letzten Oktober die kurdische Sprache mit einem Rundschreiben verboten worden und legale kurdische Bücher wurden aus den Gefängnissen entfernt. Die Gefangenen berichten immer häufiger, dass die Gewalt ein größeres Ausmaß als in den neunziger Jahren angenommen habe, da sie strategischer und gezielter angewendet werde.

Insbesondere der Ausbruch der Covid-19-Pandemie stellt eine sehr große Gefahr für die Gefangenen dar, eine Gefahr, die der türkische Staat gezielt für sich zu nutzen versucht. Zu Beginn der Pandemie wurden durch eine Vollzugsreform tausende Straf- und Gewalttäter zumeist faschistischer Gesinnung wegen Lebensgefahr aus dem Gefängnis entlassen, die politischen Gefangenen werden hingegen weiterhin dem Tod überlassen. Laut Medienberichten haben sich hunderte Gefangene mit dem Virus infiziert. Wie hoch ihre tatsächliche Anzahl ist, kann nicht einmal geschätzt werden. Es sind auch schon einige daran verstorben, so zum Beispiel Muhammed Emir im Gefängnis in Elbistan und Sidki Berktaş im Gefängnis von Tekirdağ. Sie starben vor allem, weil ihnen die medizinische Behandlung verwehrt blieb. Das Vollzugspersonal versucht den Virus gezielt zu verbreiten, indem sie ohne jegliche Schutzmaßnahme in die Zellen eindringen, alles durchwühlen und den Gefangenen nicht einmal die Möglichkeit geben, sich oder ihre Zelle zu desinfizieren. Das kann nur als eine Art des Mordes, als offener Tötungsversuch gewertet werden.

Abgesehen von der rein physischen Gefahr nutzt die Vollzugsleitung die, auf Grund der Covid-19-Pandemie, nahezu grenzenlosen Befugnisse, um den Gefangenen das Leben so schwer wie möglich zu machen. Es gibt zahlreiche Berichte von Gefangenen, die seit Beginn der Pandemie, sprich seit mittlerweile einem Jahr, ihre Zellen nicht mehr verlassen durften. Alle Gemeinschaftsbereiche sind gesperrt, Sport, Kurse, Familienbesuche und soziale Aktivitäten sind verboten. Damit wird auch der seelische, geistige und produktive Raum der Gefangenen bis zur Unkenntlichkeit beschnitten. Es sind Maßnahmen, die nicht das Leben der Menschen schützen, sondern die Menschlichkeit angreifen und lebensbedrohlich sind. Ganz offensichtlich gehen die Vollzugsleitungen und das Personal davon aus, dass sie für ihre unmenschlichen Handlungen nicht zur Rechenschaft gezogen werden.

Beginn des aktuellen Hungerstreiks und bisheriger Verlauf

Am 27. November 2020 gab eine Gruppe von Gefangenen über ihre Familienangehörigen bekannt, dass sie einen befristeten Hungerstreik starten würden. Mittlerweile streiken über 2.500 Gefangene in knapp 110 Gefängnissen in Gruppen von

mehreren hundert Menschen jeweils für eine Woche, bevor die nächste Gruppe übernimmt. Doch bereits im Dezember kündigten die AktivistInnen an, dass sie im Falle der Ignoranz der staatlichen Behörden gegenüber ihren Forderungen in einen unbefristeten Hungerstreik treten würden.

Bislang ignoriert der Staat die Forderungen und antwortet mit Repression, um die Gefangenen zum Aufgeben zu zwingen. So fanden in den Gefängnissen etliche Razzien statt, besonders gegenüber weiblichen Inhaftierten wurden Disziplinarstrafen verhängt und es wurden bei nahezu allen Streikenden Nacktdurchsuchungen vollzogen. Der hungerstreikende Davut Barin berichtet, dass ihnen lebensnotwendige Dinge wie Salz, Zucker und Zitronen, die sie brauchen, um ihrem Körper lebenswichtige Vitamine zuzuführen, weggenommen und verboten worden seien. Das birgt eine große Gefahr, auch weil ÄrztInnen bereits warnten, dass es aufgrund der Covid-19-Pandemie viel schwieriger sei, den Gesundheitszustand der Hungerstreikenden zu überwachen. Es sei nahezu unmöglich einzuschätzen, ab wann er einen kritischen Zustand erreicht.

Parallel dazu nahm auch die Repression außerhalb der Gefängnisse weiter zu. Die gemeinsame Überwachungskommission des Menschenrechtsvereins IHD, der türkischen ÄrztInnenvereinigung TTB, der Menschenrechtsstiftung der Türkei TIHV, des Gefangenenhilfsvereins CISST und der AnwältInnenvereine ÖHD und ÇHD werden massiv behindert und ihre Pressemitteilungen gestört. Mehrere AktivistInnen in der Türkei, die ihre Unterstützung für den Hungerstreik ausgesprochen hatten, wurden unter dem Vorwurf, eine terroristische Vereinigung zu unterstützen, ebenfalls inhaftiert.

Das ganze Jahr über sind Kampagnen für die Freiheit von Abdullah Öcalan initiiert worden. Den nächsten Schritt in diese Richtung stelle nun der Hungerstreik dar, wie einer der Hungerstreikenden betont. Mittlerweile ist der Streik nicht mehr nur auf die Gefängnisse in der Türkei beschränkt. Auch in dem unter dem Schutz des UNHCR stehenden Flüchtlingslager Mexmûr beteiligen sich bereits seit Mitte Dezember mehrere Menschen, ebenso wie in dem selbstverwalteten Flüchtlingslager Lavrio bei Athen. Allgemein gab es schon in verschiedensten Ländern Unterstützung, zum Beispiel in Deutschland. In Berlin hat bis vor kurzem eine neun Tage dauernde Mahnwache für den Hungerstreik stattgefunden.

Die Gefangenen betonen jedoch, dass das nicht genug sei. Es ginge nicht darum, sich einfach nur solidarisch mit einem Kampf zu zeigen, sondern zu verstehen, dass man selbst Teil dieses Kampfes ist. So äußerte sich der Hungerstreikende Muhamed Inal in einer Presseerklärung: »Überall finden Kampagnen statt, aber wichtig ist vor allem, dass auch unsere Bevölkerung in Nordkurdistan aufsteht und aktiv wird. [...] Wenn sie sich nicht selbst für ihre Freiheit einsetzt, können auch die Kampagnen im Ausland nicht viel bewirken.«

Forderungen und Appell der Hungerstreikenden

Die zentrale Forderung der Hungerstreikenden ist die Aufhebung der Isolation durch den türkischen Staat. Damit ist vor allem die physische Freiheit des Repräsentanten des kurdischen Volkes, Abdullah Öcalan, gemeint, aber auch die Aufhebung der Isolation aller anderen politischen Gefangenen sowie der Gesellschaft an sich.

Darauf, dass die Haftbedingungen Abdullah Öcalans untragbar sind, hatte zuletzt auch das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT) in seinem Bericht vom August 2020 an den Europarat aufmerksam gemacht. Darin hieß es, unter anderem, dass die auf Imralı Gefangenen von 168 Stunden pro Woche 159 in totaler Isolation verbringen müssten. Das Komitee erklärte wörtlich: »Nach Ansicht des Komitees ist ein solcher Zustand nicht hinnehmbar«, und es riet dem Europarat zu dahingehenden Gesprächen mit der türkischen Republik. Was Letztere jedoch ignorierte und stattdessen mit einem sechsmonatigen Besuchsverbot auf Imralı beantwortete.

Außerdem fordern die Gefangenen auch ein Ende der, durch die Covid-19-Pandemie verschärften, lebensbedrohlichen Haftbedingungen sowie der systematischen Rechtsverletzungen in den Gefängnissen der Türkei. Erdal Güzel, Vorsitzender des Anatolien-Büros der Gesundheitsgewerkschaft SES, äußerte sich dazu: »Wir sehen, dass die Isolation auf Imralı in einem direkten Zusammenhang mit vielen Problemen steht. Wer Frieden, Demokratie, Gerechtigkeit will, muss sich mit der Isolation auf Imralı beschäftigen. [...] Darin ist auch der Grund zu sehen, warum die Gefangenen die Aufhebung der Isolation [...] fordern.«

Die Gefangenen im Hungerstreik betonten in ihren Erklärungen die Legitimität ihrer Forderungen, welche auch außerhalb der Gefängnismauern viel stärker zum Ausdruck gebracht werden müssten. Somit appellierten sie bereits mehrfach an verschiedenste Menschenrechtsorganisationen, Parteien und internationale Institutionen, sich mit der Realität politisch Inhaftierter in der Türkei auseinanderzusetzen und aktiv zu werden. Es liege im Interesse aller Beteiligten, sich um eine politische Lösung zu bemühen, betonten die Gefangen des Weiteren. Nur so könne der befristete Hungerstreik sofort beendet werden, anderenfalls seien die Vorbereitungen für eine unbefristete Fortführung der Aktion bereits in vollem Gange. ♦

Vorschläge Abdullah Öcalans zur Entwicklung der demokratischen Gesellschaft

Die Neubestimmung demokratischer Politik

Ali Cicek, Mitarbeiter von Civaka Azad

»Das Virus ist ein Spiegel. Es zeigt, in welcher Gesellschaft wir leben. Wir leben in einer Überlebensgesellschaft, die letztlich auf der Angst vor dem Tod beruht. Heute ist das Überleben das absolut Höchste, als befänden wir uns in einem permanenten Kriegszustand«, kommentiert der südkoreanisch-deutsche Philosoph Byung-Chul Han die Gesellschaft in der Corona-Zeit.[1] Han erklärt weiter, dass wir angesichts der Pandemie auf ein biopolitisches Überwachungsregime zusteuerten und der Westen angesichts dieses Pandemie-Schocks gezwungen sein werde, seine liberalen Prinzipien aufzugeben. Der Westen bewege sich damit in Richtung einer biopolitischen Quarantänegesellschaft, in der unsere Freiheit dauerhaft eingeschränkt wird. Gewinner dieser Entwicklungen scheinen hierbei diejenigen zu sein, die auf mehr Staat und Macht plädieren. In Deutschland zeige sich dies unter anderem beim Erstarken der Rechten (Querdenker) und der linken Kritik(un)fähigkeit.[2] Der Staat präsentiert sich laut einer Studie zu Einkommensverlusten infolge von Corona als Retter. So titelte der Spiegel exemplarisch »Corona nimmt's, der Staat gibt's«.[3] Auch das Vertrauen in die politischen Eliten Deutschlands sei erstarkt. »Corona war für Merkel der Game Changer« heißt es beim Deutschlandfunk.[4] Demnach habe Corona die Beliebtheit der Bundeskanzlerin Merkel nochmal auf »ganz andere Höhen katapultiert«.

Die Problematik von Macht und Staat ist auch Gegenstand der Verteidigungsschriften von Abdullah Öcalan. Er führte von der Gründung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) 1978 bis zu seiner Entführung am 15. Februar 1999 als Vorsitzender der PKK den kurdischen Befreiungskampf aktiv an. Er gilt weiterhin als führender Stratege und einer der wichtigsten politischen Repräsentanten der kurdischen Gesellschaft. Aufgrund seiner politischen Philosophie und seines Kampfes ist er seit 22 Jahren in nahezu vollständiger Isolation auf der Gefängnisinsel Imralı inhaftiert. Die von ihm im Buch »Soziologie der Freiheit«[5] formulierten Analysen beschreiben ein ähnliches Bild wie die Thesen von Han: »Das Problem von Macht und Staat befindet sich offensichtlich in einer seiner schlimmsten Phasen. Im Zeitalter des Finanzkapitals, des virtuellsten Kapitalmonopols der kapitalistischen Moderne, ist die Gesellschaft einem historisch beispiellosen Zerfall ausgesetzt. Das politische und moralische Gefüge der Gesellschaft wurde zerschmettert. Was geschieht, ist ein ›Soziozid‹ – ein schwerwiegenderes gesellschaftliches Phänomen als Genozid.« Öcalan warnt davor, dass der Nationalstaat die Gesellschaft insgesamt verschwinden lasse und sie einen maximalen Verlust ihres politischen und moralischen Charakters erleide. Die Bilanz der Soziozide falle sogar schlimmer aus als die der Genozide, denn sie zeige sich im Verlust der moralisch-politischen Qualität der gesamten Gesellschaft. Menschenmassen, die nicht einmal für die schwersten gesellschaftlichen und ökologischen Katastrophen eine Verantwortung empfinden, belegten dies.

Demokratische Politik als Impfstoff in Post-Corona-Zeit

Öcalan schlägt angesichts dieser Gefahr die demokratische Politik vor, um durch die Verteidigung und Organisierung der Gesellschaft Freiheit zu erringen: »Die Gesellschaft, die sich durch demokratische Politik gegen Individualismus, den Nationalstaat und die Monopole verteidigt, verwandelt sich in eine moderne demokratische Gesellschaft, indem sie ihr politisches Gewebe funktional macht.« In der Post-Corona-Zeit, in der sich Staat und Macht für alle sichtbar ausweiten, stellt sich diese Frage der Verteidigung der Gesellschaft dringender denn je. Welche politischen Formationen aus der strukturellen Krise des Weltsystems im Allgemeinen und dem gegenwärtigen

1 https://www.efe.com/efe/english/destacada/byung-chul-han-covid-19-has-reduced-us-to-a-society-of-survival/50000261-4244328

2 https://www.freitag.de/autoren/elisvoss/corona-und-linke-kritik-un-faehigkeit

3 https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/corona-nimmt-s-der-staat-gibt-s-studie-zu-einkommensverlusten-a-a912e268-481d-4346-b919-5f9cdb6ef622

4 https://www.deutschlandfunk.de/beliebtheit-von-angela-merkel-politologe-corona-war-fuer.694.de.html?dram:article_id=488982

5 In diesem dritten Band seines Manifests der demokratischen Zivilisation legt Öcalan eine Methode für die Lösung der drängendsten Probleme des 21. Jahrhunderts vor. Das Buch wurde 2020 ins Deutsche übersetzt und ist erhältlich beim Unrast Verlag: https://www.unrast-verlag.de/neuerscheinungen/manifest-der-demokratischen-zivilisation2019-12-07-02-07-49-detail.



22 mobile Öcalan-Bibliotheken touren durch Städte in Europa, Kanada und Australien; hier am 14.2.2021 in Marseille/Frankreich. Foto: anf

krisengeschüttelten Zeitabschnitt der Post-Corona-Zeit im Besonderen hervorgehen werden, wird sich durch intellektuelle, politische und moralische Bemühungen feststellen lassen. In diesem Sinne möchte ich im Folgenden näher auf das von Öcalan vorgeschlagene Konzept der demokratischen Politik eingehen.

Politik als Kunst der Freiheit

Was Politik sei, fragt Öcalan, der in seinen Verteidigungsschriften Begriffen wie Freiheit, Staat, Macht, Moral, Gesellschaft, Demokratie und Frieden auf den Grund geht. Insbesondere in seinen Büchern »Jenseits von Staat, Macht und Gewalt« und »Soziologie der Freiheit« geht er der Frage nach, was Politik eigentlich sei und wie sie sich historisch entwickelt habe. Als Ideengeber einer gesellschaftlichen Bewegung formuliert er darüber hinaus auch politische Aufgaben für die Kräfte der demokratischen Moderne, die sich gegen die Gewalt und kapitalistische Ausbeutung stellen.

Zentral für den Politikbegriff von Öcalan ist seine Abgrenzung von Staat und Macht, was er wie folgt formuliert: »Staat bedeutet Regeln, Politik dagegen ist Kreativität. Der Staat regiert das Bestehende, Politik dagegen regiert, indem sie erschafft. Staat ist Handwerk, Politik ist Kunst.«

Um seine Ansicht deutlicher zu machen, zählt Öcalan eine Reihe von Aktivitäten auf, die er nicht zur Politik zählt: Staatliche Aktivitäten seien keine politischen, sondern Verwaltungsaktivitäten. Gestützt auf den Staat werde keine Politik gemacht, sondern verwaltet. Angelegenheiten, die keine vitalen gesellschaftlichen Interessen berühren, bildeten keine Politik im eigentlichen Sinne. Diese fänden auf dem Niveau von Routineangelegenheiten statt, die andere gesellschaftliche Institutionen erledigen. Angelegenheiten, die in keinem Zusammenhang mit Freiheit, Gleichheit und Demokratie stehen, gingen die Politik im Grunde nichts an. Das Gegenteil jedoch beträfe die Politik fundamental: Zum vitalen Interesse der Gesellschaft gehörten Überleben, Sicherheit, Ernährung und die Freiheit, Gleichheit und Demokratie, die durch Macht und Staat verhindert würden.

Politische und staatliche Angelegenheiten seien also nicht dasselbe, sondern stünden im Widerspruch zueinander. Politik werde eingeengt und geschwächt, je mehr sich der Staat ausbreite und intensiviere. Öcalan nähert sich bei seiner Politikdefinition derjenigen Hannah Arendts, die in ihrem Essay »Freiheit und Politik« schreibt: »Der Sinn von Politik ist Freiheit.« Politik ist für Öcalan die Kunst der Freiheit und demokratische Politik die wahre Schule, in der Freiheit gelernt und gelebt werde. So sehr gesellschaftliche Politik Freiheit hervorbringe, so sehr seien Macht und Staat Bereiche, in denen Freiheit verschwinde.

Macht und Politik

In Öcalans Werken nimmt die Definition von Begriffen eine zentrale Bedeutung ein. Ohne die Definition grundlegender Begriffe bestehe die Gefahr, in einem Meer von zahllosen Einzelphänomenen zu ertrinken. Eine große Begriffsverwirrung

in den Sozialwissenschaften herrsche hierbei besonders in dem Beziehungsgeflecht Macht, Leitung und Politik. Diese Begriffe würden benutzt, als seien sie identisch und könnten als einer der Gründe für die Orientierungslosigkeit in den Sozialwissenschaften der Gegenwart angeführt werden. So würde beispielsweise jegliche (militaristische) Aktivität eines Herrschaftssystems als Politik bezeichnet und die politische Partizipation der Bürger auf alle vier Jahre erfolgende Wahlen reduziert. »Wenn ich an die Begriffe Krieg, Konflikt und Ausbeutung denke, die beinahe schon mit Politik identifiziert werden, wird mir ganz anders«, schreibt Öcalan in diesem Kontext.

Die Neuinterpretation des Politikbegriffs durch Öcalan im Zusammenhang von Freiheit und Gleichheit stellt Politik und Macht als zwei diametrale Pole gegenüber. Politik müsse demnach zunächst als Widerstand gegen die Macht beginnen, die sich auf die Ausbeutung und Unterdrückung der anderen stützt. Da die Macht jede gesellschaftliche Einheit und jedes Individuum zu erobern und zu kolonialisieren versuche, müsse die Politik danach trachten, jede Einheit und jedes Individuum zu gewinnen und zu befreien. Da jede Beziehung, ob einheitsbezogen oder individuell, machtbezogen sei, sei sie im gegenläufigen Sinne auch politisch. Da die Netze der Macht überall seien, müsse auch die Politik überall widerständig sein. Da sich die Macht auf jede gesellschaftliche Einheit und jedes Individuum stütze, müsse sich auch die Politik auf jede Einheit und jedes Individuum stützen. Als Einheit definiert Öcalan hierbei jegliche »antimonopolistische Gemeinschaft«: »Jede Gemeinschaft – von der demokratischen Nation bis zum Dorfverein, von einer internationalen Konföderation bis zum Stadtteilladen – ist eine Einheit. Jedes Leitungsorgan, ob in Stamm oder Stadt, vom lokalen bis zum nationalen, ist eine Einheit. Es kann Einheiten aus zwei Personen, sogar aus nur einer Person geben bis hin zu Einheiten, die Milliarden von Menschen vertreten.«

Politik aus historischer Perspektive

Seinen Politikbegriff leitet Öcalan aus der Geschichte ab. Durch die Geschichte der Zivilisation hindurch sei die vorherrschende Tendenz nicht die Unterwerfung, sondern der Widerstand. Unter anderem führt er bei seiner historischen Perspektive zahlreiche Beispiele für den Widerstand politisierter Städte gegen die Kräfte der kapitalistischen Zivilisation auf, die die Rolle der Politik zurückdrängen. So sieht er den Grund für den Ruhm von Athen und Rom in der Antike in ihrer jeweiligen politischen Stärke. Babylon, Karthago und Palmyra präsentiert er als Beispiele für die Unabhängigkeit und Autonomie einer Stadt. Um nicht unter das Joch größerer Mächte und Staaten in der Umgebung zu gelangen, hätten diese geschickt und meisterhaft eine Unabhängigkeits- und Autonomiepolitik verfolgt. Auch im Mittelalter sieht Öcalan den Widerstand städtischer Autonomien und schreibt: »Wir stehen geradezu vor einem Sternenhimmel voller Städte, die gegen Großreiche Widerstand leisteten.« Dieser rote Faden der widerständigen städtischen Autonomie wird bis zum Siegeszug des zentralistischen Nationalstaats im neunzehnten Jahrhundert gezogen.

Für die Interpretation von Politik ist die Erkenntnis zentral, dass sich die Geschichte in der Gegenwart fortsetzt. So ist die zentrale Schlussfolgerung aus dem historischen Rückblick, dass es in der Geschichte eine Kontinuität lokaler und regionaler Autonomie-Politik gegeben habe und die Geschichte dieser demokratisch-konföderalen Tradition gar überwiege. Für Öcalan gibt es keinen Ort, an dem kein Widerstand, also keine Politik stattgefunden hat.

Politik als tägliches moralisches Verhalten

Politik hat im Denken Öcalans auch eine moralische Dimension. Die grundsätzliche Rolle der Moral sei es hierbei, die Gesellschaft mit Regeln auszustatten, derer sie zum Weiterbestehen und Überleben bedarf, und ihr die Fähigkeit zu verleihen, diese umzusetzen. Die Rolle der Politik hingegen sei es, die für die Gesellschaft notwendigen moralischen Regeln zu bieten und zudem ständig die Mittel und Methoden zur Befriedigung der grundsätzlichen materiellen sowie geistigen Bedürfnisse der Gesellschaft zu diskutieren und auszuwählen.

So wie in der historischen Perspektive die Zivilisation die Rolle der Politik zurückgedrängt habe, so sei in allen zivilisierten Gesellschaften der Bereich der gesellschaftlichen Moral eingeschränkt und der Anteil des Rechts stets vergrößert worden. So wie die Politikfähigkeit der Gesellschaft durch Verwaltung und Bürokratisierung verhindert und ersetzt worden sei, so sei auch durch Staat und Macht dasselbe mit dem Recht gegenüber der Moralfähigkeit getan worden. Doch trotzdem ist es für Öcalan nicht die staatliche Rechtsordnung, die die Gesellschaft aufrechterhält, sondern das moralische Element. So sei für die Verteidigung und Organisierung der Gesellschaft neben der demokratischen Politik auch die Moral entscheidend. Politik ist in diesem Sinne für Öcalan »die tägliche Aufklärung und das tägliche moralische Verhalten«.

Selbstverteidigung

Demokratische Politik bedeute also die Existenz einer demokratischen Atmosphäre und es sei ihre Verantwortung, die moralische und politische Gesellschaft kontinuierlich zu entwickeln. Zusammen mit der demokratischen Politik ist für

Öcalan die Selbstverteidigung der Kern der Politik der heutigen Zeit. Die Selbstverteidigung schütze die Gesellschaft gegen Angriffe der Macht auf ihre Existenz, ihre Freiheit und ihre egalitäre und demokratische Struktur. Sie könne in gewissem Sinne als Sicherheitspolitik der moralischen und politischen Gesellschaft bezeichnet werden. Die Selbstverteidigung sei hierbei jedoch nicht nur auf äußere Angriffe beschränkt, wie z. B. durch die Militarisierung des Nationalstaates oder die Ausbeutung durch verschiedene Machtmonopole.

Öcalan macht darauf aufmerksam, dass es jederzeit auch in den inneren Strukturen der Gesellschaft zu Widersprüchen und Spannungen kommen könne: »Wir sind heute mit einer Realität konfrontiert, die alle Poren der Gesellschaft nicht nur von außen, sondern auch von innen durchdringt.« Der gesellschaftliche Sexismus sei hierbei eine der häufigsten Waffen gegen die moralische und politische Gesellschaft, eines der ideologischen Instrumente, die die Macht und Ausbeutung bis in jede Pore der Gesellschaft verbreiten. Daher sieht Öcalan in der demokratischen Freiheits- und Gleichheitsbewegung der Frau eine Hauptrolle bei der Lösung der gesellschaftlichen Probleme. Demokratische Politik sei also nur mit der vollständigen Freiheit und Gleichheit der Frau möglich, dem Recht auf vollständige Selbstbestimmung und freie Willensentfaltung in allen Belangen, die das Geschlecht betreffen.

Feminisierung der Politik

Gegen ideologische Instrumente, wie die Ideologie des gesellschaftlichen Sexismus bzw. das Patriarchat, könne die Frau also durch Selbstverteidigung bzw. eine Frauenbefreiungsideologie einen Sieg auf ideologischem Gebiet erringen. Denn der gesellschaftliche Sexismus belagere regelrecht die Gesellschaften und zwischenmenschlichen Beziehungen, sodass die tägliche patriarchale Gewalt in ihren verschiedenen Formen als normal betrachtet und akzeptiert werde. Öcalan weist darauf hin, dass allgemeine gesellschaftliche Freiheit und Gleichheit nicht immer Freiheit und Gleichheit für die Frau bedeuten müssten. Daher gelte für ihn die Formel, dass der Grad der Freiheit der Frauen auch den Grad der Freiheit in der Gesellschaft definiere.[6] Als Voraussetzung dafür wird eine spezifische Organisierung, also die Schaffung von spezifischen demokratischen Zielen und Organisationen der Frauen, als Grundvoraussetzung erachtet. Im Zusammenhang mit der Politik schreibt Öcalan hierbei: »Wenn die Frauenbefreiung den politischen Bereich in Angriff nimmt, muss sie wissen, dass ihr dort der härteste Kampf bevorsteht. Ohne das Wissen, wie der Sieg im politischen Bereich möglich ist, kann keine Errungenschaft von Dauer sein. Im politischen Bereich zu siegen bedeutet nicht, dass die Frauenbewegung einen Staat anstrebt. Ganz im Gegenteil bedeutet es, im Kampf gegen die hierarchischen und etatistischen Strukturen politische Strukturen zu schaffen, die nicht staatsfixiert sind. Es bedeutet, eine demokratisch-ökologische Gesellschaft sowie die Befreiung der Geschlechter anzustreben.«

Die Bewegung für die Freiheit der Frau hat also in der demokratischen Politik eine Führungsrolle beim Aufbau von außerstaatlichen politischen Strukturen einzunehmen. Eine demokratische Frauenorganisierung umfasst hiermit alle Strukturen der Zivilgesellschaft, den Bereich der Menschenrechte sowie die Kommunalverwaltungen. Ein von Öcalan in diesem Zusammenhang vorgeschlagener Mechanismus stellt hierbei das System des Ko-Vorsitzes dar, das innerhalb der Kommunalverwaltungen und politischen Parteien umgesetzt werden sollte. Bei dieser »Feminisierung der Politik«[7] wird über die zunehmende Präsenz von Frauen in Entscheidungsprozessen hinaus die Art und Weise verändert, wie Politik praktiziert wird. Ziel ist es, männliche Muster zu zerschlagen, die Verhalten belohnen wie Konkurrenzdenken, Dringlichkeit, Hierarchie oder Homogenität. Eine feminisierte Politik sucht stattdessen die Bedeutung der Kleinigkeiten, der Zusammenhänge, der alltäglichen Dinge zu betonen und hinterfragt dabei die künstliche Trennung zwischen dem Privaten und dem Politischen.

Alternativer Systemaufbau als Aufgabe der demokratischen Politik

Fragen wir uns also mit Öcalan, was demokratische Politik ist, geht es auch um die Frage, was es für Strukturen und Institutionen der Partizipation und Mitgestaltung braucht, um wieder zu Handelnden werden zu können. Öcalan definiert demokratische Politik auch als eine institutionelle Totalität. Die Praxis der demokratischen Politik könne sich nicht entfalten, wenn es nicht zahlreiche Institutionalisierungen und Aktivitäten wie Parteien, Gruppen, Räte, Nichtregierungsorganisationen, Medien, Kundgebungen usw. gebe. Für einen respektvollen Umgang mit allen Differenzen in der Gesellschaft und der Fokussierung auf Gleichheit und Konsensfindung bedürfe es darüber hinaus noch einer kontinuierlichen gesellschaftlichen Bildungsarbeit.

6 »Allgemein lässt sich die These aufstellen: Der soziale Fortschritt vollzieht sich entsprechend den Fortschritten in der Befreiung der Frau, und der Verfall der Gesellschaftsordnung vollzieht sich entsprechend der Abnahme der Freiheit der Frau. Die Erweiterung des Vorrechts der Frau ist das allgemeine Prinzip allen sozialen Fortschritts.« Charles Fourier: Die Freiheit in der Liebe (Hamburg, 2017), S. 66. Marx, dem diese Formulierung oft zugeschrieben wird, zitiert lediglich Fourier. Darauf weist Murray Bookchin in seinem Hauptwerk Die Ökologie der Freiheit: Wir brauchen keine Hierarchien (Weinheim, Basel: Beltz, 1985) hin, auf das der Titel dieses Bandes verweist.

7 http://www.kurdistan-report.de/index.php/archiv/2017/55-kr-194-november-dezember-2017/639-eine-andere-art-es-zu-tun



Demonstration für die Freiheit von Abdullah Öcalan am 23.1.2021 in Düsseldorf. Foto: anf

In der Neuinterpretation des Politikbegriffs sei die zentrale Aufgabe der demokratischen Politik ein alternativer Systemaufbau. In den Worten Öcalans ist die »demokratische Politik die Art und Weise des Aufbaus des demokratischen Konföderalismus«. Während der Kapitalismus innerhalb der globalen Krise seine Macht durch den Wiederaufbau des Nationalstaates zu bewahren versucht, sei es die Aufgabe der Kräfte der demokratischen Moderne, ein demokratisches konföderales System aufzubauen, das darauf abzielt, die moralische und politische Gesellschaft zu verteidigen und zu entwickeln. Die demokratische Politik biete hierbei jedem Teil und jeder Identität der Gesellschaft die Möglichkeit, sich auszudrücken und zu einer politischen Kraft zu werden. Jede Gemeinschaft, Ethnie, Kultur, Religionsgemeinschaft, intellektuelle Bewegung, wirtschaftliche Einheit etc. könne sich jeweils als politische Einheit selbst autonom strukturieren und ausdrücken.

Wenn wir uns vor Augen führen, dass für Öcalan die Politik im kapitalistischen Weltsystem den größten Verlust erlitten hat und wir heute einen politischen Verfall unvergleichlichen Ausmaßes erleben, dann ist der demokratische Konföderalismus das zentrale Mittel zur Repolitisierung der Gesellschaft. Während die kapitalistische Moderne stets durch Anweisungen verwaltet werde, regiere die demokratische Moderne, indem sie mit Diskussion und Konsens tatsächlich Politik mache.

Neubestimmung demokratischer Politik in der Post-Corona-Zeit

Ähnlich wie der Philosoph Han die gegenwärtige Gesellschaft unter den Bedingungen eines permanenten Kriegszustandes sieht, betrachtet Öcalan den Charakter von Staat und Macht als »eisernen Käfig«, in dem die Gesellschaft eingesperrt ist. Wie es »nach Corona« weitergeht, hängt dementsprechend auch davon ab, wie sehr sich die demokratische Politik gegenüber Macht und Staat durchsetzen kann. Gerade in diesem »annus horribilis«, der von Gefahren und Unsicherheit geprägten Corona-Zeit, präsentiert sich der Staat als einziger Helfer, was wiederum, wie wir oben ausgeführt haben, fatale Folgen haben kann. Denn es birgt die Gefahr, dass der Ausnahmezustand zum Normalzustand erklärt werden kann. Die einzige Prävention dagegen ist die stetige Weiterentwicklung demokratischer Politik. In diesem Zusammenhang begnügt sich Öcalan nicht nur mit einer Bestandsaufnahme, sondern plädiert mit seiner Neuinterpretation demokratischer Politik für eine paradigmatische Verschiebung der Politik an sich. Wir dürfen unsere politischen Aufgaben nicht denen überlassen, die die Pluralität von Politik vernichten, Politik für ihre Macht missbrauchen und dies zu einem Beruf entwickelt haben, um davon leben zu können. Und wie Hannah Arendt schreibt, kann nicht von Freiheit gesprochen werden, ohne immer auch schon über Politik zu reden. Denn Freiheit ist gleichbedeutend mit demokratischer Politik, mit politischem Handeln in Öffentlichkeit. ♦

Ein Lösungskonzept nicht nur für die kurdische Frage

Die Eigenschaften des demokratischen Konföderalismus

Lesetipp des Kurdistan Report aus dem dritten Band von Abdullah Öcalan »Soziologie der Freiheit«

Radikale Demokratie, ökologisches Bewusstsein und Frauenbefreiung – drei Schlagwörter, die viele Menschen aufgrund der vielen Konflikte nur selten mit der Region des Mittleren Ostens in Verbindung bringen. Doch im Norden Syriens, auch als Rojava bekannt, wird ein Gesellschaftskonzept umgesetzt, dass eben genau auf diesen Grundpfeilern beruht. Die dahinter steckende Theorie ist als demokratischer Konföderalismus bekannt und geht auf das Ideenmodell des seit 1999 inhaftierten Gründers der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) Abdullah Öcalan zurück.

Der demokratische Konföderalismus steht nicht nur für den Widerstand gegen das herrschende Chaos im Mittleren Osten, er steht auch für den Aufbau einer gesellschaftlichen Alternative. Im Mai 2020 erschien mit »Soziologie der Freiheit« der dritte Band von Abdullah Öcalans »Manifest der demokratischen Zivilisation« im Unrast Verlag. In diesem Band konkretisiert Öcalan sein politisches Lösungskonzept nicht nur für die kurdische Frage, sondern für die drängendsten Probleme des 21. Jahrhunderts.

Im Folgenden veröffentlichen wir einen Auszug zu dieser Thematik, die den universalistischen Anspruch von Öcalan deutlich zum Ausdruck bringt:

Die demokratische Moderne antwortet auf die Homogenisierung (Uniformierung), die Herden- und die Massengesellschaft, die der moderne Nationalstaat auf dem Wege erreichen will, den er mit der universalistischen, linear-progressistischen und deterministischen Methode (Methodenverständnis, das sich Wahrscheinlichkeiten und Alternativen verschließt) vorgezeichnet hat, mit pluralistischen, probabilistischen, für Alternativen offenen und die demokratische Gesellschaft sichtbar machenden Methoden. Sie entwickelt ihre Alternative durch ihre für verschiedene politische Strukturen offenen, multikulturellen, Monopolisierung ausschließenden, ökologistischen und feministischen Wesenszüge und eine wirtschaftliche Struktur, die grundlegende gesellschaftliche Bedürfnisse erfüllt und auf gemeinschaftlicher Kontrolle beruht. Die politische Alternative der demokratischen Moderne zum Nationalstaat der kapitalistischen Moderne ist der demokratische Konföderalismus.

Die Eigenschaften des demokratischen Konföderalismus können wir kurz folgendermaßen darstellen:

a) Der demokratische Konföderalismus ist verschiedenen und mehrstufigen politischen Strukturen gegenüber offen. Die komplizierte Struktur der gegenwärtigen Gesellschaft erfordert verschiedene horizontale und vertikale politische Strukturen. Er hält zentrale, lokale und regionale politische Strukturen innerhalb eines Gleichgewichts beieinander. Pluralistische politische Strukturen sind besser geeignet, die richtigen Lösungswege für gesellschaftliche Probleme zu finden, weil sie jeweils auf konkrete Bedingungen antworten. Kulturelle, ethnische und nationale Identitäten besitzen das natürliche Recht, sich in politischen Strukturen auszudrücken. Besser gesagt: es ist ein Erfordernis der moralischen und politischen Gesellschaft. Er ist offen für prinzipientreue Übereinkommen mit der staatlichen Tradition, ob in der Form des Nationalstaats, der Republik oder der ›bürgerlichen Demokratie‹. Auf Grundlage eines Friedens mit Prinzipien können sie koexistieren.

b) Er beruht auf der moralischen und politischen Gesellschaft. Gesellschaftsformen, die kapitalistische, sozialistische, feudale, industrialistische, konsumistische und andere schablonenhaften Projekte wie Social Engineering beinhalten, betrachtet er im Zusammenhang mit den kapitalistischen Monopolen. Derartige Gesellschaften existieren im Grunde nicht, es gibt nur ihre Propaganda. Gesellschaften sind grundsätzlich politisch und moralisch. Wirtschaftliche, politische, ideologische und militärische Monopole sind Apparate, die an dieser fundamentalen Natur der Gesellschaft nagen und dabei hinter Mehrwert und sogar gesellschaftlichen Tributen her sind. Sie besitzen an sich keinen eigenen Wert. Selbst eine Revolution kann keine neue Gesellschaft erschaffen. Revolutionen können nur dann eine positive Rolle spielen, wenn sie als Operation daherkommen, um das erodierte und ungenutzt gelassene

moralische und politische Gewebe wieder seiner eigentlichen Funktion zuzuführen. Alles Weitere bestimmt der freie Wille der moralischen und politischen Gesellschaft.

c) Der demokratische Konföderalismus beruht auf demokratischer Politik. Im Gegensatz zum starr zentralistischen, geradlinigen, bürokratischen Regierungs- und Verwaltungsverständnis des Nationalstaates realisieren alle gesellschaftlichen Gruppen und kulturellen Identitäten die Selbstverwaltung der Gesellschaft in politischen Strukturen, die sie ausdrücken. Die Angelegenheiten auf verschiedenen Ebenen werden durch Leitungen erledigt, die nicht durch Ernennung, sondern durch Wahl ins Amt kommen. Eigentlich geht es um die Fähigkeit, in Räten Diskussionen zu führen und Entscheidungen zu fällen. Herumkommandierende Führung ist abgeschafft. Von einem allgemeinen Koordinatioonsgremium (Rat, Kommission, Kongress) bis zu lokalen Gremien entsteht die demokratische Leitung und Kontrolle der gesellschaftlichen Angelegenheiten durch einen Strauß von Gremien aller Gruppen und Kulturen, die ihrer Konstitution gemäß und verschieden strukturiert die Einheit in der Verschiedenheit suchen.

d) Der demokratische Konföderalismus beruht auf Selbstverteidigung. Die Selbstverteidigungseinheiten sind die grundlegende Kraft, jedoch nicht als militärisches Monopol, sondern unter der strengen Kontrolle der demokratischen Organe gemäß der Bedürfnisse der Gesellschaft nach innerer und äußerer Sicherheit. Ihre Aufgabe als freie und auf der Grundlage von Vielfalt egalitäre Entscheidungsstruktur der moralischen und politischen Gesellschaft ist es, den Willen der demokratischen Politik durchzusetzen. Und es ist ihre Aufgabe, die Interventionen von Kräften unschädlich zu machen, die von innen und außen diesen Willen ignorieren, behindern und zu vernichten trachten. Die Kommandostruktur der Einheiten befindet sich unter der doppelten Kontrolle sowohl der Organe der demokratischen Politik als auch der Mitglieder der jeweiligen Einheit und kann bei Bedarf durch Anträge und Abstimmungen leicht geändert werden.

e) Im demokratischen Konföderalismus ist kein Platz für Hegemoniestreben im Allgemeinen und ideologisches Hegemoniestreben im Besonderen. Das Prinzip der Hegemonie gilt in den klassischen Zivilisationen. In demokratischen Zivilisationen und in der demokratischen Moderne werden hegemoniale Kräfte und Ideologien nicht toleriert. Wenn sie die Grenzen der Rede und der demokratischen Verwaltung überschreiten, werden sie durch die Selbstverwaltung und die Redefreiheit neutralisiert. Bei der kollektiven Leitung der gesellschaftlichen Angelegenheiten gelten die Bedingungen des gegenseitigen Verständnisses, Respekts vor abweichenden Vorschlägen und der Loyalität auf der Grundlage demokratischer Entscheidungen. Während sich bei diesem Thema das Leitungsverständnis der klassischen Zivilisation und der kapitalistischen Moderne mit demjenigen des Nationalstaates decken, gibt es große Unterschiede und Gegensätze zum Leitungsverständnis der demokratischen Zivilisation und Moderne. Ein grundlegender Unterschied ist die bürokratische, willkürliche Verwaltung auf der einen Seite und der demokratisch-moralische Führungsstil auf der anderen. Im demokratischen Konföderalismus kann es keine ideologische Hegemonie geben. Es gilt der Pluralismus zwischen verschiedenen Ansichten und Ideologien. Die Leitung hat kein Bedürfnis, sich durch eine ideologische Tarnung zu stärken. Daher besteht kein Bedarf an nationalistischen, religionistischen, positivistisch-szientistischen, sexistischen Ideologien, und auch die Errichtung jeder Hegemonie wird abgelehnt. Solange die moralische und politische Struktur der Gesellschaft nicht verletzt wird, Hegemonie nicht angestrebt wird, solange besitzt jede Ansicht, jeder Gedanke und jede Glaubensüberzeugung das Recht, frei ausgedrückt zu werden.

f) Gegenüber dem Verständnis vom Zusammenschluss der Nationalstaaten zu Vereinten Nationen, die sich unter der Kontrolle der SuperHegemonialmacht befinden, befürwortet der demokratische Konföderalismus eine ›Globale Demokratisch-Konföderale Union nationaler Gesellschaften‹. Für eine sicherere, friedlichere, ökologischere, gerechtere und produktivere Welt brauchen wir einen quantitativ und qualitativ verstärkten Zusammenschluss viel breiterer Gemeinschaften nach den Kriterien der demokratischen Politik in einer ›Globalen Demokratischen Konföderation‹.

Zum Schluss: Die Unterschiede und Gegensätze zwischen kapitalistischer Moderne und demokratischer Moderne, die wir noch sehr viel länger vergleichen könnten, bestehen nicht nur als Idee, sondern äußern sich konkret in zwei riesigen bestehenden Welten. Diese beiden Welten, die einander durch die Geschichte hindurch als dialektische Gegensätze manchmal gnadenlos bekämpften, oft aber auch friedlich miteinander koexistierten, stehen auch heute in ähnlicher Weise mit ihren Beziehungen und Widersprüchen manchmal in Konflikt und schließen manchmal Frieden. Den Ausgang werden zweifellos diejenigen bestimmen, die in der gegenwärtigen systemischen, strukturellen Krise im intellektuellen, politischen und ethischen Bereich den Aufbruch hin zum Guten, Wahren und Schönen unternehmen. ♦

Aus: Abdullah Öcalan, Gefängnisschriften, Soziologie der Freiheit, Manifest der demokratischen Zivilisation Band III, C Nationalstaat, Moderne und demokratischer Konföderalismus, S.: 286–289.

Die Systemkrise erfordert einen alternativen Eingriff

Die Rojava-Revolution hat eine neue Gesellschaft geboren

Nilüfer Koc, Nationalkongress Kurdistan (KNK)

Die Feststellung von Antonio Gramsci »Eine Krise besteht darin, dass das Alte stirbt und das Neue nicht geboren werden kann« bezeichnet die gegenwärtige globale Lage aufs Genaueste. Tatsächlich befindet sich das kapitalistische System in einer tiefen Krise, die es nicht mehr kontrollieren und koordinieren kann. Sie hat mit dem Zerfall des bipolaren Weltsystems zwischen den USA und Russland als Vertreter der Sowjetunion begonnen. Seit den 90er Jahren haben Kriege und Konflikte weltweit zugenommen und die gesamte Menschheit steht vor großen Herausforderungen.

Im Mittleren Osten wird diese Krise durch den Zustand der Nationalstaaten ersichtlich. Die Türkei, der Iran, Syrien, der Irak, Libyen, Jemen, Ägypten, Tunesien, Afghanistan, Pakistan etc. kämpfen ums Überleben und agieren zugleich immer aggressiver gegenüber ihren Gesellschaften, die für ihre Rechte und Freiheit kämpfen. Wenn man sich die Akteure anschaut, die in dieser allgegenwärtigen Krise ihre Finger im Spiel haben, kann durchaus von einem Dritten Weltkrieg gesprochen werden. Der arabische Frühling stellte einen Versuch des gesellschaftlichen Aufbegehrens gegen die Herrschenden der Region dar, doch leider scheiterte er. Statt eines tiefgreifenden demokratischen Wandels, wurden lediglich Regimespitzen im Sinne des kapitalistischen Weltsystems ausgetauscht.

Kolonialmächte Kurdistans sind im Umbruch

Inmitten dieser Krisenregion befinden sich die Kolonialmächte Kurdistans, also die Türkei, der Iran und Syrien im Umbruch. Sie alle wurden Zeuge dessen, was mit ihrem ehemaligen Nachbarstaat Irak seit den 90er Jahren passiert ist.

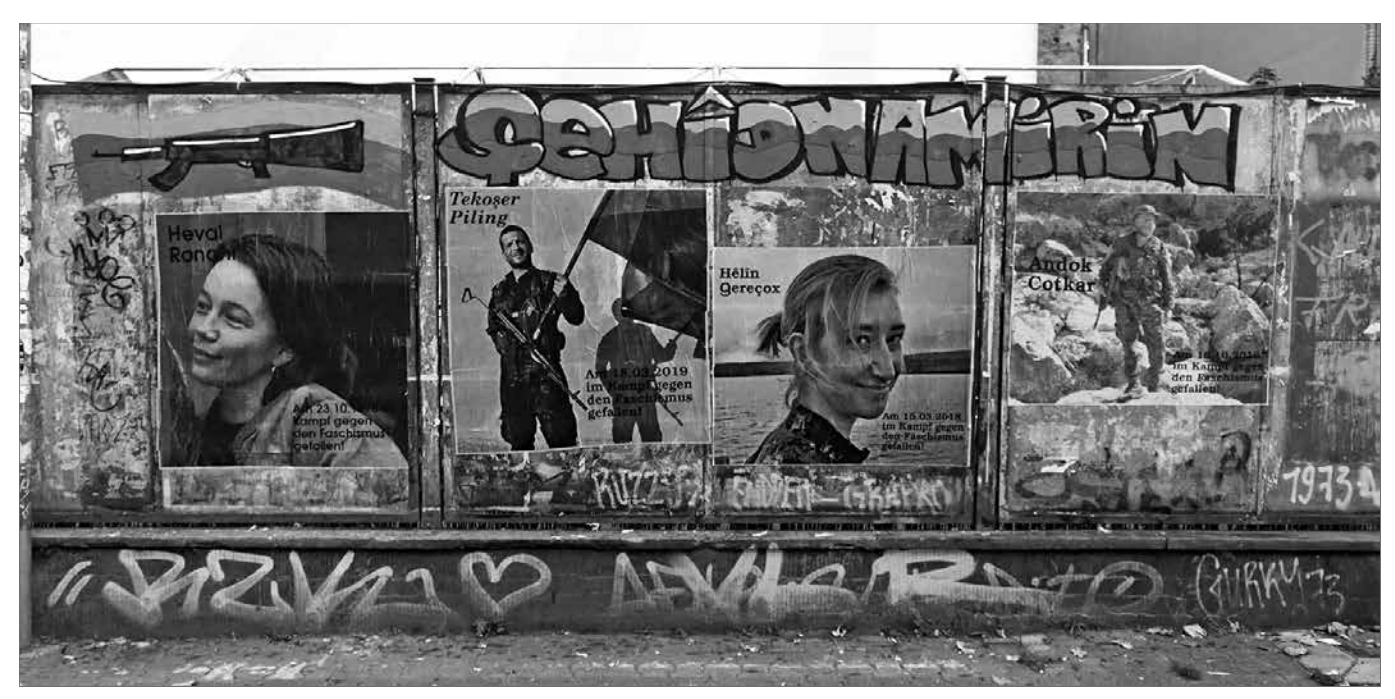
Der kurdische Repräsentant und Vordenker Abdullah Öcalan, der seit seiner international organisierten Entführung 1999 auf Imralı als politische Geisel gefangen gehalten wird, war persönlich von dieser Umwälzung betroffen. Seine Entführung hat mit dieser Krise direkt zu tun. Er hatte sich intensiv kritisch und selbstkritisch mit dem Zerfall der Sowjetunion befasst, da seine Partei, die PKK, sich ebenfalls dem sozialistischen Block zuordnete. Er hat aus seiner Zelle, in der er seit 22 Jahren festgehalten wird, eine Lösung, die er seit den 90er Jahren gesucht hat, gefunden, formuliert und am 21. März 2005 zum kurdischen Neujahrsfest Newroz verkündet: den demokratischen Konföderalismus. »Auf Imralı wurde ich neu geboren«, sagte er wiederholt, als er ein neues sozialistisches Paradigma verkündete.

Die Kurdinnen und Kurden, die 40 Jahre lang an ihn geglaubt haben und es weiter tun, haben mit Begeisterung diese neue Idee aufgenommen und es unter großen Opfern in den letzten 15 Jahren umgesetzt. Heute erfährt das neue Paradigma und das dazu passende Modell des demokratischen Konföderalismus auch weit über Kurdistan hinaus eine positive Resonanz.

Öcalans Paradigma

In seiner Auseinandersetzung kam Öcalan zu dem Schluss, dass der Realsozialismus letztlich an einer unzureichenden Analyse des Phänomens der Macht scheiterte. Der Realsozialismus wäre demnach nicht gescheitert, wenn die Sozialisten ihr System außerhalb des Staates und der Macht aufgebaut hätten. Öcalans Paradigma lehnt Macht und machtorientiertes Denken und Handeln − als Ursache des Zerfalls linker Befreiungsbewegungen − ab. Sein Ziel definiert sich nicht nur über die Befreiung der Klasse oder der unterdrückten Nation, sondern der Gesamtheit einer Gesellschaft.

Die philosophische Idee hinter dem demokratischen Konföderalismus ist bei Öcalan das Ergebnis einer radikalen Kritik an der kapitalistischen Moderne, die sich auf dem Paradigma der Macht begründet. Für ihn sind der Aufbau der Demokratie und die Gesellschaftswerdung nicht mit dem Ziel des Machtstrebens verbunden. »Meine Vorstellung vom demokratischen Konföderalismus ist […] umfassend. Für mich bedeutet er die eigenständige demokratische Organisierung der Gesellschaft



Berlin: Şehîd namirin – Antifaschistisches Gedenken an die gefallenen Internationalist*innen der kurdischen Revolution. Foto: anf

ohne Machtanspruch«, so Öcalan. Das herrschende globale Chaos und seine Zuspitzung im Mittleren Osten begreift er als Chance zum Aufbau des demokratischen Konföderalismus. Dessen Umsetzung in Kurdistan geht zugleich mit einer Demokratisierung der vier Staaten einher, die als Kolonialmächte in den kurdischen Siedlungsgebieten auftreten. Dadurch wird klar, dass das Konzept nicht allein auf Kurdistan ausgelegt ist. Das Ziel ist ein demokratischer Konföderalismus über Kurdistan hinaus im gesamten Mittleren Osten.

Demokratische Transformation eines Kolonialstaates am Beispiel Syriens

Wir wollen uns das Ganze am Beispiel des syrischen Staates einmal genauer anschauen. Innerhalb des syrischen Staatsgebietes befindet sich der kleinste der insgesamt vier Teile Kurdistans. Die dort lebenden Kurd*innen sind ähnlich wie in den anderen Teilen stets einer Verfolgung durch die Zentralregierung ausgesetzt gewesen. Insbesondere infolge der Entwicklung im Nordirak Anfang der 90er Jahre, die zur Etablierung einer Flugverbotszone führte, verstärkte das syrische Regime seine Repressionen gegen die Kurd*innen im eigenen Land. Als Öcalan am 9. Oktober 1998 Damaskus nach 19 Jahren verlassen musste, schloss Baschar al-Assad schließlich ein Bündnis mit der Türkei und bildete so eine gemeinsame Anti-Kurden-Front. Das gemeinsame Ziel von Ankara und Damaskus war es, das »Kurdenproblem« ein für alle Mal zu lösen. Am 12. März 2004 hatte das syrische Baath-Regime nach einem Fußballspiel in Qamişlo 32 Kurden getötet. Nach diesem Massaker brach ein Aufstand aus, der sich in ganz Rojava und sogar unter den Kurd*innen in Aleppo und Damaskus ausbreitete. Es ist der erste Massenaufstand in Rojava. Danach hatten die Kurd*innen zum ersten Mal bewaffnete Verteidigungskomitees gegründet. Dieses Massaker sollte die kurdische Bevölkerung in Syrien einschüchtern, denn im Nachbarland Südkurdistan (Nordirak) war ihnen nach dem Sturz von Saddam Hussein Autonomie gewährt worden. Die in Rojava gebildeten Verteidigungskomitees hingegen stellten die Vorgänger der heutigen Verteidigungseinheiten YPG/YPJ dar. Auch die Tatsache, dass Abdullah Öcalan von 1979 bis zum 9. Oktober 1998 mehr als 40.000 Menschen in den Parteiakademien der PKK in Syrien unterrichtet hatte, und auch die Kurd*innen in Rojava motivierte sich zu organisieren, darf nicht gering geschätzt werden. Öcalan hatte sich zudem intensiv für den Aufbau von Freundschaften mit Vertretern der Araber*innen, Assyrer*innen und Armenier*innen eingesetzt. Das bildete den Grundstein für die spätere Revolution von Rojava, welche 2012 ausbrach.

Die Kurdenfeindlichkeit des Baath-Regimes

Doch bevor wir zur Revolution kommen, sollten wir noch einmal einen Blick auf den historischen Verlauf der Kurdenpolitik des syrischen Regimes werfen. Der arabische Nationalismus, der unter dem Deckmantel eines arabischen Sozialismus

daherkam, betrachtete die kurdische Bevölkerung stets als ein Sicherheitsproblem. Die Region Rojava wurde wie eine Kolonie behandelt, Monokulturen an Getreide und Baumwolle wurden angelegt und das Öl- und Gasvorkommen ausgebeutet. Da Rojava historisch ein Teil des fruchtbaren Halbmonds war und die Flüsse Euphrat und Tigris durch das Land führen, ist es sehr ergiebig. Das syrische Regime machte aus Rojava die Kornkammer des Landes. Die Verarbeitungsindustrien für die Rohmaterialien aus Rojava, Mühlen und Raffinerien, wurden allerdings weit entfernt in den arabischen Regionen errichtet.

1962 wurde eine Volkszählung in Rojava veranlasst, die dazu führte, dass mehr als 150.000 ansässige Kurd*innen als ajnabi (Ausländer) gebrandmarkt wurden. Ihnen wurde die Staatsbürgerschaft entzogen. Sie hatten kein Recht auf Eigentum, Bildung, politische Partizipation, Staatsämter oder legale Heirat. Land und Eigentum der Kurd*innen wurden den staatstreuen arabischen Stämmen übertragen. Ihre Verfolgung ging verschärft mit der Machtübernahme der Baath-Partei 1963 weiter. Der Geheimdienstchef der Region Hassakah, Leutnant Muhammad Talab al-Hilal, arbeitete für das Baath-Regime ein Sicherheitskonzept aus, dass die Arabisierung (Politik des Arabischen Gürtels) vorsah. Er bezeichnete die Kurd*innen »als Feinde Syriens«, die Region Cizîrê/Rojava als »kurdische Gefahr« und schrieb, dass sie ein «bösartiger Tumor“ im Körper der arabischen Nation seien.

Hafiz al-Assad, der 1970 die Macht per Putsch übernahm, erklärte 1976 die Politik des »Arabischen Gürtels« für beendet. Die Diskriminierung der Kurd*innen ging unterschwellig weiter. Es ging ihm um die Vorherrschaft in der arabischen Welt. Als eine der großen Gefahren betrachtete er den türkischen Staat, mit dem er historisch um Gebietsansprüche stritt, aber auch, weil der Nachbarstaat als NATO-Mitglied die Interessen der USA in der Region vertrat. Auf dieser Grundlage knüpfte das Assad-Regime schließlich zwischen 1979 und 1999 Beziehungen zum kurdischen Repräsentanten Abdullah Öcalan. Assad sah in Öcalans Strategie der Völkerfreundschaft keine große Gefahr, da er erkannte, dass dieser an Bündnissen mit der arabischen Bevölkerung sehr interessiert war.

Die Transformation eines Nationalstaates am Beispiel Syriens

Als ab dem 19. Juli 2012 die Regime-Kräfte Stadt um Stadt aus Rojava herausgedrängt wurden, übernahmen die lokalen Räte die Kontrolle über die landwirtschaftlich genutzten Flächen. Die neue Verwaltung wurde um neu geschaffene Gemeinden herum aufgebaut, die meist aus einem Dorf und den umliegenden Weilern bestanden. Die Kommunen verteilten das Land je nach Bedarf und Fähigkeit zur Bewirtschaftung unter den dort ansässigen Familien. Einige Teile des Landes verblieben als Basis für die ersten Kooperativen in den Händen der Räte.

Es muss daran erinnert werden, dass die staatlichen Institutionen nach der Revolution weiterhin in Rojava präsent geblieben sind – einige bis heute. Zu Beginn der Revolution war es erforderlich, die Präsenz des Staates in einigen Bereichen zu tolerieren, bis die Selbstverwaltung einen demokratischen Weg gefunden hatte, die Verwaltung selbst in die Hand zu nehmen. Der Staat blieb weiterhin an der Ölindustrie beteiligt; Banken, Bildungssystem, Gesundheitswesen, Wasser und Elektrizität und der Flughafen in Qamişlo wurden zu Anfang dem Regime überlassen, bis die Räte in der Lage waren, diese Bereiche selbst alternativ zu betreiben. Strategisch war es für die Selbstverwaltung auch wichtig, Zugeständnisse an das Baath-Regime zu machen, um eine weitere Eskalation zu vermeiden. Ferner ist das Ziel des demokratischen Konföderalismus nicht die Abspaltung eines Gebietes von einem existierenden Staat. Öcalan sagt hierzu: »Die Aufgabe besteht folglich nicht im Sturz des Staates, denn wenn der Staat mit dem Volk einen Kompromiss sucht, so sollte das auch geschehen. Dies bedeutet aber nicht, dass dieses Volk den Staat will. Es geht ihm um den Schutz seines lokalen Umfeldes. Auf lokaler, das heißt kommunaler Ebene versucht es, seine Probleme aus eigener Kraft zu lösen.«

Um Rojava herum wütete gleichzeitig seit 2012 ein brutaler Krieg: ausgeführt von Dschihadisten, unterstützt und gefördert von der Türkei. Allerdings waren die Verteidigungsstrategien soweit ausgebaut, dass ein großer Widerstand den Aufbau des demokratischen Konföderalismus schützen konnte. Die YPG und YPJ waren und sind ein lebenswichtiger Bestandteil in diesem Sinne. Im Laufe der Zeit haben YPG und YPJ den Araber*innen, Assyrer*innen und Armenier*innen geholfen, ihre eigenen Verteidigungskräfte aufzubauen. Heute sind alle unter dem Dach der Demokratischen Verteidigungskräfte Syriens (QSD) vertreten.

Der Kommunalismus

Die Grundsäulen der Selbstverwaltung sind die Kommunen an der Basis. Die Kommunen verfügen auch über Fachkommissionen, die wiederum mit zuständigen Akademien zusammenarbeiten. Hiermit können selbst die kleinsten Gemeinschaften ihre Bedürfnisse selbst organisieren. Das System wird auch radikale Demokratie genannt. In regelmäßigen Treffen kommen alle Bewohner*innen eines Dorfes oder eines Stadtbezirkes zusammen, um Lösungen und Alternativen für Alltagsprobleme zu finden. Auf diesen Treffen werden auch Delegierte zu übergeordneten Räten gewählt. Da die Menschen in den Kommunen alle öffentlichen Aufgaben (von Bildung

bis Straßenbau, von den Arbeitsbedingungen bis zur Rechtsprechung) nach und nach in Eigenregie erledigen, werden der Staat und alle seine hierarchisch organisierten Institutionen auf ein Minimum an Verwaltungsaufgaben reduziert, bis sie schlussendlich völlig überflüssig werden. Entscheidungen bezogen auf Städte und größere Regionen werden von den Räten, die aus den Delegierten der Kommunen bestehen, getroffen. Eine Intervention von oben in die unteren Ebenen darf nicht stattfinden, da diese autonom sind. Frauen bilden neben Frauenhäusern ihre eigenen Frauenkommunen und ein eigenes autonomes System.

Eine Revolution in der Revolution: Die Frauenrevolution

Im Zentrum des demokratischen Konföderalismus steht die Befreiung der Frau. In keinem System ist die Freiheit der Frauen so maßgebend wie in der PKK. Durch die Hinterfragung der Frauenunterdrückung entdeckte Öcalan die Entstehung und den Ursprung der Unterdrückungsgeschichte. Das Maß der Freiheit der Frauen ist Gradmesser für die gesellschaftliche Freiheit. Aus diesem Grund misst Öcalan der Befreiung der Frauen im 21. Jahrhundert eine viel größere Bedeutung bei als nationale Befreiungs- oder Klassenkämpfe. Hier heißt es, dass die Freiheit der Frauen die Garantie einer dauerhaften Demokratie ist. Die Staatsideologien sind das Modell der patriarchalen Herrschaft. Wenn kein Kampf gegen die Ethik, Gesinnung und Kultur der patriarchalen Ideologie geführt wird, kann nicht von Demokratie und Freiheit gesprochen werden. Deshalb ist die Lösung der Geschlechterfrage von größter Bedeutung.

Die Frauenbewegung in Rojava wurde bereits 2005 unter dem Namen Yekitiya Star gegründet. Diese Bewegung griff auf die 30-jährige Erfahrung der kurdischen Frauenbewegung zurück. In Rojava hatten kurdische Frauen auf allen Ebenen gegen die Unterdrückungspolitik des Baath-Regimes gekämpft. Bei der Revolution 2012 haben Frauen beim Aufbau der Strukturen des demokratischen Konföderalismus mitgekämpft, aber auch eigene Strukturen des demokratischen Konföderalismus für Frauen geschaffen. Aufgrund der Ausweitung des Systems änderten sie ihre Organisationsstruktur auf dem Kongress 2016 und benannten sich um in Kongreya Star. Der Frauenbewegung ist es im Zuge der Revolution gelungen, auch arabische und christliche Frauen für ihre Befreiung zu überzeugen und zu mobilisieren. Es wurden zahlreiche gemeinsame Gremien aufgebaut. Kongreya Star verfügt über ein breites Netzwerk mit Frauen aus anderen arabischen Ländern.

In allen politischen Gremien und Strukturen Rojavas herrscht eine 40 prozentige Geschlechterquote vor. Die Räte werden von einer Doppelspitze in Form von einer Frau und einem Mann als Ko-Vorsitzende gemeinsam vertreten.

Frauenkooperativen nehmen an Größe und Zahl zu, denn sie sind ein wichtiger Weg für Frauen, um die Abhängigkeit von ihren Vätern und Ehemännern nach und nach zu verringern. Allgemein hat der fortwährende Befreiungskampf der Frauen auch die Wirtschaft beeinflusst, indem Frauen erstmals in der Neuzeit umfangreich und selbstständig an der Wirtschaft partizipieren und von ihren Familien wirtschaftlich unabhängig sein können. Insgesamt ist das vorherrschende Frauenbild in der Gesellschaft immer noch traditionell. Der Anteil der Frauen, die sich für andere Laufbahnen entscheiden, wächst jedoch rasant.

Das ökonomische System in Rojava

Wie im gesamten Mittleren Osten, so dominierte das kapitalistische Wirtschaftssystem auch in Rojava. Mit dem Aufbau des demokratischen Konföderalismus wird seit 2012 eine demokratisch-gesellschaftliche Ökonomie entwickelt. Die Kooperativen als Basis der gesellschaftlichen Ökonomie stellen die Grundlage des Wirtschaftssystems dar: je mehr Kooperativen, umso weniger Kapitalismus. Die Anzahl der Kooperativen hat seit 2012 permanent zugenommen. Mit der Förderung der Kooperativen wurden die Restbestände des kapitalistischen Marktes, welcher ab dem Revolutionsjahr 2011 vom syrischen Regime übernommen wurde, immer kleiner. Sämtliche Kooperativen arbeiten koordiniert mit den Räten und der demokratischen Selbstverwaltung zusammen. Gemeinsam mit den Räten, Akademien, Gemeinden und Kommunen werden je nach deren Bedürfnissen die Kooperativen gebildet. Als die kleinsten Basisorganisationen entscheiden die Kommunen selbst, in welcher Form sie ihre wirtschaftlichen Probleme lösen. Die Akademien für Ökonomie helfen den Menschen mit dem dazu notwendigen Know-how.

Heute gibt es Kooperativen für die verschiedenen Bereiche wie Stromversorgung, Bäckereien, Wasser, Getränke, Kleidung, Nahrungsmittel etc. Es existiert auch eine Vielfalt landwirtschaftlicher Kooperativen. Diese und auch alle anderen Kooperativen arbeiten koordiniert mit den Akademien und Kommissionen der Selbstverwaltung, die für die ökologische Produktionsweise zuständig sind. Akademien für Ökologie motivieren die Menschen für Alternativen zu chemischen Düngemitteln in der Landwirtschaft. Die größte Herausforderung in diesem Bereich stellt das Wasserembargo durch den türkischen Staat an den Flüssen Euphrat und Tigris dar. Die beiden Flüsse entspringen in Nordkurdistan, und dort hat der türkische Staat Staudämme gebaut, um das Wasser als eine Waffe gegen Syrien und den Irak einzusetzen.

Gesellschaftliche Probleme werden selten an höhere Gremien, die sich als Institutionen der Gerechtigkeit bezeichnen, getragen, sondern werden lokal durch Kommunen und Räte gelöst. In Rojava basiert das Rechtssystem nicht wie bei Staaten auf Artikeln und Gesetzen, sondern gemäß den moralisch-ethischen Prinzipen der Gesellschaften, die sie immer neben der »Rechtsprechung« des Staates hatten. Es gibt lediglich Gerichte für die IS-Gefangenen, da sie Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben. Hier kombinieren sie ihr demokratisches Paradigma mit dem internationalen Recht. Denn die meisten IS-Gefangenen stammen aus anderen Ländern.

Das Bildungssystem der demokratischen Nation

Demokratische Nation bedeutet: Vielfalt der Gesellschaften nach Merkmalen wie Ethnie, Glaubensrichtung und Geschlecht. In Nord- und Ostsyrien ist das Bildungssystem für ein gleichberechtigtes Zusammenleben aufgebaut worden. Seit der Revolution wird an der Erforschung und Entwicklung der verschiedenen Sprachen, Kulturen und der Geschichte der Völker gearbeitet. Das Bildungssystem setzt auf Vielfalt und Mehrsprachigkeit. In den Grundschulen bis zur dritten Klasse wird in der jeweiligen Muttersprache unterrichtet. Ab der vierten Klasse lernen die Kinder die Sprachen der Völker, mit denen sie zusammenleben, und der Unterricht findet zweisprachig statt. Mit der fünften Klasse beginnt der Fremdsprachenunterricht. Konkret heißt es: arabische, kurdische und Kinder von Suryoye (Assyrer-)Angehörigen lernen bis zur dritten Klasse in ihrer Muttersprache. Unterrichtsmaterialien beinhalten die Geschichte sowie die Kultur jeder einzelnen Gesellschaft Syriens. In Nord- und Ostsyrien werden etwa 790.000 Schülerinnen und Schüler nach diesem Modell unterrichtet. Das Wichtigste in diesem System ist das Verhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden. Denn wie das ehemalige Regierungssystem, basierte auch das alte Erziehungssystem vor allem auf Angst und Gewalt. Im neuen System sind die Schüler*innen für das Schulleben mitverantwortlich und können aktiv mitbestimmen. An jeder Schule werden Schüler*innenkomitees gebildet, um die Schulen demokratisch und partizipatorisch zu gestalten. Außerdem wurden Sanktionsmechanismen für Lehrende entwickelt, die physische oder psychische Gewalt anwenden. Im Gegensatz zu den herrschenden Bildungssystemen, die die Bildung zur Stabilisierung ihrer Herrschaft benutzten, basiert das Bildungsmodell der Universitäten auf freiem und demokratischem Denken.

Darüber hinaus gibt es unzählige Akademien zu verschiedenen Bereichen, die jedem offenstehen. Die Akademien sind so etwas wie Universitäten oder Fachfakultäten für die Bürger.

Sowohl die Akademien als auch die Schulen und Universitäten arbeiten mit der Akademie und dem Komitee der Jineolojî zusammen. Die Gremien und Räte dieser Bildungseinrichtungen müssen emanzipatorisch von Frauen, Männern und entsprechend der ethnischen und religiösen Zugehörigkeit besetzt sein.

Jineolojî: Befreiung vom Positivismus

Zum ersten Mal erschien der Begriff Jineolojî im Jahr 2008 im dritten Band des Manifests der demokratischen Zivilisation von Abdullah Öcalan mit dem Titel »Soziologie der Freiheit«. Jin bedeutet im kurdischen Dialekt Kurmanci Frau, hat aber die gleiche Wurzel wie das Wort Jiyan, das Leben bedeutet. Jineolojî sollte daher nicht, wie es oft der Fall ist, nur als Wissenschaft von der Frau verstanden werden. Es geht parallel auch um die Wissenschaft vom Leben, von der Gesellschaft als Ganzes. Das Ziel dieser Wissenschaft ist es, das heutige elitär gewordene Wissen wieder mit der Gesellschaft zu verbinden; aber auch ideologisch die Köpfe vom Positivismus zu befreien. Der Positivismus, der sich als Fortschrittsglaube sieht, und der dem herrschenden kapitalistischen System zugrunde liegt, trennt die Welt in Subjekt und Objekt, Schwarz-Weiß, Oben-Unten und legitimiert dadurch auch Hierarchien. Öcalan bezeichnet den Positivismus, den das kapitalistische System zur Grundlage des Wissens und Denkens nimmt, als »vulgärsten Materialismus« und »Götzenreligion«. Ihm zufolge ist das gegenwärtige deterministische Fortschrittsdenken auch eine Folge des Positivismus. Der Positivismus wurde vom kapitalistischen System für die Negierung der historischen und gegenwärtigen Eigendynamik, der mythologischen, religiösen, philosophischen und wissenschaftlichen Gedankengebilde der Gesellschaften benutzt.

Jineolojî kämpft daher dafür, das Wissen von der Abstraktion und Loslösung von der Gesellschaft zu überwinden. Sie reduziert die Gesellschaft weder als Objekt noch als Subjekt, sondern sieht sie als Teil des ökologischen Gleichgewichts. Somit ist sie ausgerichtet auf Ethik, auf Bedürfnisse und auf das Ziel der Wiederherstellung des Gleichgewichts von Frau-Natur-Gesellschaft. Dieser Prozess ebnete auch den Weg für eine tiefgreifende Neubesinnung auf die Wurzeln von Unterdrückung, Ausbeutung und Hierarchie. Konkret arbeiten die Akademien und Komitees von Jineolojî mit dieser Zielsetzung in Bereichen wie Ökologie, Ökonomie, Soziologie, Ethik-Ästhetik, Bildung, Gesundheit, Geschichte und Selbstverteidigung.



Der internationalistische »Lange Marsch« für die Freiheit Abdullah Öcalans führte in diesem Jahr von Haunau nach Freiburg. Foto: anf

Internationalismus der Rojava-Revolution

Der Angriff auf Syrien im Jahre 2011 hätte wie der arabische Frühling ohne gesellschaftliche Veränderungen enden können, wenn die Kurd*innen nicht im Voraus das Öcalan-Paradigma bereits praktiziert hätten. Der Krieg, der durch den IS geführt wurde, sollte die Brutalität des Faschismus über den Irak und Syrien hinaus im Mittleren Osten, in Nordafrika, im Kaukasus etc. ausweiten. Daher war der Sieg der YPG/YPJ über den IS, der von der Türkei unterstützt wurde, nicht nur ein militärischer, sondern auch ein ideologischer Sieg. Wäre das nicht der Fall gewesen, so hätte das kapitalistische System, wie im Falle des arabischen Frühlings, den Zustand des Umbruchs zu seinen Gunsten benutzt. Der kurdische Sieg über den IS war ein Sieg für alle Gesellschaften. Denn mit dem Sieg über den IS wurde die Expansion von Brutalität, Hass, Mord, Rückständigkeit, aggressivem und machtorientiertem Islam, der keine Grenzen kannte, beendet und die Menschheit vor einer Gefahr im 21. Jahrhundert gerettet. Menschen aus aller Welt fanden durch den Befreiungskampf neue Hoffnung und sahen in dieser Bewegung eine machbare Revolution. In Rojava wurde auch dem Prinzip von »Teile und herrsche« der Nationalstaaten der kapitalistischen Moderne, mit dem die Völker stets gegeneinander gehetzt wurden, entgegengewirkt. Der Sieg über den IS konnte erreicht werden, weil die Gesellschaften der Kurden, Araber, Assyrer, Armenier, Tscherkessen, Tschetschenen sowie die Muslime, Christen, Eziden und Alewiten sowie Frauen und Männer zusammengehalten und gemeinsam gekämpft haben. Auch weltweit haben sich tausende Menschen und viele Organisationen an diesem Kampf und dem Aufbau des demokratischen Systems beteiligt. Ich möchte hier unserem italienischen Gefallenen Lorenzo Orsetti (Tekoşer Piling) und allen anderen gefallenen Internationalisten und Internationalistinnen meinen Respekt aussprechen.

Somit ist die Revolution Rojavas zu einem nationalen (kurdisch), regionalen (Mittlerer Osten) sowie globalen solidarischen und gemeinsamen Befreiungskampf geworden.

Perspektive für ein zukünftiges demokratisches Syrien

Der Demokratischen Syrienrat (kurdisch: Meclîsa Sûriya Demokratîk; kurz: MSD) unterbreitete Anfang 2016 einen umfassenden Vorschlag zur Lösung der syrischen Krise. Dieser sieht die Wiederherstellung Syriens vor in Form einer Konföderation verschiedener autonomer Regionen unter einer gemeinsamen Verfassung und diplomatischen Vertretung. Neben der Bildung einer kurdisch-arabischen Föderation im Norden werden eine sunnitisch-arabische Föderation in Ost- und Zentralsyrien, eine alawitische Föderation im Westen und

eine autonome Drusen-Region im Süden vorgeschlagen. Alle ethnischen, religiösen und gesellschaftlichen Gruppen würden das Recht haben, ihre eigenen Angelegenheiten innerhalb der verfassungsmäßig festgehaltenen Grundprinzipien selbstständig zu organisieren und zu verwalten. Der Vorschlag beinhaltet einen Rahmen für eine gerechte Verteilung der Ressourcen zwischen den Regionen, sodass keine Region etwas importieren müsste, solange diese in einer der anderen Regionen verfügbar wären.

Gefahren und Risiken

Der demokratische Aufbau findet immer mehr positive Resonanz unter den arabischen Gemeinschaften in Syrien. Mit der Befreiung von Raqqa 2017 und Deir ez-Zor in 2019 wurden auch in diesen arabischen Gebieten Räte gegründet, die für den Aufbau des demokratischen Konföderalismus kämpfen. Die befreiten Gebiete sind unter dem Namen der demokratischen Selbstverwaltung Nord- und Ostsyrien zusammengekommen. Rojava ist geografisch gesehen mehrheitlich von Kurd*innen bewohnt und bildet das Zentrum der Revolution.

Sowohl das syrische Regime unter Bashar al-Assad als auch die fremden Mächte versuchen, dies vehement zu verhindern. Denn sie alle sehen in der Demokratie eine Gefahr für ihre Macht. Aus diesem Grund tun sie alles, um eine Konfrontation zwischen Kurd*innen und Araber*innen zu erzeugen. Mehrere bekannte arabische Stammesführer, die sich an dem Modell der Selbstverwaltung beteiligen, wurden in den letzten beiden Jahren entweder vom Geheimdienst des syrischen Staates oder auf Befehl der Türkei durch salafistische Dschihadisten ermordet. Damit soll die arabische Bevölkerung eingeschüchtert werden. Morde an kurdischen Führungspersönlichkeiten durch die Türkei sind ein Bestandteil des Lebens geworden. Viele wurden mit bewaffneten türkischen Drohnen ermordet.

Sowohl die gewöhnlich kurdenfeindliche Türkei als auch einige regionale wie globale Mächte versuchen, über verschiedene Methoden den Nationalismus unter den Kurd*innen und Araber*innen zu verbreiten. Syrisch-kurdische Parteien und Organisationen, die keine Basis haben und den demokratischen Konföderalismus ablehnen, sondern als Kriegsprofiteure auftreten, versuchen innerhalb der Bevölkerung den Virus des kurdischen Nationalismus zu fördern. Diese Gruppen werden vor allem von der Türkei finanziert und logistisch gefördert. Durch diese Gruppen versucht die Türkei die Kurd*innen zu spalten, um sie zu schwächen. Es sind auch diese Gruppen, die als Vertreter*innen von Rojava nach Genf oder zu anderen internationalen Plattformen eingeladen werden. Aber auch über die Christen werden ähnliche Vorgehensweisen im Namen des Christentums initiiert. Denn der Nationalismus der Nationalstaaten der kapitalistischen Moderne hat mit diesem Instrument viele Revolutionen zum Scheitern gebracht und viele Kriege in den vergangen Jahrhunderten sowie in der Gegenwart herbeigeführt.

Des Weiteren hat Russland im Einvernehmen mit der Trump-Administration der Türkei grünes Licht zur Besetzung von Efrîn im Jahr 2018 gegeben. 2019 gab Trump dem türkischen Staat Rückendeckung für die Besetzung von Girê Spî und Serêkaniyê. Je erfolgreicher sich das Modell des demokratischen Konföderalismus entwickelt, umso mehr verschärfen sich die Angriffe. Immer wieder wird die Türkei als Damoklesschwert gegen die demokratische Selbstverwaltung Nord- und Ostsyrien eingesetzt. Ferner werden ihre Vertreter*innen von den Konferenzen in Genf, Sotschi und Astana über die Zukunft Syriens ausgeschlossen. Damit sollen sie international politisch, öffentlich und diplomatisch diskreditiert werden. Diese Ausgrenzung oder auch Isolation ist eine Art Strafe. Um Syrien unter Kontrolle zu halten ist auch der Iran bemüht, das Regime daran zu hindern, mit der Selbstverwaltung in einen Dialog zu treten. Obwohl Russland in vielen diplomatischen Treffen mit Vertreter*innen der Selbstverwaltung zugesichert hat, das syrische Regime für einen Dialog zu bewegen, ist es bislang nicht geschehen. Der anhaltende Pan-Arabismus des Baath-Regimes ist auch ein wesentliches Hindernis für den Dialog.

Die demokratische Selbstverwaltung wird also nicht nur militärisch, sondern auch ideologisch permanent angegriffen.

Während die Staaten aufgrund eigener Machtinteressen den demokratischen Konföderalismus als Gefahr sehen, hat die demokratische Selbstverwaltung Nord- und Ostsyriens auf Seiten der Menschen weltweit große Solidarität erfahren.

Als Frau und Kurdin gilt mein besonderer Dank Abdullah Öcalan, der uns aus der Folterzentrale Imralı mit seinen Ideen, Vorschlägen und Ratschlägen geholfen hat, eine Lösung in Kurdistan und für alle unterdrückten Menschen des Mittleren Ostens zu finden. Es ist daher eine humane Selbstverständlichkeit für alle, die den demokratischen Konföderalismus als Alternative zu den lokalen, regionalen wie globalen Problemen sehen, sich auch für seine Freiheit einzusetzen. Denn er wird aufgrund seiner Gedanken im Foltersystem Imralı bestraft. Es ist Zeit, für seine Freiheit zu kämpfen. Daher mein Aufruf: Unterstützen sie die südafrikanische Kampagne »Die Zeit ist reif: Freiheit für Abdullah Öcalan – für einen gerechten Frieden in der Türkei«. ♦

Der Artikel erschien zuerst in der italienischen Zeitschrift Il Manifesto. Wir danken Il Manifesto, den Artikel in deutscher Sprache im Kurdistan Report veröffentlichen zu dürfen.

»Wir leben in einer Revolution mit dem Ziel, ein demokratisches System zu schaffen«

Die Pläne des türkischen Staates sind gescheitert

Interview mit Aldar Xelîl, PYD


anha

Aldar Xelîl, Mitglied des Vorstandsrates der Partei der Demokratischen Einheit PYD, erläutert die Fortschritte bei den Bemühungen um die nationale Einheit, die aktuellen Angriffe der Türkei auf die demokratische Selbstverwaltung von Nord-und Ostsyrien und den Stand der diplomatischen Bemühungen der Selbstverwaltung. Das Interview führte Mustafa Çoban.

Ihnen ist die Arbeit an der nationalen Einheit besonders wichtig. Können Sie uns den derzeitigen Stand der laufenden Verhandlungen mit dem kurdischen Nationalrat (ENKS) und die angedachte Richtung vorstellen?

Die Schaffung der nationalen Einheit wäre in jedem Fall ein sehr wichtiger Schritt in unserem Kampf und würde einen Fortschritt und Erfolg für unser Volk bedeuten, das seit einem Jahrhundert kämpft. Dass wir eine Einheit brauchen, zeigt sich immer wieder; wir müssen aber genau bestimmen, wie sie aussehen soll. Alle Teile der kurdischen Gesellschaft müssen sich engagieren, sich an der Weiterentwicklung der Gesellschaft beteiligen und den Kampf gemeinsam führen. Wir können aber auch sagen, dass eine Einheit tatsächlich auf einer Ebene schon geschaffen wurde. Vor allem in der Revolution in Rojava beteiligen sich seit 2011 Menschen aus allen Teilen des Volkes an der Arbeit in der Region und entwickeln sie gemeinsam weiter. Ein weiterer Fortschritt kann aber nur mit der Beteiligung aller politischen Parteien erreicht werden.

Für die Entwicklung und Stärkung einer Einheit sind aber eine Reihe von Maßnahmen und Regeln notwendig. Diejenigen, die Teil der Einheit sein wollen, müssen sich über einige Dinge im Klaren sein. Es wurden bereits große Schritte unternommen. In Rojava haben die Parteien des Bündnisses für eine geeinte Nation Kurdistan (PYNK) seit 2014 Teil an der nord- und ostsyrischen Selbstverwaltung und arbeiten dort zusammen. Eine Seite fehlt jedoch, nämlich die Parteien des ENKS, der verlängerte Arm der südkurdischen PDK (Demokratische Partei Kurdistans) und deren Unterstützer.

Zwei Dimensionen sind wichtig: Zum einen ist es wichtig, einen nationalen Kongress für ganz Kurdistan abzuhalten. Um auf regionaler Ebene in Rojava einen Schritt weiter zu kommen, müssen die genannten Parteien sich auch mit dem Bündnis für eine geeinte Nation Kurdistan (PYNK) zusammenschließen. Wir können den aktuellen Zustand nicht als allgemeine nationale Einheit bezeichnen; es besteht nur ein Bündnis einiger Parteien, die noch keine Einheit bilden. Diese Parteien verhandeln und arbeiten seit mehr als acht Monaten miteinander. Es wurden Fortschritte erzielt und gemeinsame Standpunkte zu politischen Fragen entwickelt. Darüber hinaus haben wir uns darauf geeinigt, dass wir manche Entscheidungen gemeinsam treffen, einen Dialog führen und zusammenarbeiten, um in Rojava eine kurdische Instanz zu haben.

Wir haben erklärt, dass 40 Prozent der von Kurd*innen besetzten Ämter in der Autonomieverwaltung vom PYNK und weitere 40 Prozent aus ENKS-Parteien besetzt werden sollten; die restlichen 20 Prozent sollten zu gleichen Teilen, je 10 Prozent vom PYNK und vom ENKS bestimmt werden. Aber diese 20 Prozent sollten mit Vertreter*innen besetzt werden, die nicht aus Parteien dieser beiden Bündnisse kommen. Es gab bereits dahingehende allgemeine Vereinbarungen, aber der ENKS machte Probleme. Er wollte den vereinbarten und festgeschriebenen Gesellschaftsvertrag der Demokratischen Föderation Nord- und Ostsyrien ändern. Wir finden das nicht richtig und haben gesagt, dass dieser Vertrag mit dem

gesellschaftlichen Willen der Menschen aller Volksgruppen der Region erarbeitet wurde – Kurd*innen, Araber*innen und Assyrer*innen sind Partner. Wir haben uns mit mehreren politischen Parteien getroffen und festgestellt, dass es nicht richtig ist, diesen Status zu ändern. Der ENKS hat das jedoch zur Bedingung gemacht und erklärt weiterhin, dass er den Gesellschaftsvertrag solange nicht unterzeichnen wird, bis er geändert wurde. Das halten wir für falsch, es ist ein echtes Problem.

Wir haben die Parteien des ENKS sogar gefragt, was genau sie am Vertrag ändern möchten und erklärt, dass wir es verstehen möchten. Sie haben Widersprüche zur aktuellen Verwaltung. Was sie fordern, würde aber nicht zu einer Stärkung, sondern zu einer Verschlechterung der Verwaltung führen. In der Diskussion über Einheit und Bündnis sollte nicht die Auflösung von Vorhandenem gefordert werden, sondern es sollte das Vorhandene mit Hilfe von Vereinbarungen gestärkt werden. Aber sie sagen: »Nein. Um mit euch Vereinbarungen treffen zu können, muss das Vorhandene abgeschafft werden.« Sie wollen beispielsweise die Selbstverteidigung und das muttersprachliche Bildungssystem abschaffen und auch das System des Ko-Vorsitzes beenden. Tatsächlich haben wir zu einigen Konzepten unseres Gesellschaftsprojektes keine gemeinsame Meinung. Zum Beispiel interessiert sie das Konzept der demokratischen Nation kaum. Wir stecken also in einer problematischen Situation. Da der vermittelnde US-Vertreter in Syrien das Land wegen der Wahl in den USA verlassen hat, sind die Gespräche unterbrochen; und da er noch nicht wieder zurückgekehrt ist, wurden die Verhandlungen auch noch nicht wieder aufgenommen.

Der ENKS stellte in den Gesprächen eine Reihe von Bedingungen auf, aber die Menschen im Nordosten Syriens erklärten, dass deren Erfüllung unmöglich sei. Gibt es in dieser Hinsicht Fortschritte?

Der ENKS äußerte den Wunsch, in die Verwaltung eingebunden zu werden, was wir mit den Worten begrüßt haben: »Bisher habt ihr mit dem Feind kollaboriert und seid Teil der unter dem Einfluss des türkischen Staates stehenden und weitestgehend aus Mitgliedern der Muslimbruderschaft bestehenden Koalition syrischer Rebellen. Das ist die Position, die ihr bezogen habt. Wenn ihr wirklich Teil dieser Verwaltung werden wollt, dann ist das an sich eine gute Entwicklung. Es gibt jedoch einige Bedingungen und Regeln. Wenn ihr in die Leitung wollt, müssen Wahlen durchgeführt werden. Lasst uns alle gemeinsam zur Wahl antreten und auf diese Weise Teil der Leitung werden.« Sie bestehen aber darauf, ohne Wahlen in die Verwaltung einzutreten. Wir haben ihnen auch gesagt, dass sie an einigen Stellen eigene Mitglieder für eine Mitarbeit aufstellen können, aber wir können nicht alle aufnehmen. Das wiederum akzeptieren sie nicht. Sie wollen die Hälfte der Verwaltungsebene. Aber ohne Wahlen die Hälfte zu fordern, ist inakzeptabel. Deshalb sind die Gespräche vorerst ins Stocken geraten. Es gibt noch einige weitere Aspekte, die aber bisher nicht auf der Agenda standen. Sie werden in den nächsten Sitzungen und Gesprächen angegangen werden. Da wären beispielsweise die Roj-Peschmerga. Sie sind eigentlich eine Bande, keine Peschmerga. In den Händen des türkischen Staates sind sie zu einer Bande geworden, die er nach Gutdünken benutzen kann. So setzte die Türkei sie z. B. in Şengal für den Angriff auf die Widerstandseinheiten Şengals (YBŞ) ein. Und als die Türkei die Straße nach Südkurdistan blockieren wollte, wurden nicht die Peschmerga aus Başûr dorthin geschickt, sondern die Roj-Peschmerga. Auch in Metîna und Gare waren sie diejenigen Kräfte, die auf die Guerilla gehetzt wurden. Mit anderen Worten, so wie Erdoğan syrische Oppositionelle nach Libyen und Aserbaidschan schickt, setzt er die Roj-Peschmerga gegen die Kräfte der kurdischen Freiheitsbewegung ein, gegen die Guerilla, gegen uns. Sie sind eben eine Bande, und solche Banden können wir nicht akzeptieren. Wir können kriminellen Banden keine militärischen Aufgaben in Rojava übertragen.

Trotz seiner Vereinbarungen mit den USA und Russland lotet der türkische Staat derzeit die Möglichkeiten von Angriffen auf Ain Issa und Til Temir aus. Warum ist die Türkei Ihrer Meinung nach so hartnäckig und besatzungshungrig?

Der türkische Staat erkennt keine Regeln und Vereinbarungen an. Das türkische Staatssystem, wie Erdoğan und Bahçeli es geformt haben, ist ein auf Expansion ausgerichtetes System. Sie wollen alle umliegenden Gebiete besetzen und ihren eigenen Worten nach eine »Groß-Türkei« schaffen. Wenn sie könnten, würden sie nicht nur Ain Issa und Til Temir, sondern ganz Rojava einnehmen. Jedoch haben sie nicht genügend Macht und sind nicht in der Lage, ein regionales wie internationales Gleichgewicht zu etablieren. Im Inneren erlebt die Türkei eine Wirtschaftskrise, und im Verhältnis zu den Nachbarländern befindet sie sich in einer außenpolitischen Krise. Der türkische Staat hat derzeit Probleme mit allen arabischen Ländern. Er hat Probleme mit Armenien, Libyen, Ägypten und Europa bzw. mit der Europäischen Union. Der türkische Staat ist zu einer Ursache der Krisen in der Region geworden. Er sieht nicht mehr in gleichem Maße wie bisher die Möglichkeit zu Angriffen, aber für seinen Fortbestand und seine Legitimation will er Zeiten des Vakuums und der Krise nutzen.

An welchem Punkt hat die Türkei falsch gelegen? Während sich Mitte Dezember die ganze Welt auf Weihnachten und die Feiertage vorbereitete und niemand seinen Amtsgeschäften nachging, wollte sie das Vakuum während des Führungswech-

sels in den USA nutzen. Sie griff unsere Region in der Erwartung an, ihr Ziel innerhalb von 1−2 Tagen zu erreichen, stieß aber unverzüglich auf den Widerstand der Demokratischen Kräfte Syriens (QSD). Diese haben wirklich einen großen und historischen Widerstand geleistet. An dieser Stelle grüße ich alle QSD-Kämpfer*innen. Seit einem Monat leisten sie Widerstand gegen die Angriffe. Die QSD-Kämpfer*innen ließen die Angreifenden keinen einzigen Schritt vorwärts gehen. Auch unser Volk widersetzte sich den Angriffen. Deshalb sind die Pläne der Türkei nicht in Erfüllung gegangen.

Der türkische Staat ist nicht nur als Militärmacht und durch seine Banden in den besetzten Gebieten präsent; seine Präsenz manifestiert sich von der Postorganisation über die Feuerwehr, den Bildungsinstitutionen bis zu Banken. Was wird getan, um die Besatzung durch den türkischen Staat zu beenden? Gibt es Pläne?

Der türkische Staat verhält sich in Nord-und Ostsyrien nicht wie ein gewöhnlicher Eindringling. Wenn Invasoren einen Ort besetzen, kommen sie normalerweise mit ihren Truppen und nehmen das Gebiet ein, aber das System des Landes bleibt das gleiche wie zuvor. Der türkische Staat handelt anders. Wenn er ein Gebiet besetzt hat, vertreibt er die einheimische Bevölkerung. Zwar handeln auch andere Besatzer so, dass sie ihre eigene Sprache einführen wollen, aber sie vertreiben die angestammte Bevölkerung nicht. Der türkische Staat vertreibt, verhaftet und foltert die überwiegende Mehrheit der Menschen, die in den besetzten Gebieten leben. Neben der gängigen Besatzungspolitik führt die Türkei ihre eigene Kultur und ihr Gesellschaftssystem ein, indem sie den Menschen ihre Sprache aufzwingt und demografische und kulturelle Veränderungen sowie solche an der offiziellen Geschichtsbetrachtung vornimmt. Die Besatzer schikanieren die Menschen der Region und begehen schwere Gräueltaten. Es ist nicht richtig, einfach zuzusehen und nicht einzugreifen. Der Kampf um die Befreiung der besetzten Gebiete muss verstärkt werden. Wir führen unseren Kampf entsprechend und wollen ihn im Jahr 2021 auf unterschiedlichen Ebenen ausweiten. Beispielsweise ist es notwendig, sowohl auf juristischer als auch auf diplomatischer Ebene zu kämpfen, Informationen über Rechtsverletzungen zu verbreiten und die Menschen zu warnen. Es ist wichtig, den Kampf der Menschen in den besetzten Gebieten zu organisieren. Wir müssen alle Aspekte − einschließlich den militärischen – in Betracht ziehen. Wir sind entschlossen, die besetzten Gebiete zu befreien, in welcher Weise auch immer. Angesichts der zu erwartenden Entwicklungen und der geplanten Schritte hoffen wir, dass 2021 das Jahr der Befreiung der ganzen Region von Efrîn bis Serêkaniyê und Girê Spî wird.

Wie motivieren Sie die Gesellschaft gegen einen Staat wie die Türkei, der nicht einmal davor zurückschreckt, solche Methoden anzuwenden wie z. B. tollwütige Hunde über die Grenze zu schicken oder die Wasserversorgung zu kappen?

Unsere Bevölkerung sollte wissen, dass wir es mit einem sehr gewalttätigen Besatzer zu tun haben. Einerseits führen wir bereits unseren demokratischen Kampf gegen das Regime und das zentralistische, despotische System in Syrien. Wir leben in einer Revolution mit dem Ziel, ein demokratisches System zu schaffen. Und zusätzlich werden wir auch von Besatzern auf jede erdenkliche Weise angegriffen. Sie beschränken sich nicht nur darauf, tollwütige Hunde in die Gegend zu lassen und das Wasser abzustellen. Die Besatzungsmacht wird alle Möglichkeiten ausschöpfen.

Unsere Bevölkerung sollte wissen, dass dies die Wahrheit über die Besetzung durch den türkischen Staat ist. Wir dürfen nie hoffen, dass Besatzer uns Gutes tun werden. Das Beste, was wir tun können, ist, die Invasoren aus dem Land zu werfen. Die Bevölkerung muss sich in allen Bereichen (Wirtschaft, Politik, historische und kulturelle Arbeit usw.) und insbesondere im revolutionären Volkskampf gut organisieren, sich als Teil des Kampfes betrachten und ihn stärken, um der Besatzung keinen Vorschub zu leisten. Einige sagen manchmal: »Der türkische Staat soll das Wasser fließen lassen«. Bei unserem Problem mit dem türkischen Staat geht aber nicht nur darum, ob sie das Wasserwerk Elok arbeiten lassen, sondern das Problem ist die Besatzung selbst. Solange es sie gibt, werden solche Dinge passieren; die einzige Lösung ist das Ende der Besatzung.

Warum kann die Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien trotz einer Türkei, die an verschiedenen Krisen leidet und deren Herrschende längst durchschaut worden sind, nicht genügend internationale Unterstützung gewinnen? Wie weit ist sie damit, Beziehungen in einen dauerhaften diplomatischen Gewinn umzuwandeln?

Im Bereich der Diplomatie wurden eine Reihe an Schritten unternommen. Unsere Revolution und die Verwaltung begannen bei Null, sogar unter Null, es gab nichts. Innerhalb kurzer Zeit wurde es geschafft, weltweit zu allen einflussreichen Kräften Beziehungen aufzubauen, und es kamen sogar Vertreter*innen vieler Länder hierher und haben sich mit Verantwortlichen getroffen. Das kam nicht von allein zustande, dafür haben wir viel gearbeitet. Wir sollten das also nicht unterschätzen. In der Regel ist diplomatische Arbeit keine, die schnell in ein, zwei Jahren entwickelt werden kann, sondern ist eine langwierige Angelegenheit. Bisher konnten erhebliche

Fortschritte erzielt werden. Niemand erkannte die Autonomieverwaltung bei ihrer Gründung an, aber jetzt werden zumindest Gespräche mit ihren Vertreter*innen geführt, auch wenn die andere Seite darüber keine offizielle Erklärung abgibt. Diese Entwicklungen zeigen, dass die Selbstverwaltung auf dem Weg zur Anerkennung ist.

Diejenigen, die Einfluss in der Region haben, haben ein anderes System. Wir konnten nicht hoffen, dass die Selbstverwaltung bei ihnen gleich auf Akzeptanz stößt. Sie wird akzeptiert werden, aber dafür ist ein umfassender, langwieriger Kampf erforderlich. Die Selbstverwaltung ist ja keine Verwaltung, die den Wünschen und Herzen aller entspricht; aber einige Schritte sind dank der Kämpfe unserer Bevölkerung und unserer Gefallenen bereits getan.

Was sind die größten Hindernisse für einen Dialog für eine demokratische Lösung in Syrien? Warum geht es nicht weiter?

Die Vereinten Nationen (UN) haben sich für eine Lösung des syrischen Konflikts auf der Grundlage der Resolution 2254 entschieden. Dafür haben sie einen Vertreter ernannt, der den Dialog zwischen dem Regime in Damaskus und den syrischen Oppositionellen organisieren sollte. Bisher gab es jedoch keine Fortschritte, da die Gespräche auf einer falschen Grundlage stattfanden. Die Kräfte, die die UNO als Gesprächspartner betrachtet und mit denen ein Dialog entwickelt werden sollte, waren keine Oppositionellen, sondern Banden des türkischen Staates. Sie erkannten diese Schergen des türkischen Staats als Opposition an. Das ist falsch, denn sie verteidigen nicht die Demokratie, sie haben kein demokratisches Projekt. Sie arbeiten nicht für das syrische Volk. Es geht ihnen nicht darum, dass Syrien demokratisch wird. Ihre Sorge dreht sich um die Frage »wie können wir Erdoğans Pläne erfüllen«? In Erdoğans Plänen gibt es aber keine Demokratisierung Syriens. Das ist ein Aspekt der Sache. Der zweite Aspekt ist bereits die Intervention des türkischen Staates. Der Einfluss des türkischen Staates ließ eine rasche Entwicklung eines demokratischen Projektes für Syrien nicht zu. Der dritte Aspekt ist der eigene Einfluss des syrischen Regimes. Das syrische Regime will seine Macht aufrechterhalten und denkt zentralistisch, das ist ein Problem. Der vierte Aspekt ist die Tatsache, dass die wirklich demokratischen Kräfte der Region nicht in die Verhandlungsprozesse einbezogen werden.

Im Nordosten Syriens gibt es jetzt den Demokratischen Syrienrat (MSD), die Selbstverwaltung, politische Parteien und viele weitere Organisationen. Die einzelnen Regionen dort haben ihre eigenen Vertretungen und eigene Projekte. Abgesehen von diesen Kräften gibt es keine andere relevante demokratische Kraft in Syrien. Weder das syrische Regime noch die Muslimbruderschaft (Ihvan-I Muslim) noch die Schergen des türkischen Staates haben ein demokratisches Projekt. Die demokratischen Kräfte im Nordosten Syriens haben sie nicht in die Gespräche einbezogen. So viele Treffen haben sie in Genf abgehalten, ohne echte und legitime Vertreter*innen Syriens einzubeziehen.

Wir können noch einen fünften Aspekt nennen: Es gibt einige demokratische Persönlichkeiten und Gruppierungen in Syrien; es gibt einige kleine, aber bedeutende Organisationen, deren Ideen sich etwas unterscheiden. Diese Gruppen wurden auch nicht beteiligt, und ihnen wurde der Zutritt ebenfalls verwehrt.

Darum sind die Gespräche festgefahren. Weder wurde ein Dialog entwickelt noch eine syrische Verfassung erarbeitet.

Rund 5 Millionen Menschen leben in der Region, und die Selbstverwaltung gibt es seit 7 Jahren. Der Weg nach Til Koçer ist versperrt, und in Sêmalka ist die Lage unruhig. Die Grenze zur Türkei ist komplett abgeriegelt. Das Regime nutzt diese Situation. Können Sie erläutern, wie Ihre Bemühungen bei den Vereinten Nationen und internationalen Mächten aussehen, damit dieser Zustand überwunden werden kann und erklären, wie Ihre Versuche, direkte Beziehungen aufzubauen aussehen oder mit was für Hindernissen Sie konfrontiert werden?

Die Vereinten Nationen haben diesbezüglich einen historischen Fehler begangen. Laut UN-Dokumenten galt Til Koçer bisher als offizieller Grenzübergang. Sowohl für humanitäre Hilfsmaßnahmen und als auch für regionale Besucher*innen war Til Koçer anerkannt. Weil sie keinen gleichberechtigten und fairen Ansatz verfolgten, wurde Til Koçer von der offiziellen Liste der Grenzübergänge gestrichen. Dadurch ist die UNO an der Verhinderung humanitärer Hilfe für die Region beteiligt. Sêmalka ist ohnehin kein offizieller Grenzübergang. Nichtsdestotrotz hätte der Übergang Sêmalka eine positive Rolle für die Region spielen können. Auf der anderen Seite der Grenze hat jedoch die Regierung Südkurdistans Probleme. Dort kontrolliert nicht die Regierung den Grenzübergang, sondern eine Partei. Und diese Partei trifft ihre Entscheidungen mal so mal so, je nachdem, ob es Probleme gibt oder nicht. Mit anderen Worten: Sêmalka war kein Grenzübergang, über den die Region mit dem Notwendigen hätte versorgt werden können. Andererseits wissen wir, wie das Regime in den von ihm kontrollierten Regionen agiert. Bis bei uns etwas ankommt, gibt es viele Verzögerungen, hohe Steuern werden erhoben, und es müssen Umwege in Kauf genommen werden. Unse-

re Region ist in großen Schwierigkeiten. Unsere Bevölkerung versucht, soweit es geht, ihre Bedürfnisse aus eigener Kraft zu erfüllen, um nicht auf Unterstützung von außen abhängig zu sein.

Wie intensiv sind die diplomatischen Beziehungen zu den wichtigsten Akteuren der arabischen Welt wie Ägypten, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten? Gibt es Überlegungen und konkrete Unterstützung für die kurdisch-arabische Einheit in ihrer Region?

In letzter Zeit haben auch arabische Länder negative Erfahrungen mit dem türkischen Staat gemacht, der ihnen geschadet hat. Die Politik des türkischen Staates in der gesamten Region bereitet ihnen Sorgen. Darum haben sie sich vom türkischen Regime distanziert. Dies ist einer der Faktoren, die der Selbstverwaltung Türen geöffnet und der Diplomatie den Weg geebnet haben. Die genannten arabischen Länder haben zudem den Kampf und die Erfolge gegen den IS gesehen. Und drittens hat der türkische Staat Söldnertruppen nach Libyen, einem Nachbarland von Ägypten verlegt, wodurch er für Ägypten zur großen Gefahr geworden ist. Diese Faktoren haben die Entwicklung der Beziehungen zu den genannten Ländern beeinflusst. Die Beziehungen sind zwar nicht so intensiv, dass umgehend auf Angriffe reagiert werden kann, aber sie sind auch nicht nur oberflächlich, sondern auf einem durchschnittlichen Niveau. Es werden gemeinsame Interessen erörtert. Unser Augenmerk liegt darauf, dass der IS und der türkische Staat für alle Länder der Region eine Gefahr darstellen.

Russland ist auch in die nordostsyrischen Gebiete jenseits der Regionen Efrîn und Deir ez-Zor vorgedrungen. Jetzt sind auch in Kobanê, Ain Issa und Qamişlo russische Kräfte stationiert. Zuletzt führte eine Delegation aus Nordostsyrien Gespräche in Russland. Wohin entwickelt sich Russlands Politik gegenüber Nordostsyrien im Kontext seiner Beziehungen zum Regime, Iran und der Türkei?

Russland spielt sowohl für das syrische Regime als auch für unsere Region eine wichtige Rolle. Seit jeher ist Russland in Syrien präsent. Auf den türkischen Staat hat Russland ebenfalls Einfluss. Wir wollten stets, dass Russland bei unseren Gesprächen und Dialogen mit dem syrischen Regime vermittelt. Auch für die Anerkennung unseres demokratischen Projektes durch das syrische Regime wollten wir Russland als Vermittler. Wir haben uns sehr bemüht, aber Russland hat unsere Erwartungen bisher nicht erfüllt. Wir verstehen das so, dass noch keine Entscheidung für einen sofortigen Frieden in Syrien getroffen wurde; wir arbeiten aber weiter daran und hoffen, dass Russland eine nützliche Rolle spielt und das Regime davon überzeugt, den Dialog zu beginnen.

Die USA sind in der Region einer der wichtigen Akteure. Die jüngsten Reden, Interviews und Aussagen des US-Sonderbeauftragten für Syrien James Jeffrey, der nach Trumps verlorener Wahl zurückgetreten ist, zeigen, dass er der Türkei große Beachtung schenkte. Hat Sie das überrascht? Erwarten Sie eine Ausweitung der Beziehungen zu den USA über die militärischen Beziehungen hinaus?

Die USA halten sich hier aus rein eigenem Interesse auf. Sie wollen nicht, dass allein die Russen Einfluss haben; und sie wollen auch nicht, dass der Iran Einfluss in der Region hat. Außerdem wollen sie nicht von den Entwicklungen in der Region ausgeschlossen sein, sondern sie in ihrem Sinne beeinflussen. Wir sind mit ihnen eine Partnerschaft im Kampf gegen den IS eingegangen, aber die US-Politik tut nichts für uns. Da die USA sich aber sowieso in der Region aufhalten, überlegen wir, wie wir von ihnen profitieren können. Sie haben auch von uns profitiert. Ohne uns hätten sie beispielsweise den IS nicht bekämpfen können. Durch ihre Anwesenheit profitieren wir von einer indirekten politischen und diplomatischen Anerkennung der Autonomieverwaltung.

Die Trump-Ära war für die Menschen in der ganzen Region ein Desaster. Nicht nur für uns, sondern auch für Palästina, Libyen, Armenien, Jemen, Irak und alle anderen Teile Kurdistans war Trumps Haltung fatal. Es gibt kurzfristige politische Entwicklungen in der Region, die US-Strategie jedoch wechselt nicht so schnell. Davon kann für taktische Ansätze profitiert werden.

Wie wirken sich die Haltungen des iranischen, russischen und syrischen Regimes auf Sie aus?

Iran ist der Besatzer eines Teils von Kurdistans, und unser Volk in Ostkurdistan setzt den dortigen Kampf fort. Regelmäßig sind dort Hinrichtungen an der Tagesordnung. Seit den Angriffen der USA und Israels hat sich die Präsenz des Iran in Syrien verringert. Sie waren kein einflussreicher Faktor, weder für die Region noch für uns. Irans Ansichten tragen nicht zu einer Lösung bei, sie spiegeln die Haltung des syrischen Regimes wieder. Das syrische Regime steht unter dem Einfluss des Iran und Russlands, es hat keinen Schritt hin zu einer Lösung getan. Ganz im Gegenteil will es die befreiten Gebiete zurückerobern und seine Herrschaft dort aufrechterhalten. ♦

»Wenn ich jetzt eine Person bin, muss ich gleichzeitig tausend Personen sein.«

Ich kämpfe für alle Frauen auf der Welt, mit all meinen Möglichkeiten

Interview mit Meryem Kobanê, Mitbegründerin der YPJ und Kommandantin im Kampf um Kobanê

Kobanê: nicht nur eine Stadt, vielmehr ein Symbol, seit der IS die Stadt eroberte und die kurdischen und die mit ihnen verbündeten Kämpfer*innen sie 2015 zurück erkämpften. Kobanê steht für so vieles – die Erfolge der Revolution in Nord- und Ostsyrien, die Kraft der Frauen und die Strahlkraft dessen, was der Glaube an Veränderung bewirken kann.

Dieses Symbol ist auch dem türkischen Staat ein Dorn im Auge.

Im Januar diesen Jahres wurde zehn Personen der Prozess gemacht, weil sie im Oktober 2014 in der Türkei gegen die Angriffe des »Isalmischen Staates« auf Kobanê protestiert hatten, sieben von ihnen erhielten lebenslange Haftstrafen.

Zudem hat ein Gericht in Ankara die Anklageschrift in dem international kritisierten Kobanê-Verfahren gegen die damalige Führungsriege der Demokratischen Partei der Völker HDP angenommen. Insgesamt 108 Politikerinnen und Politiker werden darin terroristischer Straftaten beschuldigt, darunter Yüksekdağ und Demirtaş, die wie 25 weitere Betroffene in Haft sind. Sechs Beschuldigte aus dem Verfahren sind unter Führungsaufsicht, nach 75 weiteren wird gefahndet. Auch mehrere Mitglieder des Exekutivkomitees der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in Südkurdistan, darunter Murat Karayılan, Duran Kalkan und Cemil Bayık, sind angeklagt. Sie alle werden der »Zerstörung der Einheit des Staates und der Gesamtheit des Landes« beschuldigt, außerdem werden ihnen 37-facher Mord und Dutzende Mordversuche im Zusammenhang mit den Protesten vor mehr als sechs Jahren vorgeworfen.

Der Kampf der kurdischen Freiheitsbewegung für die Befreiung der Frau hat in den letzten 40 Jahren wichtige Errungenschaften für die Entwicklung der kurdischen Frauen mit sich gebracht. Ein Ergebnis dieser Auseinandersetzungen sind die Frauenverteidigungseinheiten YPJ in Nord- und Ostsyrien.

Meryem Kobanê war eine der Kommandantinnen im Kampf um Kobanê 2014/2015. Gemeinsam mit den Verteidigungseinheiten der YPG und YPJ erklärte sie die Stadt am 27. Januar für befreit.

Im Folgenden erläutert sie, was sie nach Kobanê brachte und wie ihr Weg weiterging. Zeitlich eingebettet zwischen dem Jahrestag der Befreiung der Stadt und dem 8. März, dem internationalistischen Frauen*kampftag, freuen wir uns, dieses Gespräch nun hier erstmalig zu veröffentlichen.

Wir freuen uns, dass du dir Zeit für uns nimmst. Lass uns mit einer Vorstellung beginnen: Woher kommst du und wer bist du?

Wenn ihr mich fragt, woher ich bin, sage ich: Ich bin aus Kurdistan. Ich bin 1978 auf die Welt gekommen. Als Kind habe ich mit dem Kampf angefangen. Meine Familie hat immer für Kurdistan gekämpft. Als Kind hatte ich immer Vorbilder wie Leyla Qasim oder Rosa Luxemburg. Sie haben mich sehr interessiert und fasziniert. Ich kann jetzt nicht alle aufzählen, aber was ich sagen kann ist, dass mich vor allem die Frage interessiert hat, warum es Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern gibt. Mich haben zum Beispiel Frauen in der Französischen Revolution interessiert. Mich haben die Frauenkämpfe während der Weltkriege interessiert und fasziniert. Ich habe mich immer gefragt, warum vor allem Männer kämpfen und was eine Frau nicht hat, dass sie nicht Kommandantin werden kann. Dann habe ich die kurdische Frauenbewegung kennengelernt. Meine Neugier galt immer Frauen, die Widerstand leisteten und kämpften. Ich habe mich dafür interessiert und komme aus einer revolutionären Familie.

Wie bist du zu den YPJ gekommen?

Als der »Arabische Frühling« in Syrien begann, war das für mich ein Funke. Bei dieser Gelegenheit haben wir die YPJ ge-

gründet, also kleinere Frauengruppen noch bevor die Revolution anfing. Wir haben kleinere Gruppen gegründet und uns auch militärisch gebildet. Danach haben wir uns von Familie zu Familie, Gegend zu Gegend organisiert. Es war, als hätten wir etwas geflochten. Die Organisierung der Frauen ist ähnlich wie ein geflochtener Zopf. Wenn du ihn loslässt, löst er sich auf, aber wenn du daran festhältst, bleibt er zusammen.

Unsere Nachricht an alle Frauen auf der Welt ist: Wir kämpfen auch für sie. Wir beobachten ihre Kämpfe mit großer Neugier. Sie sind mit mir und ich bin mit ihnen. Meine Nachricht an alle revolutionären Frauenbewegungen, an alle Feministinnen, an alle Frauen, die nach Freiheit suchen, ist, dass sie ihre Forderungen nicht aufgeben sollen, nicht bei kleinen Hindernissen stolpern dürfen und nicht in die Fallen des Kapitalismus tappen dürfen. Ich habe mir geschworen, dass ich für all diese Frauen kämpfen werde.

Die Organisierung der Frauen ist ähnlich wie ein geflochtener Zopf. Wenn du ihn loslässt, löst er sich auf, aber wenn du daran festhältst, bleibt er zusammen. Unsere Nachricht an alle Frauen auf der Welt ist: Wir kämpfen auch für sie. Wir beobachten ihre Kämpfe mit grosser Neugier. Sie sind mit mir und ich bin mit ihnen. Meine Nachricht an alle revolutionären Frauenbewegungen, an alle Feministinnen, an alle Frauen, die nach Freiheit suchen, ist, dass sie ihre Forderungen nicht aufgeben sollen, nicht bei kleinen Hindernissen stolpern dürfen und nicht in die Fallen des Kapitalismus tappen dürfen. Ich habe mir geschworen, dass ich für all diese Frauen kämpfen werde.

Für uns ist es sehr spannend und bereichernd, mit einzelnen Menschen, die Teil der Revolution sind, zu sprechen. Wir haben uns schon viel mit der Revolution und der Philosophie dahinter beschäftigt und würden mit dir gerne vor allem über die Rolle der Frau, über Selbstverteidigung und deinen Blick darauf sprechen.

Was die Selbstverteidigung betrifft: Sie ist ein menschliches Bedürfnis, besonders für Frauen. Denn wir sprechen davon, dass die Herrschaftssysteme sich der Frau immer als Wesen zweiter Klasse angenähert haben. Man hat die Frau ihrer selbst, ihrer Position in der natürlichen Gesellschaft, ihrer Kreativität, ihrer Stärke beraubt und sie in eine schwache Position gedrängt. Das ist ein historisches Problem. Doch besonders als wir die Ideen und die Philosophie des Vorsitzenden [*Abdullah Öcalan*] kennengelernt haben, haben wir zunächst mit der Frage angefangen, wie die Frau sich selbst finden und sie selbst sein kann – und wie kann sie davon ausgehend ein kommunales Leben führen? Wir sagen: »Wenn Frauen nicht frei sind, ist auch die Gesellschaft nicht frei.« Freiheit besteht nicht nur in der Kleidung, in dem Recht zu machen, was man will, sondern auch darin, die Philosophie, die Ethik einer Gesellschaft zu entwickeln. Sonst wird sich auch der Mann nie ändern und so wird auch keine genossenschaftliche, freundschaftliche Ebene entstehen. Auf dieser Basis haben wir die Revolution in Rojava und die YPJ aufgebaut. Die Basis der YPJ ist auf diesem Verständnis von Selbstverteidigung entstanden. Auf dieser Welt finden wir bei jedem Lebewesen drei grundlegende Merkmale: Fortpflanzung, Ernährung und Selbstverteidigung. Das sind auch die drei Grundlagen für das Leben des Menschen.

Der Mittlere Osten ist ein Ort der Kriege, ein Ort, der immer unter dem Druck von Ausbeutern stand. Mitten in diesem Halbmond [*dem fruchtbaren Halbmond im Mittleren Osten*] stehen wir als Kurd*innen. Aus diesem Grund sind wir ein Volk, das mit zahlreichen Problemen konfrontiert ist. Wir sind ein Volk, dessen Identität verleugnet wird. Davon ausgehend kann die Entstehung der YPJ so beschrieben werden: Wir wurden aus vielen Richtungen inspiriert. Ich bin eine der ersten Begründerinnen und Kommandantinnen der YPJ. Wenn ihr mich fragt, habe ich meine Kraft und Inspiration aus der Auseinandersetzung mit der Geschichte revolutionärer und feministischer Bewegungen auf der ganzen Welt geschöpft, besonders von kurdischen Frauen. Wir haben die Geschichte des Mittleren Ostens untersucht, wie Frauen gekämpft und sich selbst verteidigt haben. Eine unserer stärksten Inspirationsquellen war der Umstand, dass der Mittlere Osten historisch betrachtet die Heimat von Göttinnen war. Womöglich sind wir ihre Nachfahrinnen.

Was ich damit sagen will, ist, dass unsere Bewegung nicht ohne Wurzeln ist. Wir sind nicht wie ein Pilz aus dem Nichts aufgetaucht, sondern mit einer Philosophie, mit einem Bewusstsein. Die Gründung der YPJ wurde zuerst auf Basis der Selbstverteidigung aufgebaut. Dabei haben wir uns versprochen, jede Frau auf der Welt zu verteidigen, die in Gefahr ist, unabhängig von Religion, Ethnie oder Glauben. Wo immer Menschen in Gefahr sind, werden wir uns, wenn möglich,

dagegen stellen. Denn wir haben uns gegründet, um uns für Gerechtigkeit einzusetzen.



Kämpferinnen der Frauenverteidigungseinheiten YPJ Foto: anf

Am Anfang gab es den IS nicht. Die erste Phase bestand in der Verteidigung unserer Identität und Existenz, die vom Regime geleugnet wurden. In der zweiten Phase haben wir gegen die Al-Nusra-Front gekämpft, die die Orte angriff, die wir uns erkämpft hatten. Wir haben uns gegen das Regime und gegen Al-Nusra gestellt und es geschafft, denn wir hatten uns versprochen, jeden zu bekämpfen, der uns angreift. Erst danach ist der IS entstanden. Sowohl ideologisch betrachtet als auch aus der Perspektive der Frau stellt der IS nicht nur für uns, sondern für die gesamte Menschheit eine Gefahr dar. Das System des IS ist menschenfeindlich. Es beginnt damit, dass die Frau in den Augen des IS ein Nichts ist. Sie ist nichts als Beute. Genau so, wie ein Ort belagert, geplündert und Gegenstände erbeutet werden, haben sie auch Frauen auf diese Weise »erbeutet«. All das ist wirklich geschehen. Wir haben gesehen, wie sie Frauen in Şengal oder in Mossul entführt und auf Sklavenmärkten verkauft haben. Der IS hat mit einer mittelalterlichen Mentalität gekämpft. Wir leben im 21. Jahrhundert, aber das, was der IS tut, ist ein mittelalterlicher Krieg.

Kann es denn auf der ganzen Welt, in der ganzen Natur nur eine Farbe geben? In unserer Philosophie existiert das nicht. Denn wenn ein Mensch zum ersten Mal das Licht der Welt erblickt, sagt er nicht: »Du bist Assyrer/Kurde/Araber/…« Denn du bist erst einmal ein Mensch. Doch in der Mentalität des IS herrscht der Gedanke, dass alle Islamisten sein sollen. Diese Mentalität gleicht der von Erdoğan: Alles soll eins sein. Es ist eine Diktatur. Doch die Welt dreht und entwickelt sich nicht mit Diktatoren. Das Gegengewicht dazu sind widerständige Frauen und kämpfende Menschen. Wenn es keine verschiedenen Farben, Sprachen und Dinge gibt, was hat dann dieses Leben für einen Sinn?

Ein Gefühl der Vergeltung ist etwas Grundlegendes, das sich in uns entwickelt hat. Ein weiterer hauptsächlicher Grund für unseren Kampf war die ganze Ungerechtigkeit, dieses Verleugnen von Menschen und insbesondere von Frauen. Unsere Ideologie dagegen ist umfassend und demokratisch. Was sehr wichtig ist: Wir haben mit einem festen Glauben gekämpft und sie genauso. Sie haben im Namen des »Islam« gekämpft – wobei es nicht einmal Islam genannt werden kann –, während wir für Geschwisterlichkeit, Menschlichkeit und Frieden gekämpft haben. Heute kann ich sagen: Wir haben gewonnen.

Wir haben unter sehr schweren Bedingungen gekämpft. In einer aus technologischer Sicht so weit entwickelten Welt haben wir mit nichts mehr als unseren Kalaschnikows gekämpft. Es war ein sehr ungerechter Krieg. Der Mensch kann all das nicht mit Worten beschreiben. Sie haben mit der Unterstützung von Staaten mit schweren Waffen und Panzern gekämpft. Wir dagegen haben nur mit unserem Glauben und unseren Kalaschnikows gekämpft. Vielleicht fragen sich manche Menschen, ob das ein Wunder war, aber unser Kampf basierte auf einem Glauben. All das war das Resultat einer Philosophie.

Unsere Identität mag kurdisch sein, aber wir haben für alle Völker gekämpft. Das habe ich auch damals gesagt, wenn sie mich im Kampf nach der Quelle meiner Inspiration und Stärke fragten. Ich sage es heute wie damals: Ich ziehe meine Stärke aus der Menschheit und der Philosophie des Vorsitzenden. Trotz all der Dinge, die geschehen sind, ist es mir gelungen, meine Hoffnung nicht zu verlieren, denn ich glaube an die Stärke aller Frauen. Sei es in Afrika, in Amerika, in England, in Ägypten, in Pakistan oder in Afghanistan, wir mögen verschieden sein, aber unsere Gefühle und unsere Ziele sind eins. Denn jeder Mensch möchte Frieden und Gerechtigkeit.

Unter diesen schwierigen Bedingungen, in diesem Kriegsgebiet, habe ich stets dieses Gefühl gehabt: Vielleicht bin ich hier, aber in meinem Herzen schlagen auch die Herzen von Tausenden, Millionen von Menschen; und dann dachte ich mir: »Wenn wir heute nicht kämpfen, gibt es schon morgen für die Menschheit zu vieles zu verlieren.« Manchmal, wenn wir nur vier, fünf Freund*innen waren, hat es sich angefühlt wie eine Armee aus Tausenden Menschen, weil ich es im Herzen von jedem fühlen konnte.

»Wenn wir heute nicht kämpfen, gibt es schon morgen für die Menschheit zu vieles zu verlieren.« Manchmal, wenn wir nur vier, fünf Freund*innen waren, hat es sich angefühlt wie eine Armee aus Tausenden Menschen, weil ich es im Herzen von jedem fühlen konnte.

Du hattest eine sehr wichtige Rolle im Widerstand von Kobanê. Was nimmst du speziell aus der Zeit mit für die Zukunft, mit Blick auf unterschiedliche Dinge, auf die Revolution, auf die Rolle der Frau, aber auch für dich selbst?

Es sind Hunderte, Tausende von Menschen in dieser Zeit als Märtyrer*innen gefallen. Sie haben einen Kampf im Namen der Menschheit geführt. Ich habe eine Verantwortung für diesen Kampf übernommen. Es hat meinen Blick auf die Welt sehr verändert, so viele sich aufopfernde Menschen zu sehen, die gegen Faschismus kämpfen. Dieser Kampfgeist hat auch in mir einen Kampfgeist geweckt. Auch wenn man mir die ganze Welt geben würde, hätte es für mich keine Bedeutung, wenn Menschen nicht gemeinsam ein demokratisches Leben führen und es zwischen den Völkern keine Liebe und Geschwisterlichkeit gibt. Ich habe dort im Namen von kurdischen, arabischen, deutschen, von allen Frauen auf der Welt gekämpft. In diesem Kampf habe ich die meiste Kraft aus der Philosophie des Vorsitzenden geschöpft und aus meinen Genoss*innen. Aus diesem Grund sehe ich es als meine Pflicht, ihren Kampf fortzusetzen, sie weiter zu beleben und der Welt von ihnen zu erzählen. Vielleicht kann es schwierig sein, meine Erlebnisse in Worten auszudrücken. Denn jede Sekunde davon ist es wert, über sie einen Film zu drehen oder ein Buch zu schreiben. Sowohl für die Bewegung als auch für meine Genoss*innen und für die Menschheit werde ich mein Leben immer diesem Geist entsprechend führen.

Mein Ziel ist es, den nächsten Generationen so viel wie möglich zu hinterlassen, besonders den Frauen. Denn wir sind Menschen, wir existieren heute und morgen schon nicht mehr. Dann gibt es eine nächste Generation. Es ist mein Ziel, die Erzählungen über diese Genoss*innen den nachkommenden Generationen als ein Erbe zu hinterlassen. Diese Schwierigkeiten im Krieg haben mir ein Geheimnis offenbart: Man muss bescheiden sein und soll nicht nur an sich selbst denken. Denn ich muss in jeder Zelle von mir den Kampf von Tausenden von Genoss*innen weiterleben. Es ist sowohl meine Verantwortung als auch meine Aufgabe. Ich hätte auch fallen können, aber ich bin unversehrt geblieben. Daher ist es meine Aufgabe, diese Erlebnisse in die Geschichte aufzunehmen und an die Menschen weiterzugeben. Wenn ich jetzt eine Person bin, muss ich gleichzeitig tausend Personen sein.

Wir wollen mit diesem Interview auch Frauen in Deutschland stärken und diese Kraft weitergeben. Was wir bei uns immer wieder feststellen, ist, dass es schon irgendwie ein Bewusstsein gibt für Sexismus oder Patriarchat und dass es auch eine große Solidarität gab z. B. mit dem Kampf in Kobanê und der Revolution in Rojava, aber dass es nicht dazu führt, dass man sich organisiert. Hast du eine Botschaft oder Worte an Frauen in Deutschland, wie wir diesen Kampf auch als unseren begreifen können?

Ohne Zweifel legt das kapitalistische System die Menschen mithilfe von kleinen Rechten herein. Die Mentalität des Kapitalismus besteht darin, Frauen zu marginalisieren und von sich selbst zu entfremden. Das gilt eigentlich für alle Menschen. Die kapitalistische Mentalität beruht auf solchen Irreführungen. So lässt diese Mentalität den Kampf der Frauen passiv und schwach werden. Frauen dürfen sich davon nicht täuschen lassen. Es ist eine Mentalität, die eine nicht sterben lässt, aber auch nicht richtig leben lässt.

Solidarität ist sehr wichtig zwischen den Völkern, besonders zwischen Frauen. Ich habe es selbst erlebt. Am Anfang war es vielleicht nur eine geistige Solidarität, doch später wurde sie zu einer praktischen. Anstatt auf die Straßen zu gehen und sich mit kleinen Freiheiten und Rechten zufriedenzugeben, muss diese Solidarität tief innen mit der ganzen Seele gelebt werden.

Du hast eben gesagt, dass du dich wie 1000 Personen fühlst. Wir in Europa haben das Problem, dass wir nicht klar sehen oder entscheiden können, wo wir uns einbringen und was wir machen sollen, wie wir eine revolutionäre Politik entwickeln. Wenn

du sagst, du fühlst dich wie 1000 Personen, bringt es auch eine Zerrissenheit mit sich oder eher eine Gelassenheit, da man ein Teil dieser Revolution ist?

Ich fühle mich nicht zerrissen, im Gegenteil fühle ich mich noch stärker. Es erfordert Opfer und Kämpfe, für so viele Menschen Verantwortung zu übernehmen. Um das zu tun, muss man über ein Ziel, über einen Glauben verfügen. Wenn das Ziel groß ist, dann wird auch das Leben groß sein. Menschen, die nach einem großen Leben suchen, sind Menschen mit großen Zielen. Das Ziel eines Menschen bringt ihn an viele Orte. Mittlerweile wird das Universum, wird der Mars erforscht. Auch sich selbst zu erforschen, gibt dem Menschen eine unglaubliche Energie.

Diese Schwierigkeiten im Krieg haben mir ein Geheimnis offenbart: Man muss bescheiden sein und soll nicht nur an sich selbst denken. Denn ich muss in jeder Zelle von mir den Kampf von Tausenden von Genoss*innen weiterleben. Es ist sowohl meine Verantwortung als auch meine Aufgabe.

Besonders im Westen sind radikale Ideen immer weniger geworden. Was hat zum Beispiel Nietzsche gemacht? Er hat sich gegen ein System gestellt. Doch später wurden diese Ideen verzerrt und in die falsche Richtung gelenkt. Sie haben die Ideen von Nietzsche in ihren eigenen Dienst gestellt. Diese Mentalität herrscht am meisten im Westen. Wenn ihr dagegen einen revolutionären Kampf führen wollt, um eine ethisch-politische demokratische Gesellschaft aufzubauen, bedarf es eines Geistes, eines Glaubens. Man muss als Mensch einige Dinge aufgeben. Man darf keinen Tunnelblick haben. Wenn du den Mittleren Osten, Afrika oder Lateinamerika nicht spüren kannst, dann kannst du kein*e Revolutionär*in sein. Das Revolutionär*in-Sein wurde zum Zerfallen gebracht. Revolutionär*in zu sein bedeutet, jeden Menschen zu fühlen und seinen Kampf mitzukämpfen.

Ich habe sehr viel über Frauen geredet, aber ich möchte auch auf Männer eingehen. Schließlich haben wir zusammen gekämpft. Die männliche Mentalität ist eine, die schnell sich selbst verliert und auch im Kampf egoistisch ist. Frauen haben verglichen dazu weichere Züge. Doch im Krieg ist es nicht so. Im Kampf unterscheiden wir nicht zwischen Frauen und Männern, dort müssen wir uns notwendigerweise verteidigen. Das Verantwortungsbewusstsein ist bei Frauen stärker ausgeprägt. In allen Armeen haben sich bisher Männer als die Soldaten betrachtet und keine Frauen gesehen. Dieses Muster haben wir zerstören können.

Wie sorgt ihr dafür, dass ihr diesen Weg weiter geht und er erfolgreich ist? Wir erleben viele Rückschritte in den Frauenbewegungen, im Feminismus. Und wie nehmt ihr dabei die Männer mit?

Ich möchte mit der letzten Frage anfangen. Wir nehmen den Mann mit der männlichen Mentalität nicht an. Auch der Mann wurde versklavt. Wir haben es mit einem widerspenstigen, egoistischen männlichen Charakter zu tun. Wir führen diesen Kampf aber gleichzeitig, um diesen Charakter zu zerstören und den Mann zu verändern, einen neuen Mann zu erschaffen.

Zur anderen Frage: Es ist wichtig, aus dieser passiven Haltung herauszukommen und in einen aktiven Kampf zu gehen. Außerdem ist es wichtig, die Gesellschaft zu organisieren. Drittens dürfen die kleinen Freiheiten nicht akzeptiert werden, durch die der Kapitalismus die Menschen hereinlegt, sie von ihren Zielen abbringt und aufgeben lässt. Wenn heute ein Volk, eine Gruppe unterdrückt und geleugnet wird, kann es morgen auch jede andere treffen. Deshalb muss man immer ganzheitlich denken. Es kann nicht revolutionär sein, zu sagen: »Ich kann hier heute gemütlich sitzen, während es anderen schlecht geht.« Es kann sein, dass man in Sicherheit ist und die eigene Identität nicht gefährdet ist, aber es kann schon morgen soweit sein, dass es eine*n auch selbst trifft. Man darf nicht auf der elitären Ebene bleiben, sondern muss in den Kern der Gesellschaft eindringen. Es ist essentiell, die Gesellschaft im Kern zu organisieren. Denn Völker sind stärker als Staaten. Die Staaten bauen sich auf Gesellschaften, auf dem Volk auf. Wenn sie nicht existieren, existiert auch der Staat nicht. Deshalb ist vor allem die Solidarität der Völker, der Jugend und der Frauen so wichtig, deshalb muss man sich organisieren. Ich habe es auch in der Kobanê-Phase gesagt: Frauen können verschiedenfarbige Augen haben, aber ihre Tränen tragen denselben Schmerz in sich.

Wie ist dein Blick auf Kobanê einige Jahre später? Und wie ging es danach für dich weiter?

Nach dem Widerstand von Kobanê habe ich mich noch sehr lange dort aufgehalten. Ich führe meinen Kampf heute noch stärker. Ich habe Kobanê auf seinem Höhepunkt erlebt. Ich erinnere mich an eine Phase vor den Angriffen von Daeş und an eine zweite Phase nach dem Angriff und eine des Wiederaufbaus. Ich sehe Kobanê nicht mehr nur als eine Stadt. Sie ist universell geworden. Es hätte jede andere Stadt sein können.

Ich glaube daran, dass Kobanê viele Menschen, viele Frauen inspiriert hat. Es ist wichtig, dass diese Inspiration, diese Hoffnung nicht verloren geht. Beim Wort »Kobanê« denken Menschen als erstes an Frauen. Es ist ein Frauenkampf des 21. Jahrhunderts. Es ist für mich eine Ehre, wenn dieser Kampf so viele Frauen inspirieren und so vielen Menschen ein Licht schenken konnte.

Ich möchte eine Anekdote mit euch teilen. Am 15. Oktober, kurz nachdem der Widerstand von Kobanê angefangen hatte, waren wir einmal in einer sehr schwierigen Situation. Eine Freundin fragte mich: »Heval, was machen wir jetzt?« Ich fand damals keine eindeutige Antwort und habe deswegen eine Geste gemacht. Ich habe meine Hand schrittweise geöffnet und immer gefragt, ob eine Hand so gehalten werden kann. [*Anm. der Übersetzung: Sie hat viel mit den Händen gestikuliert, es ist schwer wieder zu geben.*]

Warum erzähle ich euch diese Geschichte? Weil es wichtig ist, die Hoffnung, den Willen, den Glauben an alles beizubehalten. Weil ich in diesem Moment im Gesicht dieser Kämpferin eine Hoffnungslosigkeit gesehen habe. Aber manchmal kann selbst ein so kleiner Moment Unglaubliches bewirken. Wir hatten damals Freund*innen, die 24/7 nicht mehr schliefen. Kann man sich das vorstellen? Normalerweise glaubt man es nicht, dass Menschen tagelang nicht schlafen. Doch der Mensch hat so viele Wunder in sich noch nicht entdeckt. Deshalb ist es wichtig, den Kampf immer permanent zu halten. Es ist außerdem wichtig, alle Menschen zu erreichen und ansprechen zu können. Es ist wichtig, den Menschen fühlen zu können, wenn man mit ihm etwas macht.

Von welchen Frauenbewegungen erhältst du heute Inspiration? Auf welche anderen Frauenbewegungen sollten wir heute schauen?

Wir haben die Geschichte von vielen Frauenkämpfen untersucht, von russischen Frauen oder französischen, wie sie Widerstand geleistet haben. Wir haben auch ihre Geschichte untersucht und analysiert. Wir haben viele verschiedene Frauenbewegungen, kurdische, sozialistische, muslimische, zusammengetan und analysiert, und daraus ein Resultat entwickelt. Alle haben sowohl ihre Legitimationen als auch ihre Fehler. Jede Phase hat einen Geist. Sie haben ihre Kämpfe diesem Geist entsprechend geführt. Wir müssen genau untersuchen, wie wir diese Kämpfe heute anschauen und anwenden können, da sie vielleicht nicht unserer heutigen Zeit angemessen sind. Wir müssen diese Teile zusammenfügen und verbinden.

Ein Beispiel: Die demokratische Moderne ist ein Geist. Wir müssen uns mit der Frage auseinandersetzen, wie dieser Geist aufgebaut werden kann. Es gibt einen Funken auf der Welt, der muss nur herausgebildet werden. Dabei reicht nicht ein einziger Aufstand, eine einzige Demonstration. Es braucht mehr Analyse, mehr Solidarität; wir müssen in die untersten Zellen eindringen und sie entwickeln.

Es gibt Frauen in Indien, in Pakistan, in Afghanistan, in Kuba, in Mexiko. Als ich in Kobanê war, habe ich ihnen Grußbotschaften geschickt, und ich bin mir sicher, dass ihr da, wo ihr hingeht, auf der ganzen Welt diesen Frauen unsere Grüße weiterleitet und ihnen sagt, dass wir mit ihnen kämpfen. Wir haben uns vielleicht nicht gesehen oder kennen uns nicht, aber wir teilen auch ihre Probleme und leben sie auch. Wir beobachten diese Frauenkämpfe und wünschen uns auch, dass sie unsere Kämpfe sehen.

Es ist schön, wie du diese Frage beantwortest, weil wir an der Frage merken, dass wir uns in Deutschland mit einem eurozentristischen Blick oft an anderen Bewegungen orientieren wollen. Oft suchen wir uns irgendwelche Bewegungen, die wir uns zu Vorbildern machen wollen, um dann aber wieder zu schauen, wie wir uns davon abgrenzen können …

Ich sage all das nicht einfach so. Wenn Menschen mich nach meiner Inspiration fragen, sage ich, dass ich sie von all den Menschen habe, deren Herz für die Freiheit schlägt. Wenn eine Frau in Afghanistan zum Beispiel vergewaltigt wird und ich das hier nicht fühlen kann, dann bedeutet es, dass ich keinen Frauenfreiheitskampf führe. In erster Linie kämpfe ich als kurdische Frau, aber ich kämpfe für alle Frauen auf der Welt, mit all meinen Möglichkeiten. Als zum Beispiel die Frauen im Iran ihre Kopftücher heruntergerissen haben, hat mir das Stärke gegeben. Solidarität beruht auf Gegenseitigkeit und wird mit dem Geist vervollständigt, nicht nur in Worten, sondern auch praktisch. ♦

Es gibt einen Funken auf der Welt, der muss nur herausgebildet werden. Dabei reicht nicht ein einziger Aufstand, eine einzige Demonstration. Es braucht mehr Analyse, mehr Solidarität; wir müssen in die untersten Zellen eindringen und sie entwickeln.

»Die freie Frau ist die Grundlage für eine freie Gesellschaft!«

Aufgeben ist keine Option

Die Frauenstiftung WJAS blickt auf ein ereignisreiches und herausforderndes Jahr 2020 zurück.

Das Jahr 2020 war für die meisten Menschen nicht einfach, für viele war es ein sehr schweres und für andere ein sehr lehrreiches Jahr. Die Stiftung WJAS (Weqfa Jina Azad a Sûrî = Stiftung der freien Frau in Syrien) kann auf ein Jahr zurückschauen, das von vielen Schwierigkeiten geprägt war, in dem aber auch immer wieder Erfolge gefeiert werden konnten. Wir von der deutschen Vertretung von WJAS, möchten einen Einblick geben in die neuesten Entwicklungen der Stiftung der freien Frau in Syrien.

Das Jahr begann mit großer Kälte und ungewöhnlichem Schneefall, gefolgt von heftigen Regenfällen in Nord- und Ostsyrien. Viele Dörfer, Geflüchteten-Camps, Schulen und auch die Einrichtungen der Stiftung wurden von den harten Wetterbedingungen in Mitleidenschaft gezogen. Die permanente Bedrohung durch eine neue Invasion der türkischen Armee und ihrer dschihadistischen Verbündeten, die andauernden Kriegshandlungen an der Front entlang der M4 (wichtige Schnellstraße) im Sinne eines »Low intensity Krieges« überschatteten den Alltag im gesamten Gebiet der demokratischen Konföderation Nord- und Ostsyrien.

Die Pandemie:

Im März breitete sich das Corona-Virus in der Welt aus und bald gab es in den umliegenden Regionen – der Türkei, dem Nordirak und auch in Zentralsyrien – die ersten Covid19-Fälle. Zu diesem Zeitpunkt hatte das Virus Nord- und Ostsyrien zwar eingekreist, aber in der Region selbst war es noch nicht ausgebrochen. Die Selbstverwaltung sah die drohende Katastrophe, sollte sich das Coronavirus in Nord- und Ostsyrien ausbreiten und auch die überfüllten Geflüchteten-Camps erreichen. Das ohnehin fragile Gesundheitssystem, die engen Lebensverhältnisse, der mangelnde Zugang zu sauberem Wasser, die schlechten hygienischen Bedingungen und tausende Menschen auf der Flucht, das sind nur einige von vielen Faktoren, die die Region besonders anfällig für eine humanitäre Katastrophe machen. So wurde durch die Selbstverwaltung, Heyva Sor, internationale NGOs und weitere Akteure im Gesundheitswesen frühzeitig ein »Corona-Komitee« gebildet, in dem Präventionsmaßnahmen beschlossen und eine gemeinsame Koordination der »Corona Preparedness« ausgearbeitet wurde. In diesem Rahmen wurde ein erster Lockdown verhängt, AHA Maßnahmen etabliert, Masken und Schutzanzüge selbst hergestellt, um unabhängig von internationalen Lieferengpässen und Grenzschließungen zu sein. Außerdem wurden spezielle Isolations- und Behandlungs-Zentren aufgebaut. Hier machte sich die angespannte politische Lage und die fehlende Aufnahme in internationale humanitäre Nothilfeprogramme negativ bemerkbar. Es gestaltete sich aufgrund von Grenzschließungen, Embargo und dem besonderen Status (die Nicht-Anerkennung) Nord- und Ostsyriens innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft sehr schwierig PCR Testmaschinen, PPE (Schutzequipment) und notwendige Medikamente zu importieren. Ganz zu schweigen vom Fehlen von Intensiv- und Beatmungskapazitäten. In diesem Kontext ist insbesondere der Mangel an qualifiziertem medizinischem, insbesondere ärztlichem Personal ein entscheidender Faktor.

Die Arbeit der Frauenstiftung:

Die Stiftung der freien Frau in Syrien gründete sich 2014 aus der kurdischen Frauenbewegung heraus. Als zivilgesellschaftliche, unabhängige und gemeinnützige Organisation stellt sie die Anliegen von Frauen und Kindern in den Mittelpunkt ihrer Arbeit, die die Bereiche Gesundheit, Ökonomie, Aus-/Bildung und Pädagogik umfasst.

Für die Arbeit in der Frauenstiftung bedeuten die Entwicklungen des letzten Jahres, dass nun viel Kreativität und Mut gefragt sind. Wie schaffen wir es, trotz des Lockdowns und der damit einhergehenden Bewegungseinschränkung unsere Projekte weiterlaufen zu lassen? Wie können wir trotz Lieferengpässen, geschlossener Grenzen und Anstieg der Preise die Medikamente und Materialien für unsere Einrichtungen finanzieren? Wie gehen wir damit um, dass wir aufgrund der

Inflation Probleme haben, die Löhne unserer Mitarbeiterinnen zu bezahlen? Wer interessiert sich angesichts einer weltweiten Pandemie noch für unsere Arbeit und wer hat noch Geld übrig, um uns finanziell zu unterstützen?

Diese Fragen bescherten einigen Frauen in der Stiftung schlaflose Nächte und erforderten viel Austausch untereinander, aber auch mit uns in Deutschland.

Eines ist allen klar: gerade in diesen schwierigen Zeiten sind die Arbeiten der Stiftung wichtiger denn je! Die Anzahl der Fälle patriarchaler Gewalt ist seit Beginn der Pandemie deutlich gestiegen. Auch die Verantwortung und die Aufgaben, die durch die veränderten Lebensbedingungen zusätzlich anfallen, bleiben häufig an Frauen hängen: Care-Arbeit, Haushalt, Kinderbetreuung, Zusatzverdienste u. v. m. Bereits bestehende finanzielle Probleme spitzen sich zu, und viele Familien sind in ihrer Existenz bedroht.

Die Angebote der Stiftung setzen genau hier an: es werden Beratungen für Frauen angeboten, die häusliche Gewalt erfahren, sie werden durch Kinderbetreuung entlastet, durch Bildungsangebote zum Thema Pädagogik gefördert und es finden ökonomische Coachings und Beratungen zum Aufbau einer eigenen Existenzgrundlage statt. Alles mit dem Ziel, Frauen in der Pandemie zu unterstützen und ihre Rechte zu stärken.

Entwicklung der einzelnen Projekte:

Alle von der Stiftung realisierten Projekte dienen der Hilfe zur Selbsthilfe und dem Empowerment von Frauen und Kindern. Sie werden auf der Basis von Umfragen und Bedarfsanalysen geplant und sind somit unmittelbar auf die Bedürfnisse von Frauen und Kindern zugeschnitten. Zu den bestehenden und langfristigen Projekten kamen nun einige Projekte zur Corona-Soforthilfe hinzu. Sie fokussieren auf Aufklärung und Prävention, zum Beispiel durch Bereitstellung von Desinfektionsmitteln und Masken.



Seit Mitte 2020 ist die mobile Klinik mit großem Erfolg in den Dörfern in der Umgebung von Dêrik im Einsatz. Foto: wjas

Es gibt Projekte in allen Kantonen Nord- und Ostsyriens, das neueste ist in Tepqa bei Dêrik. Das zentrale Stiftungszentrum befindet sich in Qamişlo.

Gesundheit

Ausbildung zur Gesundheitsarbeiterin und Gesundheitszentren

An den meisten Standorten der Stiftung werden Ausbildungen zur Gesundheitsarbeiterin angeboten. Diese dreimonatige theoretische und praktische Ausbildung beinhaltet ein Training in Notfallmedizin, Grundlagen im Erkennen und Behandeln häufiger Krankheitsbilder sowie Training in der direkten Patient*innenversorgung. Neben der Ausbildung zur Gesundheitsarbeiterin werden Seminare zu speziellen Themen durchgeführt, wie z. B. Frauen- oder Kinderheilkunde, Krebsvorsorge, Ernährung, Prävention von Krankheiten.

Darüber hinaus werden in verschiedenen Städten Gesundheitszentren betrieben, in denen eine medizinische Basisversorgung mit Fokus auf die Anliegen von Frauen und Kindern angeboten wird.

Poliklinik und Avahî

In Qamişlo wurde dieses Jahr der Bau einer Poliklinik mit großer finanzieller und ideeler Unterstützung durch die Genoss*innen von Avahî beendet. Ursprünglich sollte eine solidarische Baudelegation nach Nord-Ostsyrien reisen, aber wegen der schwierigen Grenzsituation musste statt der Reise eine Spendenkampagne organisiert werden. Das Gebäude der Poliklinik mit Abteilungen für Kinderheilkunde, Allgemeinmedizin, Geburtsvorbereitung und Frauenheilkunde wurde fertig gestellt. Besondere Bedeutung haben die Grundwasserpumpe und die Wassertanks, mit deren Hilfe die Klinik über eine eigene Wasserversorgung verfügt.

Immer häufiger kommt es vor, dass die Wasserversorgung tagelang ausfällt, da die Türkei sowohl durch den Bau von Staudämmen an Euphrat und Tigris, als auch durch das Abschalten der Wasserwerke in den besetzten Gebieten, die Versorgung unterbrechen kann. Für die Einrichtung und Ausstattung der Klinik werden nun Spenden gesammelt, damit die dringend benötigte Klinik bald eröffnet werden kann.

Mobile Klinik und die Städtepartnerschaft Friedrichshain-Kreuzberg - Dêrik e.V.

Zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung, insbesondere im ländlichen Raum, wurde im letzten Jahr als neues Konzept, in Kooperation mit der Städtepartnerschaft Friedrichshain-Kreuzberg - Dêrik e. V., eine mobile Klinik für Dêrik angeschafft und ausgestattet. Seit Mitte 2020 ist die mobile Klinik mit großem Erfolg in den Dörfern in der Umgebung von Dêrik im Einsatz. In den meisten ländlichen Gebieten gibt es keine flächendeckende medizinische Basisversorgung. Die Wege zum nächsten Krankenhaus sind oft sehr weit und beschwerlich und gerade für Frauen mit Kindern nicht zu bewältigen. Durch den Einsatz der mobilen Klinik gelingt es, mehr Menschen einen niedrigschwelligen Zugang zu medizinischer Versorgung zu bieten und damit sowohl die Prävention als auch die Behandlung von Krankheiten zu verbessern. An drei Tagen in der Woche fährt die Klinik verschiedene Dörfer an und bietet eine allgemeinmedizinische Sprechstunde für Frauen und Kinder. Leider mangelt es immer wieder an Medikamenten, die zunehmend teurer werden und schwierig zu beschaffen sind. Auch die Kosten für Benzin und Gehälter steigen stetig an. Über jegliche Unterstützung ist das Team der mobilen Klinik in Dêrik sehr dankbar!

Da das Konzept eine deutliche Verbesserung in der medizinischen Versorgung erreichen konnte und von den Frauen und Kindern in der Gegend sehr gut angenommen wird, wird nun eine zweite mobile Klinik für Kobanê, in Kooperation mit der Städtefreundschaft Frankfurt – Kobanê, geplant.

Jinwar und Şîfa Jin

Jinwar ist ein autonomes Frauendorf im Kanton Cizîrê, das als gemeinsames Projekt von Kongra Star, Jineolojî und WJAS gegründet wurde. Im letzten Jahr wurde hier das Heil- und Gesundheitszentrum Şîfa Jin (Heilung der Frau) eröffnet. Die Klinik ist sowohl eine Versorgungs- als auch eine Bildungseinrichtung, die sich auf die Behandlung von Frauen und Kindern und auf die Verbindung von Naturheilkunde und moderner Schulmedizin spezialisiert hat. Traditionell werden in den Gesundheitssystemen des Nahen Ostens die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Kindern nicht genügend berücksichtigt. Angefangen von einer vertraulichen Beratung über eine achtsame körperliche Untersuchung bis hin zur Auswahl von Therapieoptionen wird im Gesundheitszentrum Şîfa Jin versucht, diesen Bedürfnissen gerecht zu werden und eine Behandlung von Frauen für Frauen anzubieten. Ein besonderer Fokus liegt hierbei auf der Förderung von Selbstbestimmung im Umgang mit dem eigenen Körper, der eigenen Gesundheit und der Wiederentdeckung von altem Wissen über Krankheiten

und Heilmethoden. Neben schulmedizinischer Behandlung werden hier Kräutermischungen, Destillate und Salben selbst hergestellt und zur unterstützenden Behandlung bei bestimmten Krankheitsbildern eingesetzt. In Spanien und Deutschland gibt es Jinwar-Komitees und in Berlin ist mit dem Heilkräutergarten »Hevrîn Khalaf« im letzten Jahr ein Partnerprojekt entstanden, das im engen Austausch mit den Frauen in Jinwar und Şîfa Jin steht.

Ein weiteres Projekt ist das Frauennaturheilzentrum in Dirbêsiyê, in dem traditionelles naturheilkundliches Wissen von Frauen an Frauen vermittelt wird und selbst hergestellte Heilmittel verkauft werden.

Bildung

Die Stiftung bietet im Rahmen von Kampagnen Informationsveranstaltungen und Kurse an. Unter anderem werden folgende Themen behandelt: Coronavirus, Kindererziehung, Existenzgründung, Kaiserschnitt oder natürliche Geburt.

Darüber hinaus bietet WJAS Computerseminare, Lese- und Schreibkurse, Friseur- und Nähkurse an. Das Angebot richtet sich an Frauen aller Altersgruppen. Diese Kurse verbessern die Chancen für das Erlernen eines Berufes, mit dem die Frauen finanzielle Unabhängigkeit erlangen und sich eine eigene Existenz aufbauen können. Jede abgeschlossene Ausbildung, ob im Gesundheits-, Ökonomie-, oder Bildungsbereich wird mit einem personalisierten Diplom ausgezeichnet. Damit haben die Frauen eine Urkunde, die ihre neu erlernten Fähigkeiten bezeugt.

Pädagogik

Die Stiftung betreibt an mehreren Standorten eigene Kindergärten oder mietet Räumlichkeiten an, in denen Aktivitäten für Kinder stattfinden. Angesichts der andauernden Kriegshandlungen sind es vor allem Kinder, die unter schweren psychischen Belastungen leiden. Umso wichtiger ist es, Kinder bei der Bewältigung dieser belastenden Erlebnisse und in der Entwicklung eigener Zukunftsperspektiven zu unterstützen.

Im Kanton Kobanê wurden mit internationaler Unterstützung das Waisenhaus »Keskûsorê Alan« (Alan‘s Rainbow), zwei Kindergärten, ein Stiftungszentrum und ein Frauenbildungszentrum eingerichtet. Vor allem die Städtefreundschaft Frankfurt - Kobanê hat seit Beginn den Aufbau und das Fortbestehen des Waisenhauses mit finanziellen Mitteln und solidarischen Delegationen aktiv unterstützt. Für eine ergänzende Kinder-Krankenstation wurden bereits Spendengelder gesammelt und die Eröffnung ist in diesem Jahr geplant.

Das Team der Stiftung und des Waisenhauses hat zu Beginn ihrer Arbeit eine traumapädagogische Ausbildung vom Zentrum für Traumapädagogik »Welle« erhalten. In ihrer täglichen Arbeit mit zum Teil schwer kriegstraumatisierten Kindern kann dieses Wissen direkt angewendet werden. Auch gehören regelmäßige Aktivitäten wie z. B. Bastel-Tage, Kostüm-Tage und sportliche Aktivitäten wie Basketballspielen oder Taekwondo zum Tagesprogramm.

Die Kindergärten sind nicht nur ein wichtiger Ort für die Kinder, sondern bieten auch den Müttern ein paar Stunden Freiraum.

Arbeiten in Geflüchtetencamps

Ein weiterer Schwerpunkt der Stiftungsarbeiten sind die Geflüchtetencamps, in denen hunderttausende Menschen unter schlechten hygienischen Bedingungen und auf sehr engem Raum zusammenleben müssen. Alle Camps sind völlig überfüllt und es gibt nicht genügend Zugang zu Wasser, sanitären Anlagen und medizinischer Versorgung. Abstandhalten, Händewaschen und Isolation sind unter diesen Umständen praktisch unmöglich. Sollte es hier zu einer unkontrollierten Ausbreitung des Coronavirus kommen, hätte das dramatische Folgen. Bisher wurden allerdings nur vereinzelte Fälle in den Camps gemeldet, obwohl die Dunkelziffer bei den Erkrankungen vermutlich höher liegt.

Im Camp Waşokanî, in dem kurdische Binnenflüchtlinge untergebracht sind, konnten dank der Unterstützung vom Verein Kölner Helfen e. V. und der Stiftung Umverteilen ein Stiftungszelt und zwei weitere Zelte für Seminare und Aktivitäten aufgebaut werden. Hier werden unter anderem Ausbildungen zur Gesundheitsarbeiterin und Schulunterricht für Kinder angeboten. Es ist bemerkenswert, wie gut diese Kurse angenommen werden und wie die Mitarbeiterinnen und Absolventinnen auch in dieser schweren Zeit den Mut zum Lernen nicht verloren haben.

Ein weiteres Camp im Kanton Hesekê ist das Camp Hol. Die Besonderheit von Hol liegt darin, dass neben Geflüchteten aus dem Irak, die schon seit vielen Jahren hier leben, Anfang 2019 zehntausende Familienmitglieder von IS-Anhängern, sowohl syrischer als auch internationaler Herkunft, dort untergebracht wurden. Mittlerweile leben ca. 60 000 Menschen in diesem Camp. Viele von ihnen bekennen sich weiterhin zu radikal islamistischem Gedankengut, andere nicht, was viele Konflikte innerhalb des Camps hervorruft. Auch im Camp Roj

leben Familien von IS-Anhängern und die Problematik ist eine ähnliche. In diesen Camps legt die Stiftung einen besonderen Fokus auf die Reintegration von islamistisch radikalisierten Familien und die Betreuung von traumatisierten Frauen und Kindern. Die traumapädagogischen Ansätze der Stiftung sind in diesem Zusammenhang besonders wertvoll. Darüber hinaus werden Näh- und Schreibkurse durchgeführt, durch die die Frauen einerseits eine Beschäftigung finden und gleichzeitig ein eigenes Einkommen verdienen können.

Die Grundlage aller Projekte ist seit der Gründung der Stiftung eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen der Stiftung, den Frauen an der Basis und der Gesellschaft. Es spielt keine Rolle, ob die Frauen arabischer, kurdischer, ezidischer oder anderer Herkunft sind. Um gezielt Vorurteile und Ausgrenzung abzubauen werden die Angebote in mehreren Sprachen durchgeführt. Durch den stetigen Austausch mit Frauen aus der Bevölkerung ist es der Stiftung gelungen, eine stabile Vertrauensbasis aufzubauen und einen umfassenden Einblick in die Bedürfnisse der Frauen zu bekommen. An diesen Bedürfnissen orientieren sich die Angebote. Deshalb sehen Frauen die Stiftung als eine Partnerin, mit der sie sich in Projekten organisieren können, um selbstständig Lösungen für ihre Schwierigkeiten im Leben zu entwickeln. Das unterscheidet die Stiftung WJAS von anderen klassischen Stiftungen oder Hilfsorganisationen. Denn im Spannungsfeld zwischen lokalen und internationalen Organisationen und Akteuren muss immer genau hinterfragt werden, ob es wirklich darum geht, die Lebenssituationen der Menschen vor Ort zu verbessern oder ob vor allem die bestehende Herrschafts- und Ausbeutungspolitik verstärkt wird. In den Stiftungsarbeiten wird Wert daraufgelegt, die bestehenden Herrschaftsverhältnisse zu kritisieren, der Politik der Ausbeutung und Ungerechtigkeit etwas entgegenzusetzen und auf Hilfe zur Selbsthilfe und Empowerment zu setzen. Entsprechend dem Leitspruch der Stiftung: »Die freie Frau ist die Grundlage für eine freie Gesellschaft!«.

Unterstützung und Ausblick:

Auch wenn zum Teil eine Re-Finanzierung der Projekte vor Ort gelingt, kann die große Diversität und Anzahl an Stiftungsprojekten nur mit der finanziellen Hilfe von internationalen Unterstützer*innen aufrecht erhalten werden. Diese Hilfe reicht von Aktionen, Kampagnen, Spendensammlungen bis hin zu Delegationsreisen. Auch vor Ort werden Spenden gesammelt, aber aufgrund der Entwicklungen im letzten Jahr ist dies zunehmend schwieriger. Einzelne Spendenkampagnen sind sehr hilfreich, um neue Projekte aufzubauen, stellen die Stiftung dann aber vor das Problem, die laufenden Kosten langfristig selbst übernehmen zu müssen. Zum Beispiel müssen Medikamente und Gehälter für die mobile Klinik, für das Gesundheitszentrum oder Stoffe und Nadeln für die Nähkurse weiter finanziert werden. Daher wäre der Aufbau eines Fördernetzwerkes mit kontinuierlichen Beiträgen oder Patenschaften für einzelne Projekte wünschenswert und soll im Jahr 2021 in Angriff genommen werden.

Bedingt durch die Corona-Pandemie ist es zu einem Rückgang der Spendenbereitschaft gekommen, auch weil viele Informationsveranstaltungen und Ausstellungen wegfallen und persönliche Kontakte durch Reiseverbote seltener geworden sind.

Wir freuen wir uns über jede Spende, und jede Spende unterstützt unsere Arbeit. Es kann ein einmaliger Beitrag oder ein monatlicher Förderbeitrag sein.

Möglichkeiten zur Unterstützung und Mitwirkung an der Arbeit der Stiftung

Jeder Unterstützung der Stiftung der Freien Frau in Syrien kommt als Zeichen der Solidarität unter den Völkern eine besondere Bedeutung zu! Folgende Möglichkeiten gibt es:

Aktivitäten zur Bekanntmachung der Frauenstiftung sind wichtig, um materielle und ideelle Unterstützung für die Stiftung zu organisieren. Dies kann durch gemeinsame Veranstaltungen, Interviews, Ausstellungen, Sammelaktionen etc. erfolgen.

Um die vielseitigen Angebote und Projekte der Stiftung auch während der Krisenzeit weiterführen zu können, benötigen wir Spenden. Wir freuen uns über jede Einzelspende, über Förderbeiträge (5, 10, 20, 50,– Euro oder eine beliebige monatliche Summe) oder über Patenschaften für Medikamente, für Projekte oder Einrichtungen. Bei Interesse schreibt uns eine Mail oder ruft an! ♦

Spendenkonto:
Kurdistan Hilfe e.V., Hamburg/Deutschland
Stichwort: WJAS
Hamburger Sparkasse
IBAN: DE40 2005 0550 1049 2227 04
BIC: HASPADEHHXX
Die Spenden sind in Deutschland steuerlich absetzbar.
Bitte geben Sie Ihre Adresse deutlich an.

Kontakt:
Weqfa Jina Azad a Sûrî
Stiftung der freien Frau in Syrien
Website: www.wjas.org
Mail (Europa): info@wjas.org
Facebook: facebook.de/WJASInternational
Instagram: instagram.com/wjas_int

»Das Wissen der Frauen über das Leben und die Freiheit erneut zum Strahlen bringen«

Jinwar: Die Beziehungen stärken, um unser Zusammenleben zu verteidigen

Neujahrsgrüße aus aus dem Frauendorf Jinwar

»Jede Frau ist ein Teil der Welt, groß und weit. Indem wir jede Frau kennenlernen, wird unser Horizont erweitert und unsere Welt bereichert – sie wird klarer –, und unsere Beziehungen mit den Kindern und auch mit der Gesellschaft gewinnen an Bedeutung.« Rat von Jinwar

Liebe Freundinnen von Jinwar,

wie geht es euch? Es ist schon wieder eine ereignisreiche Zeit vergangen und sogar ein neues Jahr ist angebrochen. Wir wünschen euch natürlich allen ein gesundes und ein gutes neues Jahr.

Hier haben wir zusammen mit unseren Nachbarn das neue Jahr begrüßt, mit einem großen Feuer, Früchten und Gesang. Am Nachmittag ist der Rat der Lehrerinnen gekommen und hat mit den Schulkindern eine Neujahrsfeier gemacht, und ein paar Frauen sind in die nahegelegene Kirche zum Neujahrsgebet gefahren, um die christliche Tradition kennenzulernen. Wir haben uns sehr über den zahlreichen Besuch gefreut.

Hier sind nun die Neuigkeiten, die wir mit euch teilen wollen:

Zuallererst möchten wir folgendes hervorheben: Jede Frau, jedes Kind, jeder Gast, der nach Jinwar kommt, hat eine eigene Geschichte. Diese Geschichten tragen dazu bei, unsere Erfahrungen und unser Wissen über unsere gemeinsame Geschichte zu bereichern und zu vertiefen. Mit jeder Geschichte, die wir uns erzählen, können wir unser Leben besser verstehen, denn wir sammeln die Identitäten von Frauen aus früheren und jetzigen Zeiten. Diese Sammlung ist unsere Identität.

Durch unser gemeinsames Leben, durch unsere gemeinsame Arbeit, durch jeden geteilten Tag und durch den gemeinsamen Austausch, wird diese gemeinsame Geschichte lebendig. Vor allem erweitern wir unsere Gedanken und entwickeln ein gemeinsames Verständnis von uns, unserer Identität als Frauen, unserer Geschichte und unserer Rolle darin. Dieses Verständnis bildet die Grundlage dafür, dass wir gemeinsam ein gutes, ein schönes und ein richtiges Leben erschaffen.

In diesem Sinn sind wir in der letzten Zeit den Spuren der matriarchalen Kulturen und Zivilisationen durch die letzten fünf Jahrtausende gefolgt.

Von den fruchtbaren Ufern des Tigris, zur Muttergöttin Inanna, von Girê Çaxil bis Cîl Xanê in Efrîn, von den Traditionen der Landwirtschaft, des Spinnens, Webens und Mahlens, von Newroz bis Akito und von den Geschichten unserer Großmütter bis insHeute nach Jinwar.

»Diesen Mahlstein gab es auch in meiner Familie und er wird bis heute benutzt. Ich hätte nicht gedacht, dass der Tag kommen wird, an dem ich erfahre, dass jene Dinge aus den Händen von Frauen entspringen. Es wurde immer gesagt, dass das die Männer gemacht haben.« (Canda)

Wer und wie sind Frauen?

Was ist eigentlich unter den Hügeln versteckt, die überall zu sehen sind?

Welche Lieder haben unsere Großmütter gesungen? Und was bedeuten sie?

Durch die Forschungen der Jineolojî und den gesammelten Geschichten, dem Wissen und den Erfahrungen vieler Frauen aus Rojava, Kurdistan und dem Mittleren Osten lernen wir nach und nach die Geschichte der matriarchalen Gesellschaften und Kulturen gemeinsam kennen.

Jinwar ist ein Teil dieser lebendigen Geschichte, denn hier wollen wir das Wissen der Frauen über das Leben und die Freiheit erneut zum Strahlen bringen.



Im Frauendorf Jinwar in Rojava. Foto: jinwar

Besondere Bedeutung haben für uns die Abende, an denen wir in den langen Nächten des Winters zusammengekommen sind: wir und die Kinder und Frauen der Nachbardörfer. Gemeinsam haben wir uns die Geschichten über verschiedene historische Orte wie z. B. Göbekli Tepe oder die Geschichte von Şahmaran und Elo Dîno angehört.

Vor allem aber haben wir auch unsere eigenen Geschichten erzählt – von den heiligen historischen Orten und jenen alten Geschichten und Traditionen, von denen noch in unseren Dörfern gesprochen wird – Spuren des Neolithikums, Spuren jener Kultur der Frauen, jener matriarchalen Kulturen der Region.

Auch die Kinder aus den Nachbardörfern sind gekommen. Wir haben auch gemeinsam Geschichten angehört, Filme geschaut und zum neuen Jahr einen Baum gepflanzt und unsere Wünsche für das neue Jahr, gebunden in bunten Fäden und Perlen an den Baum in der Dorfmitte geknüpft – auf dass sie in Erfüllung gehen!

Weiterhin sind die Kälte und der Wind gekommen, sie haben aber den Regen nicht mitgebracht. Dieses Jahr hat der Regen lange auf sich warten lassen, bis nach Neujahr ist der Regen nicht gekommen, obwohl die Gerste und der Weizen schon eingesät waren. Das war und ist ein großes Problem für die Landwirtschaft und für alle, die ihre Felder für die neue Saison vorbereitet und eingesät haben.

So haben wir gesagt: Der Regen ist wichtig, wir brauchen den Regen.

Eine der Traditionen, die in unseren Dörfern immer noch bekannt ist, sind die Umzüge für den Regen.

Und was haben wir dann gemacht?

Wir, die Kinder von Jinwar, haben mit den Kindern aus den anderen Dörfern Regenpuppen gemacht und sind mit ihnen unter lauten Sprechchören durch die Dörfer von Haus zu Haus gezogen, um den Regen zu rufen. Die Frauen der Häuser haben als Antwort Wasser auf uns gespritzt, damit der Regen auch wirklich kommt.

So ist nun endlich auch der Regen gekommen! Aber bisher nicht so viel, wie wir es uns wünschen. Dennoch haben wir die Zwiebeln und den Knoblauch als gemeinsame Dorfarbeit zusammen mit den Kindern und den Lehrerinnen gesteckt, was uns sehr viel Freude gebracht hat.

Wir können euch noch etwas mitteilen: Noch im letzten Jahr sind über 20 Lämmer geboren worden. Nun melken wir seit einiger Zeit wieder und machen Joghurt.

Und wir wollen euch noch etwas mitteilen: Dieses Jahr werden wir ein großes Projekt starten. Es ist ein Projekt, in dem es um Wollarbeiten geht. Aus Wolle spinnen wir Garn, das wir dann weiter verarbeiten zu Mützen, Handschuhen, Pullovern, Taschen, Teppichen und Decken.

Aber wie spinnen wir den Faden? Mit dem Teşî, mit einer traditionellen Spindel. Unser Ziel ist es dabei, die regionale traditionelle Kultur des Spinnens und des Webens in all ihrer Vielfalt, vom Wollewaschen bis zum Fadenspinnen bis zu den traditionellen Liedern, die bei der Arbeit gesungen werden oder jenen Geschichten, die bei der Arbeit erzählt werden, wieder lebendig zu machen und um die Handarbeiten von Frauen weiterzuentwickeln.



Die ersten Zwiebeln für dieses Jahr werden gemeinsam gesetzt. Foto: jinwar

Am 9. Januar, als wir gerade von der Aktion zum Jahrestag der gefallenen Revolutionärinnen Sara, Ronahî und Rojbîn zurück ins Dorf gekommen sind, wurden wir von Klängen des Tamburs und der Trommel begrüßt.

Die Studentinnen haben ihre eigenen Instrumente mitgebracht und ein sehr schönes Konzert in Jinwar gegeben. Vor allem jene Lieder aus Efrîn haben alle sehr berührt, beim gemeinsamen Tanzen ist eine große Sehnsucht der Studentinnen und Lehrerinnen nach Efrîn zum Ausdruck gekommen. Auf dass sie zu ihrer eigenen Musik mit ihren eigenen Tänzen wieder auf ihrer eigenen Erde tanzen können.

In diesem Projekt können alle Frauen teilnehmen, unabhängig von ihrer Nationalität.

Während unserer Vorbereitungen für dieses Projekt bereiten sich die Schulkinder von Jinwar und diejenigen, die aus den Nachbardörfern zur Schule nach Jinwar kommen, auf ihre Prüfungen vor, denn bald fangen die Ferien an.

Und natürlich sind auch die Arbeiten im Heilzentrum Şîfa Jin weitergegangen. Seit der Eröffnung im letzten Jahr am 4. März sind über 2000 Frauen und Kinder in das Heilzentrum gekommen. Wir freuen uns euch mitteilen zu können, dass nun auch eine Hebamme zu dem Team der Şîfa Jin dazugestoßen ist, sodass nun auch Schwangere und Gebärende zu uns ins Gesundheitszentrum kommen können. Wir warten auf das erste Kind, das hier in Jinwar geboren wird.

In der letzten Zeit konnten wir auch wieder viele Gäste willkommen heißen, wie z. B. die Gruppe junger Frauen aus Hesekê, die Studentinnen der Jineolojî-Fakultät und Gäste aus Katalonien. Wir danken natürlich allen, die gekommen sind und uns mit ihrem Besuch bereichert haben.

Vor allem haben wir uns aber über den Besuch der Studierenden der Universität Roajava gefreut.

So wie Efrîn, das immer noch vom türkischen Staat und seinen Verbündeten besetzt ist, werden viele andere Orte tagtäglich angegriffen, unermessliche Gewalt wird ausgeübt. Vor allem Frauen, die sich als Teil der Revolution begreifen und die Werte eines demokratischen und ökologischen Lebens durch ihre täglichen Mühen und Kämpfe umsetzen und verteidigen, und jene Frauen, die rund um jene matriarchale Kultur, deren Erbinnen wir sind, ein gemeinsames Leben aufbauen, werden gezielt angegriffen.

Umso mehr wollen wir uns und unsere Beziehungen stärken, um unser gemeinsames Zusammenleben zu verteidigen.

In diesem Sinn laden wir euch nach Jinwar ein, um uns gegenseitig kennenlernen zu können.

Wir freuen uns auf euren Besuch.

Bis dahin,

Alles Gute und viele liebe Grüße ♦

PS.: Natürlich, wie immer, wünschen wir uns Rückmeldungen, Fragen und Vorschläge, Gedanken und Geschichten.

Wichtigste Adressaten einer Politik der Demokratisierung bleiben nicht Staaten, sondern die Zivilgesellschaften

Der Nahe Osten nach Trump

Analyse von Kalle Schönfeld

Was von einer liberalen Regierung in den USA für den Nahen Osten zu erwarten ist, lässt sich nicht durch Wunschdenken ermitteln, sondern durch historische Analyse.

Die Medien des liberalen Mainstreams im Westen bemühen sich fortlaufend, die protofaschistische Episode unter der Regierung Trump als unerklärlichen Ausrutscher in einer wohlwollenden Weltregentschaft der liberalen Supermacht darzustellen.

Diese Dauerpropaganda hat das Potential, in Teilen einer solidarischen aber uninformierten westlichen Zivilgesellschaft auf die US-amerikanische Außenpolitik im Nahen Osten übertragen zu werden.

Dazu dürfte auch der Kontrast beitragen, den das Verhalten der USA gegenüber der demokratischen Selbstverwaltung in Nord- und Ostsyrien zeigte. Einmal 2014, als während der Regierung Obama die militärische Unterstützung der Selbstverteidigungskräfte gegen den sogenannten Islamischen Staat begann, und dann 2019, als die Regierung Trump dem Diktator Erdoğan einen Freifahrtschein ausstellte, um eben jene Kräfte auf fremdem Staatsgebiet zu überfallen.

Fehlende Analyse könnte aus diesem Sachverhalt leicht die unreflektierte Wunschvorstellung machen, dass das Verhalten der US-Supermacht im Nahen Osten gegenüber der kurdischen Bewegung von Sympathie oder ideologischer Nähe der aktuell dort herrschenden Regierung abhängt.

Die nähere Betrachtung beider Phasen widerlegt diese Vorstellung: nicht Sympathie oder ideologische Nähe zur Erdoğan-Diktatur waren die Faktoren für die Unterstützung des türkischen Überfalls auf Rojava, sondern die politische Idee des Isolationismus, die in der amerikanischen Gesellschaft tief verwurzelt ist und durch die protofaschistische Regierung Trump wiederholt propagiert wurde.[1] Deren Neonationalismus rechtfertigt sich gegenüber der Öffentlichkeit – anders als der Neoosmanismus Erdoğans – hauptsächlich über die Ausgrenzung innergesellschaftlicher Gruppen und der Abschottung nach außen, aber nicht über imperialistischen Expansionismus und militärische Feldzüge, da diese nach den teuren und verlustreichen Kriegen in Afghanistan und im Irak in der US-amerikanischen Öffentlichkeit eher unpopulär sind.

Aber auch die militärische Unterstützung der Selbstverteidigungskräfte unter der Regierung Obamas hatte kaum etwas mit Sympathie oder Weltanschauung zu tun. Vielmehr war dieses Manöver dem zentralen Drehpunkt US-amerikanischer Nahostpolitik geschuldet: dem Sicherheitsbedürfnis Israels und der Frontstellung gegenüber dem Iran. Gegen diese »Gefahr« haben die beiden Staaten ein Bündnissystem aus Diktatoren und Monarchen um sich geschart, wie Ägypten, Jordanien, den Ölscheichtümern oder der mittelalterlichen Despotie der Saudis. Seit dem Abzug der US-Besatzung aus dem Irak 2011 bestand bei den Machthabern Israels und der USA die Angstprojektion eines »schiitischen Halbmondes«, einer Landverbindung vom Iran über den schiitisch dominierten Irak und das verbündete Assad-Syrien bis zur Hisbollah im Libanon und damit an die israelische Nordgrenze. Die US-Administration hatte der demokratischen Selbstverwaltung dabei wohl dieselbe Funktion zugedacht wie etwa der kleinen Söldnermiliz Jaysh Maghawir al-Thawra (Revolutionäre Kommandoarmee), die südlich des Euphrats die Grenzübergänge zum Irak und eine kleine US-Militärbasis bewacht: die eines Sperrriegels zwischen den iranischen Verbündeten Syrien und Irak und damit zwischen dem Iran und Israel.

1 Der US-amerikanische Nationalismus basiert auf der Ideologie des Exzeptionalismus, der eine Sonderstellung der USA gegenüber allen anderen Nationen behauptet. Diese Ideologie findet sich in den zwei Ausprägungen, einmal des Isolationismus, in dem die USA als irdisches Paradies gelten, dass sich nicht in die Probleme der übrigen Welt hineinziehen lassen sollte, und zum zweiten des Interventionismus, nachdem die USA den historischen oder göttlichen Auftrag haben, ihre Lebensweise und Ideologie auf der ganzen Welt zu verbreiten und sie so zu erlösen.

Es bleibt zu hinterfragen, warum die US-Regierung im Oktober 2019 meinte, dieser Funktion nicht mehr zu bedürfen. Vielleicht traute sie der türkischen Armee eine vollständige Eroberung der Selbstverwaltungsgebiete und damit die Übernahme der Sperrfunktion zu. Vielleicht dachte sie auch, dass die demokratische Selbstverwaltung diesen Verrat mangels Alternativen klaglos hinnehmen werde.

Jede Zusammenarbeit der USA mit der kurdischen Bewegung riskiert es, das Erdoğan-Regime zu verprellen. Sollte so eine Zusammenarbeit z. B. in Nordsyrien nochmal zustande kommen, dann werden die USA der Türkei dafür einen Preis zahlen; in jedem Fall durch eine propagandistische Spaltung der Bewegung in »demokratische Verbündete« in Nordsyrien und »Terroristen« im Nordirak

In jedem Fall haben deren Vertreter durch die Verständigung mit dem Assad-Staat und Russland die passende diplomatische und politische Antwort auf diesen Akt militärischer Gewalt entwickelt. Diese Verständigung mit durch die USA als »feindlich« betrachteten Staaten wird das zukünftige Auftreten der Supermacht gegenüber der demokratischen Selbstverwaltung auch unter liberalen Machthabern prägen. Kein US-Bürokrat wird sie mehr als bequem zu steuernden Proxy (Stellvertreter) ansehen.

Für diese Rolle bieten sich darüber hinaus andere Kräfte in der Region ebenso an, wie etwa der Barzanî-Clan, die Dschihadisten in Idlib oder auch die Türkei selbst. Der türkische Staat bleibt Hauptprofiteur der Blockkonfrontation zwischen den USA, Israel und ihren Ölscheichs einerseits und Russlands, Iran, Irak und Syrien andererseits. Erdoğan ist potentieller Bündnispartner beider Seiten und profitiert von deren Werbungsversuchen.

Jede Zusammenarbeit der USA mit der kurdischen Bewegung riskiert es, das Erdoğan-Regime zu verprellen. Sollte so eine Zusammenarbeit z. B. in Nordsyrien nochmal zustande kommen, dann werden die USA der Türkei dafür einen Preis zahlen; in jedem Fall durch eine propagandistische Spaltung der Bewegung in »demokratische Verbündete« in Nordsyrien und »Terroristen« im Nordirak, darüber hinaus vielleicht durch aktive Unterstützung des türkischen Drohnenkrieges, sei es durch geheimdienstliche Informationen oder durch neue Technologie. In jedem Fall wird die US-Administration auf eine Isolation von anderen Staaten in der Region und auf die Spaltung der kurdischen Bewegung drängen.

Geschichtliche Analyse

Diese kurze Betrachtung der aktuellen Machtpolitik vermag nur ein eingeschränktes Bild von der Rolle einer liberalen Hegemonialmacht USA im Nahen Osten zu zeichnen. Die Betrachtungsweise langfristiger historischer Kontinuitäten nach dem Ansatz der longue dureé[2] eröffnet dagegen einen sehr viel breiteren Blick auf Gegenwart und Zukunft, besonders wenn man geschichtliche Prozesse nach Öcalans »Soziologie der Freiheit« als ein Wechselspiel zwischen Herrschaftszivilisation und den Widerständen der demokratischen Gesellschaft erkennt.

Nehmen wir die Rolle einer liberalen Hegemonialmacht im Nahen Osten in den Blick, zu der die USA unter der neuen Regierung zurückzukehren angekündigt hat, so lassen sich Kontinuitäten von vielen Jahrzehnten und sogar Jahrhunderten erkennen, wenn man Großbritannien als Vorläufer der USA in eben dieser Rolle gelten lässt. Diese beiden Mächte können ohne weiteres als maßgebliche Schutzmächte der kapitalistischen Moderne in einem globalen Maßstab gelten. Bei der Durchsetzung dieser kapitalistischen Moderne im globalen Maßstab zeigten sie eine erstaunliche Kontinuität in ihrem Verhalten. Ungeachtet der liberalen Prinzipien, nach denen sie ihre Staaten nach innen regierten, stützten sie sich in den Regionen, die sie im Zuge globaler Machtpolitik durchdringen wollten, in der Regel auf konservative oder reaktionäre Akteure. Hierzu lässt sich eine beliebig lange Liste an Beispielen anfertigen, aber schon wenn man sich in der Betrachtung auf den Nahen Osten beschränkt, wird die Gültigkeit dieses Satzes klar.

Seitdem es im Kampf gegen die Französische Revolution die Osmanen gegen die Ägyptische Expedition Bonapartes unterstützte, stellte sich Großbritannien im Nahen Osten stets auf die Seite herrschender korrupter Eliten und bekämpfte gesellschaftliche Erneuerungsbewegungen. Die Kolonialisierung Ägyptens nach der Niederschlagung des Urabi-Aufstandes unter den Marionetten-Königen der Khediven ist dafür ein Beispiel, aber auch der Verrat an der Arabischen Nationalbewegung nach 1918 durch die Besetzung kolonialer Gebietsfetzen unter willfährigen Stammeskönigen im Sykes-Picot-Abkommen. Die USA als Nachfolgemacht des Liberalismus zeigte dieselbe Strategie: Im Iran wurde Mohammed Mossadegh gestürzt, das reaktionäre Schah-Regime gestützt und das durch einen Volksaufstand gegen diesen zur Macht gelangte Mullah-Regime wiederum zu Todfeinden erklärt und Saddam Hussein

2 »Longue durée« bezeichnet ein Konzept des Historikers Fernand Braudel. Hier werden zur historischen Analyse anstatt einzelner Ereignisse und Personen mehr langfristige Entwicklungen über große Zeiträume hinweg betrachtet.

mit Milliarden an Waffenlieferungen ausgerüstet, um es im blutigen Ersten Golfkrieg ausbluten zu lassen, bevor er selbst in Ungnade fiel. So ist es auch kein Zufall, dass die USA im Nachgang des »Arabischen Frühlings« nicht etwa vornehmlich liberale Bewegungen, sondern wie in Libyen, in Syrien und im Jemen immer auch Vertreter eines reaktionären Islamismus unterstützen.

Um diese geschichtliche Betrachtung als Analyse und nicht als Anklageliste zu verstehen ist es zentral, die Handlungslogik hinter diesen Strategien zu erkennen.

Die staatlichen Mächte, die die kapitalistische Moderne repräsentieren, nutzen den Liberalismus als ideologisches Instrument, um ihr Herrschaftssystem innerhalb des westlichen Staatensystems abzusichern. Im Feld globaler Machtpolitik hat diese Ideologie für sie jedoch kaum Verbindlichkeit, da nicht die Verbreitung liberaler Grundsätze ihr Handlungsziel ist, sondern die materielle Absicherung kapitalistischer Herrschaft.

Die Bevorzugung reaktionärer oder konservativer Kräfte in der Geopolitik folgt dem Zweck, in erster Linie materielle Stabilität herzustellen und Eigentumsrechte gegen politische oder moralische Einschränkungen abzusichern, da progressive und demokratische Bewegungen immer auch einen Moment der zukunftsoffenen Verhandelbarkeit beinhalten und die Unverhandelbarkeit des Kapitaleigentums in Frage stellen könnten, während etablierte Herrschaftssysteme in der Regel auf solchen Eigentumsstrukturen basieren und sie garantieren.

Ausblick

Vor dem Hintergrund dieser Betrachtung erscheint es auch wenig verwunderlich, dass sich der Führer der HTS/al-Nusra-Dschihadisten Muhammed al-Golani im Gespräch mit dem amerikanischen Journalisten Martin Smith[3] betont zivil und gesprächsoffen zeigt und offensichtlich auf gute Beziehungen mit der neuen US-Administration spekuliert. Was das Bedürfnis der USA nach regionalen Proxies betrifft, gibt es offensichtlich eine ganze Reihe von Kandidaten und die Geschichte lehrt, dass reaktionärer Islamismus dabei absolut kein Ausschlusskriterium ist.

Sollte sich also unter der neuen US-Regierung eine Zusammenarbeit mit der demokratischen Selbstverwaltung wiederholen, so lehrt die Geschichte, dass diese immer nur vorübergehenden und taktischen Charakter haben kann, weil auch eine liberal regierte Supermacht immer die Herrschaftszivilisation in der kapitalistischen Moderne verkörpert.

Eine sehr viel positivere Perspektive scheint auf, wenn man die jüngste außenpolitische Grundsatzrede Joe Bidens optimistisch interpretiert und aus der Absage an den Krieg der Saudis im Jemen und aus den fehlenden Drohungen gegen Iran den Ansatz einer Friedenspolitik in Nahost herausliest. Würden Israel und die USA ihre Blockkonfrontation zum Iran aufgeben, so entfiele auch deren Interesse, in den Konflikten der Region mitzumischen und wechselnde Bündnispartner gegeneinander aufzuwiegen. Das Erdoğan-Regime mit seinem aggressiven Neoosmanismus wäre nicht länger ein umworbener Alliierter, sondern ein isolierter Unruhestifter.

Ein Szenario, wie es kürzlich Professor Noam Chomsky in seinem Eröffnungsvortrag der Rojava Freedom lecture series an der Universität Rojava in Qamişlo vorstellte, wäre in greifbarer Nähe: ein Friedensregime, dass Nuklearwaffenfreiheit für die Staaten des Nahen Ostens garantiert, von der internationalen Gemeinschaft kontrolliert wird und auf allgemeine Abrüstung ausgeweitet wird.

Das laufende Jahr wird zeigen, wie realistisch diese Vorstellung ist. Leider bleibt das Bedürfnis des liberalen Herrschaftssystems nach Blockkonfrontation groß, da der kapitalistische Gesellschaftsvertrag gescheitert ist und das innenpolitische Konfliktpotential über Aufbau äußerer Feindbilder abgebaut werden muss.

Übertriebene Hoffnungen in den liberalen Regierungswechsel der Hegemonialmacht USA sind also unangebracht. Im Gegensatz könnte man argumentieren, dass die türkische Außenpolitik sehr viel entscheidender ist für die kurdische Bewegung und die demokratischen Kräfte der Region. Sollte es gelingen, dass das Erdoğan-Regime sich aufgrund seiner aggressiven Expansionspolitik selbst isoliert, so wäre auch dessen antikurdischer Feldzug gescheitert und ein breites Bündnis gegen diese Verkörperung von Nationalismus und Islamismus wäre möglich.

Die mit diplomatischen Aufgaben betrauten Akteur:innen der kurdischen Bewegung haben diese Sachverhalte schon lange analysiert und teilen das Bewusstsein, dass staatliche Akteure immer nur als gegebenes Übel zu behandeln sind, aber keine verlässlichen Verbündeten oder wohlmeinende Problemlöser sein können.

Wichtigste Adressaten einer Politik der Demokratisierung und friedlicher Koexistenz bleiben nicht Staaten, sondern die Zivilgesellschaften. Und hier, bei der Bevölkerung Kurdistans, der Türkei, Syriens, Israels, Iraks und Irans wird sich die Zukunft des Mittleren Ostens entscheiden. ♦

3 Vgl. https://twitter.com/Martin28Smith nach https://www.heise.de/tp/features/Dschihadist-im-Anzug-5049028.html

Wie das Fernsehen einer verloren geglaubten Gesellschaft wieder Leben einhauchte

Med TV: Geschichte des ersten kurdischen Fernsehsenders

Firaz Baran, Journalist

Der erste kurdische Fernsehsender Med TV ging 1995 auf Sendung und musste nach vier Jahren (1999) wieder geschlossen werden. Wie erlangte dieser Sender seine enorme Bedeutung für die kurdische Gesellschaft?

Med TV hat es geschafft, zu einer Art virtuellem Kurdistan zu werden. Die in Kurdistan gesprochenen Sprachen (Kurdisch, Assyrisch, Arabisch, Türkisch) und alle gelebten Glaubensrichtungen (Êzîdentum, Yaresan[1], Islam, Christentum) waren dort repräsentiert. Der Sender wurde daher zu einem Modell für Demokratie und Toleranz im Nahen Osten und zu einer Art kurdischer Enzyklopädie. Neben dem Alltag der Menschen wurden Geografie, Kultur und historische Orte in Kurdistan thematisiert und bekannte Persönlichkeiten zu Gesprächs- und Diskussionssendungen eingeladen. So war es Kurd*innen zum ersten Mal möglich, in ihrer eigenen Sprache mehr über ihre Kulturgeschichte zu erfahren.

Einige konkrete Beispiele der Programmarbeit des Senders:

- Der Journalist und Schriftsteller Faysal Dağlı produzierte zwei Sendungen mit dem Namen »Welatê Me« (»Unsere Heimat«) und »Şaristaniyên Mesopotamia« (Die Zivilisationen Mesopotamiens); in beiden wurden kurdische Städte und wichtige historische Orte vorgestellt.

- Der Filmproduzent und Autor Mehmet Aktaş kreierte die Sendung »Ronahî«. Dort lag der Fokus auf die in Georgien, Armenien, Russland, Kasachstan, Ägypten und Israel lebenden Kurd*innen, welche ihre Lebensrealität selbst darstellten.

- Der Journalist Cahît Mervan gestaltete eine Reihe namens »Sêla Sor« (etwa Heißes Eisen). Die Verbrechen des türkische Staates gegenüber der kurdischen Gesellschaft wurden darin öffentlich angeprangert. Unter anderem wurde über die Zeit zwischen 1984 und 1999, in der über 4000 kurdische Dörfer verbrannt und zerstört wurden, berichtet. Auch dass tausende kurdische Zivilist*innen und Intellektuelle eingesperrt, gefoltert und getötet wurden, floss in die Sendung mit ein. Durch »Sêla Sor« wurde somit eine Dokumentation der Menschenrechtsverbrechen des türkischen Staates erstellt.

- Der Sänger Şemdîn, der Musiker Husên Reber, der Dichter Hekîm Sefkan und der Theaterkünstler Barzan Shaswar arbeiteten am kulturellen Teil des Senders und produzierten vier verschiedene Musiksendungen. Es wurden tausende kurdische Lieder ausgestrahlt und archiviert.

Ein weiterer wichtiger Aspekt Med TVs war die Schaffung einer Plattform für die verschiedenen kurdischen Dialekte, wodurch die Menschen die Vielfalt der eigenen Sprache und Kultur erfahren und darstellen konnten. Die meisten Programme des Senders wurden in den meist verbreiteten kurdischen Dialekten Kurmancî und Soranî gehalten sowie in Kirmanckî und im goranischem Dialekt. Kirmanckî hatte für Dêrsim und den Sersor-Glauben auch eine religiöse Bedeutung wie auch der Gorani-Dialekt für den Yaresan-Glauben. Was für viele Nationen eine Selbstverständlichkeit ist – ihre eigene Kultur hören und sehen zu können – war für Kurd*innen zum ersten Mal in ihrer Geschichte erlebbar. Dies hatte eine enorme Wirkung auf die kurdische Gesellschaft.

Durch den Fernsehsender Med TV wurden drei verschiedene Alphabete zusammengebracht

Die kurdische Sprache wird auf dreierlei Arten geschrieben: lateinisch, arabisch und kyrillisch. Mit der lateinischen Schrift wird von Kurd*innen in der Türkei, mit der arabischen im Irak,

1 Im 14. Jahrhundert gegründete Religionsgemeinschaft in den kurdischen Gebieten im Grenzbereich Irak/Iran. Die Religion der Yaresan, auch Ahl-e Haqq genannt, weist neben schiitischen Facetten vor allem deutliche Elemente des Êzîdentums und Alevitentums auf.

Iran und in Syrien, mit Kyrillisch in der ehemaligen Sowjetunion geschrieben. Med TV stellte Bücher vor, die in allen drei Schriften gedruckt wurden, und besprach sie. Diese Reihe wurde von Burhan Karadeniz produziert, welcher 1992 Reporter der Zeitung »Özgür Gündem« war. Während seiner Arbeit als Journalist in Amed (türk. Diyarbakır) wurde er von paramilitärischen Einheiten in den Hals geschossen – seitdem war er querschnittsgelähmt. Als Med TV damals auf Sendung ging, setzte er seine journalistische Arbeit im Fernsehen fort, ohne sich durch seine Behinderung beeinträchtigen zu lassen.



Plakat der YXK – Yekîtiya Xwendekarên Kurdistan / Verband der Studierenden aus Kurdistan – von 1999 gegen die Angriffe auf Med TV. Foto: kr

Wie Med TV zu einer Enzyklopädie Kurdistans wurde

Die Zuschauer*innen entdeckten täglich neue und andere Seiten Kurdistans. Die kurdische Gesellschaft konnte erstmals Reportagen über ihre Städte, Schriftsteller*innen und ermordeten Intellektuellen sehen. Aus diesem Grund hat Burhan Karadeniz den Begriff »virtuelles Kurdistan« für Med TV geschaffen. Die Rundfunklizenz von Med TV wurde von der britischen ITC (»Incorporated Television Company«) ausgestellt, jedoch bereits im März 1999 – unmittelbar nach dem kurdischen Neujahrsfest Newroz – wieder zurückgezogen, wodurch der Fernsehsender seine Arbeit wieder einstellen musste. Am Tag der Schließung kamen alle Mitarbeiter*innen in der Cafeteria des Senders zusammen, um spontan eine Live-Pressekonferenz abzuhalten und den baldigen Sendestopp bekanntzugeben. Anschließend wurde die Nachrichtensprecherin Senem Güneşer live geschaltet, die den Zuschauer*innen erklärte, dies sei die letzte Nachrichtensendung, die Med TV übertragen könne. Danach wurde ein kurzer Abspann eingeblendet und die Übertragung wurde eingestellt. Die Staaten, die das Land der Kurd*innen besetzten, waren auch gegen die Errichtung eines virtuellen Kurdistans. Nach Meinung der Produzent*innen hatte die ITC eine politische und keine rechtliche Entscheidung getroffen.

Wie konnte dies geschehen? Nachdem am 15. Februar 1999 Abdullah Öcalan, der Repräsentant der kurdischen Gesellschaft und Vorsitzende der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), in einem internationalen Komplott entführt worden war, sah der türkische Staat die Möglichkeit, den kurdischen Freiheitskampf in seiner Gesamtheit zu besiegen. Sein erklärtes Ziel war, die Guerillabewegung zu zerschlagen, alle parlamentarischen für Kurd*innen eintretenden Parteien – wie zum Beispiel die »Partei der Demokratie des Volkes« (HADEP) – zu verbieten, ebenso wie alle zivilgesellschaftlichen Organisationen ähnlicher Ausrichtung. So wurde von staatlicher Seite Druck auf die HADEP und diverse Nichtregierungsorganisationen ausgeübt und die militärischen Angriffe auf die Guerilla in den Bergen massiv intensiviert. Der türkische Staat wollte verhindern, dass die kurdische Gesellschaft ein Bewusstsein über die eigene Geschichte und Kultur erlangen konnte. Den Menschen sollte vermittelt werden, dass die PKK am Ende ihrer Kräfte, Öcalan gefangen und die Guerilla vernichtet worden sei. Es sollte sich ein Bild von der Kapitulation der kurdischen Freiheitsbewegung und vom Ende des Kampfes verbreiten. Aus diesen Gründen wurde die ITC durch die britische Regierung unter Druck gesetzt und zu dieser Entscheidung, Med TV zu schließen, genötigt. Doch die Schließung von Med TV wurde eine Niederlage für den türkischen Staat selbst. Es gab hunderte

von türkischen Fernsehsendern, jedoch nur diesen einen kurdischen. Das Programm des Senders förderte die Entwicklung der kurdischen Gesellschaft und entlarvte somit die Propaganda des türkischen Staates.

Als die türkische Polizei auf Antennenjagd ging

Auf welche Art und Weise der türkische Staat versuchte, die kurdische Frage zu unterdrücken, zeigte sich insbesondere auch in absurd anmutenden Repressionsmaßnahmen gegenüber Med TV. Der Sender strahlte per Satellit sein Programm weltweit in 77 Länder aus. Auch in der Türkei konnte das Programm also (verbotenerweise) empfangen werden. So kam es, dass in Amed die Polizei jeden Tag Satellitenschüsseln von den Gebäuden entfernte, auf einem Polizeigelände sammelte und so bereits nach kurzer Zeit einen Hügel aus Satellitenschüsseln anhäufte. Es war wie eine zur Statue gewordene Karikatur, die die Politik des türkischen Staates anprangerte.

Wenn ältere Menschen Zeichentrickfilme sehen

Durch die Sendungen von Med TV rückte die Gesellschaft zusammen. Einer der wichtigsten Gründe dafür war, wie bereits erwähnt, dass die Sendungen zumeist auf Kurdisch ausgestrahlt wurden. Es waren jedoch nicht nur die wissenschaftlichen Berichte oder die Sendungen über historische Gebäude, sondern vor allem auch Zeichentrickserien, die die Menschen begeisterten. Dies lockte generationsübergreifend sowohl Kinder als auch alte Menschen vor die Bildschirme. Cartoons waren bereits zuvor in weiten Teilen der Gesellschaft sehr beliebt, doch nun zum ersten Mal gezeichnete Charaktere zu sehen, die sich in ihrer Muttersprache unterhielten, war für alle eine ganz neue Erfahrung. So war es kein seltenes Bild, dass Großeltern die ganze Familie aufforderten, alles stehen und liegen zu lassen, um gemeinsam die Sendung mit den animierten Bären, Füchsen und Elchen anzuschauen.

Med TV war für viele Kurd*innen eine Hilfe, sich selbst und die eigene Kultur besser kennenzulernen

Ich selbst bin ein Kurde aus dem nordkurdischen Gebiet Albistan (Elbistan), wo der Sersor-Glaube sehr weit verbreitet ist und es nur sehr wenige Muslime gibt. Erst durch die Fernsehsendungen von Med TV wurde uns damals bewusst, dass das jedoch in vielen Gebieten Kurdistans anders war. Dort hörten wir zum ersten Mal, dass sich Kurd*innen, je nachdem wo sie aufwuchsen, einer von zwölf verschiedenen Religionen angehörig fühlten, und dass es Kurd*innen gibt, die sich als Êzîden, Yaresanen, Juden oder Anhänger des zoroastrischen Glaubens verstanden. Wie viele andere auch hatten wir bis dahin geglaubt, dass Kurd*innen eine einheitliche ethnische Minderheit seien, die es nur noch in unserem Gebiet gebe. Erst durch das Fernsehen erfuhren wir, dass zum Beispiel gar keine universelle kurdische Sprache existierte, sondern nur vier Hauptdialekte mit unzähligen Unterdialekten. Die im Fernsehen vorgestellten Bücher ließen uns erfahren, dass sich die historischen Siedlungsgebiete unserer Vorfahren nicht nur über die Türkei, sondern auch den Irak, Iran und Syrien erstreckten und Kurdistan in vier Teile geteilt war. Med TV bildete damit auch die ganz neue Möglichkeit, sich mit Menschen aus den anderen Teilen Kurdistans auszutauschen. Für mich und allgemein für meine Generation war der Sender so etwas wie eine Schule, da wir durch ihn überhaupt erst lernen konnten, wie unsere Muttersprache geschrieben und gelesen wurde.

Wie das kurdische Fernsehen wuchs

Med TV begann bei seiner Gründung zunächst mit nur 13 Mitarbeiter*innen. Nur einer von ihnen hatte bereits Erfahrung und kam beruflich tatsächlich aus dem TV-Bereich, und nur eine zweite Person hatte damals bereits ein wenig journalistische Erfahrung. Als ich dann zwei Jahre später dazu stieß, gab es bereits über 250 Mitarbeiter*innen, von denen jedoch insgesamt nur fünf eine Ausbildung im TV-Bereich hatten.

Mit Ausnahme dieser wenigen haben sich alle anderen journalistisches Arbeiten und die weiteren für den Betrieb notwendigen Fähigkeiten bei Med TV selbst aneignen müssen. Wer von nun an im Sender mitarbeiten wollte, musste zunächst lernen, Nachrichten zu schreiben, Interviews zu führen, Programme zu präsentieren und Dokumentationen vorzubereiten. Lediglich zwischen den Jahren 1995 und 1997 wurde mit einem belgischen Fernsehsender eine Vereinbarung getroffen, dass einige Mitarbeiter von Med TV einen kurzen Einblick in Beleuchtung, Montage, Ton, Regie, Kameraführung bekommen können. Das fand letztlich auch statt, wobei jedoch der belgische Sender darauf bestand, dass die Zusammenarbeit kurz sei und sie nicht öffentlich bekannt gemacht werden dürfe.

Es waren insbesondere junge Menschen aus Kurdistan, die an der neuen Arbeit im Fernsehen teilnahmen und sich dort allmählich in alle technischen Bereiche einarbeiteten. Zu Jahresbeginn 1998 bestand das gesamte technische Fernsehteam dann bereits nur noch aus kurdischen Jugendlichen.

In diesem Zusammenhang ist mir wichtig zu betonen, dass die heute existierenden dutzenden kurdischen Fernsehsender alle auf der Vorarbeit Med TVs beruhen. Von vermeintlich einfachen Dingen, wie das Erwerben einer Satellitenlizenz

oder die Auswahl eines passenden Gebäudes, bis hin zur Lichtgestaltung für eine Konzert in einem Stadion usw.: In dieser Hinsicht war Med TV für die Nachfolgenden eine Art Berufsschule.

Hunderte von Menschen konnten diese Möglichkeit nutzen und erlernten verschiedene Berufe und boten der kurdischen Öffentlichkeit die Möglichkeit, sich von der Abhängigkeit der arabischen, türkischen und persischen Sprache zu lösen. Die bisherigen Fernsehsender waren dazu da, die Ideologie der jeweiligen Staaten zu verbreiten und insbesondere auch Kurd*innen zu assimilieren. Diese wurden in vielen Sendungen als Terroristen, Separatisten und Banditen dargestellt und so zu einer Gesellschaft zweiter Klasse herabgestuft. Gleichzeitig sollten diese Sender auch die Existenz kurdischer Gebiete, Städte und Menschen leugnen und dem Vergessen anheimfallen lassen. Med TV war somit nicht einfach nur ein Fernsehsender unter vielen, sondern vor allem eine Antwort auf Verleugnung und Assimilation. Er brachte Kurdistan in all seinen Farben und seiner Vielfalt auf die Bildschirme, wodurch der türkische, arabische und persische Kolonialismus offengelegt wurden. In dieser Hinsicht folgte der Sender einer antikolonialen Haltung, die nicht stumpfe Propaganda auf Basis von Nationalismus verbreitete, sondern den Menschen Informationen und Fakten zur Verfügung stellte, um sich eine eigene Meinung bilden zu können. Erst so wurde allgemein bekannt, dass kurdische Dörfer niedergebrannt wurden, die Religion vieler Kurd*innen kriminalisiert wurde, Kurdistan selbst immer weiter besetzt wurde und dass letztlich alle kurdischen Dialekte zur einzig verbotenen Sprache in der Türkei erklärt wurden. Med TV ermöglichte erstmalig, dass Menschen weltweit dies alles verfolgen und aktiv werden konnten.



Gurbetelli Ersöz spielte sowohl bei der Entwicklung des Frauenbefreiungskampfes als auch im Kampf der freien Medien eine wichtige Rolle. Foto: Newaya Jin

Zum Schluss muss auch noch auf die Situation der Frauen beim Aufbau des kurdischen Fernsehens eingegangen werden, da ohne deren Erwähnung viel von dem fehlen würde, wofür Med TV eigentlich stand. Frauen waren nie nur in den Arbeitsbereichen Moderation, Kamera und technische Arbeiten tätig, sondern sie waren von Anfang an stets mit einer Mindestquote von 50 Prozent an der redaktionellen Arbeit beteiligt. Ein weiterer Grundsatz bis heute ist, dass die Frauen selbst entscheiden, in welchen Arbeitsbereichen sie tätig werden. Das sind nur zwei der Prinzipien, die die meisten kurdischen Fernsehsender bis heute verfolgen, da sich die Sender letztlich als Teil einer Gesellschaft verstehen, die von einer unterdrückten feudalen hin zu einer freien und gleichberechtigten Gesellschaft strebt. Hier sei besonders eine Frau erwähnt, die die Arbeit bei Med TV damals mit geleitet hat und bis heute ein großes Vorbild ist: Gurbetelli Ersöz war die erste Chefredakteurin des Senders in der Türkei und Nordkurdistan, gleichzeitig war sie auch die Hauptverantwortliche für die Veröffentlichung der Zeitung »Özgür Gündem«. Nachdem sie als Vorreiterin der Gesellschaft ständig durch die Repression des türkischen Staates betroffen war und viel Zeit im Gefängnis verbringen musste, schloss sie sich der Guerilla an. Auch dort war sie jahrelang, insbesondere als Vorbild für freie Frauen, aktiv, bis sie 1998 im Kampf gegen den türkischen Staat gefallen ist.

Wer sich also intensiver mit der Geschichte des Fernsehsenders Med TV auseinandersetzt, wird schnell merken, dass es sich dabei nicht um einen gewöhnlichen Fernsehsender handelt, sondern um ein Stück Widerstandsgeschichte. Er hat über die wenigen Jahre, die er senden durfte, viel Wandlung erlebt. Er war sowohl Bildungsort und Schule, als auch auch Symbol der Hoffnung einer ganzen Gesellschaft geworden. Die heute existierenden dutzenden kurdischen Fernsehsender mit Einschaltquoten auf der ganzen Welt sind aus der medialen Welt nicht mehr wegzudenken, genauso wie heute niemand mehr die Kultur, Geschichte und vor allem die Existenz der kurdischen Gesellschaft verleugnen kann. ♦

Firaz Baran war von 1997 bis 2007 Reporter für Med TV, Medya TV und Roj TV und arbeitete ebenfalls als Synchronsprecher.

Der Kampf für die Freiheit von Abdullah Öcalan findet weltweit Gehör

Internationale Solidarität ist der Schlüssel im Kampf für die Freiheit Öcalans

Interview mit Mahmoud Patel, Vorsitzender der KHRAG

Die mittlerweile seit mehreren Jahren laufende, weltweite Kampagne mit dem Namen »Free Ocalan«, wurde von der Internationalen Kampagne »Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan« ins Leben gerufen. Seit 2016 haben sich 14 Gewerkschaften aus dem Vereinigten Königreich dazu entschlossen, sie zu unterstützen. Nun haben auch die »Kurdish Human Rights Action Group« (KHRAG) in Südafrika, gemeinsam mit dem südafrikanischen Gewerkschaftsdachverband »Congress of South African Trade Unions« (COSATU), den Beschluss gefasst, sich an der Kampagne zu beteiligen. Sie fordern unter anderem durch einen gemeinsamen Brief dazu auf, die internationale Kampagne »Die Zeit ist reif: Freiheit für Abdullah Öcalan – Für einen gerechten Frieden in der Türkei« zu unterstützen. Für den offenen Brief[1] an den Generalsekretär der Vereinten Nationen (UN), António Guterres, werden Unterschriften von Organisationen und Einzelpersonen gesammelt.

Im folgenden drucken wir einen Auszug eines Interviews ab, das Jihan Belkin von der Nachrichtenagentur ANHA mit Mahmoud Patel, Vorsitzender der KHRAG, geführt hat.

Welches Ziel hatten Sie vor Augen, als sich Ihre Organisation dazu entschlossen hat, die internationale Kampagne »Die Zeit ist reif: Freiheit für Abdullah Öcalan – Für einen gerechten Frieden in der Türkei« zu unterstützen, was sehen Sie insbesondere in der aktuellen Zeit als notwendig an?

Das oberste Ziel der Kampagne, das auch den prinzipiellen Grund unserer Unterstützung darstellt, ist die Freilassung von Herrn Abdullah Öcalan. Diese Kampagne, die gemeinsam mit der KHRAG und der größten Gewerkschaft in Südafrika, COSATU, gestartet wurde, richtet sich direkt an den Generalsekretär der Vereinten Nationen (UN). Somit soll sichergestellt werden, dass die Freilassung von Herrn Öcalan direkt auf die Tagesordnung der UN gesetzt wird und dass diese sich dazu entscheidet, durch ihre Institutionen und Mitgliedsstaaten direkten Druck auf die Türkei, einem Gründungsmitglied der UN, auszuüben. So soll die Freilassung Herrn Öcalans erreicht werden, um einen politischen Prozess des Friedens und der Gerechtigkeit in der Türkei und der Region beginnen zu können, erreicht werden. Im Sinne des Friedens und der Stabilität in der Region fordern wir den UN-Generalsekretär dazu auf, das CPT (Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe) sowie das OHCHR (Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte) einzuschalten. Diese Komitees sollen sofort die Haftbedingungen von Herrn Öcalan im Rahmen der UN-Konvention, welche von der Türkei im Jahre 1998 unterzeichnet und ratifiziert worden war, untersuchen und intervenieren.

Des Weiteren fordern wir den UN-Generalsekretär dazu auf, die Autorität seines Amtes zu nutzen, um sich selbst für die sofortige Freilassung des Repräsentanten der kurdischen Gesellschaft, Abdullah Öcalan, einzusetzen. So fordern wir die UN-Generalversammlung, insbesondere in dieser kritischen Phase, nachdrücklich dazu auf, eine Initiative zu starten, die es ermöglichen soll, dass die Friedensgespräche wieder aufgenommen werden. Außerdem muss die türkische Regierung dazu verdonnert werden, ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen einzuhalten.

Es ist notwendig, die internationale Solidarität für die Freilassung von Herrn Öcalan zu mobilisieren, da wir jetzt in eine Phase der Aggression der Türkei und ihres Imperialismus eintreten, die offen feindselig gegenüber dem kurdischen Volk ist und ihre aggressive Politik in der gesamten Region, bis nach Afrika verschärft. Erinnern Sie sich daran, dass unsere Freiheit in Südafrika überhaupt erst durch internationale Solidarität und Druck auf die UNO, sowie durch Lobbyarbeit bei anderen fortschrittlichen Bewegungen und Organisationen erreicht werden konnte.

1 http://anfabone.com/anfdeutsch/Offener%20Brief%20der%20internationalen%20Kampagne%20-Die%20Zeit%20ist%20reif-.pdf



Weltweit ist die Forderung »Freiheit für Abdullah Öcalan« wahrzunehmen; immer mehr Menschen gehen gegen seine Isolation auf der Gefängnisinsel Imralı auf die Straße. Foto: anf

Was für eine Bindung hat Ihre Organisation zur Person Abdullah Öcalans, dass Sie sich so intensiv mit ihm beschäftigen und sich für seine Freiheit einsetzen?

Nun, das geht schon sehr weit zurück. Im Februar 1997 trafen wir eine Delegation der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Sie traten in Kapstadt an uns heran, da sie nach Unterstützung suchten, um politisches Asyl für Herrn Öcalan zu erhalten, der im Nahen Osten und in Europa verfolgt wurde. Nach Rücksprache mit Mitgliedern des südafrikanischen Kabinetts unter Nelson Mandela wurde grundsätzlich vereinbart, dass ihm politisches Asyl gewährt würde, wenn er den Weg nach Südafrika finden könnte. Wir bildeten daraufhin ein Begrüßungskomitee, um Herrn Öcalan in Südafrika willkommen zu heißen und seinen Antrag auf politisches Asyl zu ermöglichen. Im Februar 1999, als er auf dem Weg von Europa nach Südafrika war und in Kenia landete, wurde er in einer Geheimoperation von Mitgliedern der Geheimdienste Großbritanniens, Amerikas und Israels entführt. Er wurde an den Geheimdienst der Türkei übergeben, wurde des Hochverrats angeklagt und zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde später in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt.

Nach der Verhaftung von Herrn Abdullah Öcalan haben wir unser Begrüßungskomitee in die KHRAG umgewandelt, um die Menschenrechtsverletzungen am kurdischen Volk in der Türkei und die Haftbedingungen von Herrn Öcalan zu überwachen. Das erklärt ungefähr wie es dazu kam, dass wir involviert wurden. Wir in Südafrika haben demnach die moralische und politische Verpflichtung dafür zu sorgen, dass Öcalan freigelassen wird, damit er – wie Mandela – für sein Volk die Menschenwürde, die Grundfreiheiten und die grundlegenden Menschenrechte in einer demokratischen Gesellschaft sichern kann. Es gibt auffallende Ähnlichkeiten zwischen dem Kampf des kurdischen Volkes für das Recht auf Selbstbestimmung und dem Kampf, den das unterdrückte Volk Südafrikas in seinem Kampf um Selbstbestimmung von der Apartheid zur Demokratie erlebt hat. Beide Völker wurden im Land ihrer Herkunft ihrer Grundfreiheiten und grundlegenden Menschenrechte beraubt. Beide Völker wehrten sich mit friedlichen Mitteln gegen die Verletzung ihrer Rechte, aber die Regime verboten ihre legitimen Organisationen und kriminalisierten ihre legitimen Repräsentanten. Sowohl das unterdrückte Volk der SüdafrikanerInnen vertreten durch den »African National Congress« (ANC) und den »Pan Africanist Congress« (PAC), als auch das kurdische Volk vertreten durch die PKK begannen bewaffnete Kämpfe für die Befreiung ihrer Völker; Nelson Mandela, der in den Untergrund gegangen war, um den bewaffneten Kampf zu führen, wurde von den amerikanischen Geheimdiensten verraten, während Abdullah Öcalan von den Geheimdiensten Amerikas, Großbritanniens und Israels verraten wurde.

Sowohl Mandela als auch Öcalan wurden wegen Hochverrats angeklagt und zu lebenslanger Haft verurteilt und beide wurden auf einer Insel inhaftiert – Mandela auf Robben Island und Öcalan auf der Insel Imralı. Beide initiierten von ihren Gefängniszellen aus Gespräche mit den jeweiligen Regimen zur Lösung des Konflikts mit friedlichen politischen Mitteln. Mandela wurde nach 27 Jahren Haft entlassen, um sein Volk zu Freiheit und Demokratie zu führen, und im Fall von Öcalan ist er nach zwei Jahrzehnten noch immer im Gefängnis, und seine Haftbedingungen sind noch unaushaltbarer als die von Mandela.

Nach nunmehr 22 Jahren der Isolation in dem Hochsicherheitsgefängnis auf Imralı im Marmarameer, versucht der türkische Staat noch immer die Realität zu ignorieren. Auch auf die Besuche und den letzten Bericht vom August 2020 des CPT, in dem es auf die unhaltbaren Haftbedingungen Herrn Öcalans hinweist, zeigt der türkische Staat keine Reaktion. Im Gegenteil wurde kurz darauf ein weiteres sechsmonatiges Besuchsverbot ausgesprochen. Wie ordnen Sie diese Situation ein?

Das ist die Reaktion eines Staates, der die Menschenrechte und die Demokratie nicht schätzt und das internationale Recht nicht respektiert. Obwohl die türkische Republik eines der Gründungsmitglieder der UNO ist, verstößt sie selbst gegen Resolutionen und internationale Konventionen der UNO.

Eine weiteres Zeichen einer verfehlten bzw. mangelnden politischen Haltung ist, dass der türkische Staat noch immer, anscheinend ernsthaft, den Beitritt zur EU anstrebt. Die Berichte des CPT über die Menschenrechtsverletzungen im Gefängnis sowohl auf der Insel Imralı, als auch allgemein in den Gefängnissen der Türkei, aber auch die Entscheidungen des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs über die Menschenrechtsverletzungen an Herrn Öcalan, den anderen Inhaftierten auf Imralı, sowie an allen politischen Gefangenen in der Türkei, werden einfach komplett ignoriert, als wären sie überhaupt gar nicht erst existent.

Der fehlende Druck auf diesen Staat seitens der UN und der EU, ihrer Mitglieder, der USA, Großbritanniens und der NATO, die Menschenrechte und das Völkerrecht einzuhalten, ermöglicht es der Türkei auch, mit den Menschenrechtsverletzungen gegen die kurdischen BürgerInnen als politische Gefangene und die kurdische Bevölkerung im Allgemeinen fortzufahren.

Der Hungerstreik ist bereits seit Jahrzehnten ein Mittel des Widerstands, den viele politische Gefangenen genutzt haben. So auch der aktuell andauernde Hungerstreik in den türkischen Gefängnissen, der mittlerweile von Menschen aus vielen anderen Ländern unterstützt wird; es gibt auch bereits einige Menschen in Südafrika, die sich solidarisieren. Wie bewerten Sie diese Art des Kampfes in Bezug auf Abdullah Öcalan?

Internationale Solidarität ist der Schlüssel zu diesem Kampf. Hungerstreiks wie der, der vor einigen Wochen begonnen hat, juristische Kampagnen, um zum Beispiel die Türkei wegen Verbrechen an der Menschlichkeit anzuklagen, Kampagnen zur Freilassung Abullah Öcalans oder Lobbyarbeit bei Regierungen weltweit muss es geben und müssen immer weitergehen. Es muss sie auf allen Ebenen, von der regionalen bis hin zur globalen, geben.

In Südafrika haben die internationale Solidarität, die Kampagne zur Freilassung Mandelas, die Lobbyarbeit bei Regierungen und globalen sowie regionalen Organisationen, Hungerstreiks, Wirtschafts-, Sport- und Kulturboykotte und mehrgleisige Ansätze unseres Kampfes schließlich zu politischer Freiheit und einer Garantie unserer Menschenrechte geführt. Es hat viele Jahre gedauert und wir sind trotz Rückschlägen entschlossen, diszipliniert und widerstandsfähig geblieben. Wir dürfen niemals die Hoffnung verlieren, dass wir mit der Forderung der Freilassung von Herrn Öcalan Erfolg haben werden.

Was ist notwendig, um bessere Ergebnisse von solchen Aktivitäten erzielen zu können? Wen möchten Sie insbesondere durch Ihre Kampagne zur Beteiligung aufrufen?

Wenn Kampagnen für die Freiheit von Herrn Abdullah Öcalan initiiert werden, müssen sich alle fortschrittlichen Organisationen gegenseitig unterstützen, damit der Druck und der Schwung aufrechterhalten werden. Wir müssen mit allen Programmen unerbittlich weitermachen, bis wir Ergebnisse erzielen. Für diese Kampagne rufen wir alle fortschrittlichen Organisationen und Einzelpersonen dazu auf, unseren Aufruf zu unterstützen! ♦

Die Zapatistas kommen, um Kontakt mit den Kämpfenden weltweit aufzubauen

Die zapatistische Weltreise der Hoffnung

Paulo Pawel

Die Zapatistas werden eine Weltreise machen. Sie haben angekündigt, alle Kontinente zu bereisen, um die Widerständigen und Kämpfenden der Erde zu treffen, ihre Realitäten und Kämpfe kennenzulernen und mit ihnen – mit uns – über mögliche gemeinsame Schritte im Kampf gegen das globale System der kapitalistischen Zerstörung und für eine gerechte Welt in Freiheit zu diskutieren.

Wer sind die Zapatistas?

Die Zapatistas sind eine revolutionäre, antikoloniale und sozialistische Bewegung in Mexiko, die im Bundesstaat Chiapas im Süden des Landes seit nun 27 Jahren ein selbstverwaltetes Gebiet verteidigen. Auf diesem Gebiet wird, ähnlich den Prinzipien des demokratischen Konföderalismus, auf der Basis von Demokratie von unten, indigenen Rechten, Frauenbefreiung, einer ökologischen Lebensweise und einer solidarischen Ökonomie eine gesellschaftliche Alternative zum kolonialistischen mexikanischen Zentralstaat und dem dahinter stehenden neoliberal-kapitalistischen Weltsystem aufgebaut.

Die Prinzipien sind Selbstorganisierung von unten, Selbstbestimmung der Völker, Befreiung der Frauen und nichtbinären Identitäten und ein Leben im Einklang mit »Madre Tierra« (Mutter Erde). Auf dieser Grundlage werden in den zapatistischen Gemeinden alle Bereiche der Gesellschaft von der politischen Verwaltung über Gesundheit, Kultur, Bildung, Landwirtschaft, Justiz, Produktion und Handel bis zur Selbstverteidigung von der Basis (größtenteils indigene Bäuer*innen) selbst in die Hand genommen.

Die indigenen Völker in den zapatistischen Gebieten sind fünf Nachkommen-Völker der Mayas. Nach Jahrtausenden der Maya- und anderer indigener Hochkulturen waren ab Ende des 15. Jahrhunderts die Europäer wie gierige Barbaren in Lateinamerika eingefallen.

Nach mehreren Jahren Krieg und Genozid des spanischen Kolonialismus gegen die indigenen Völker Mittelamerikas erklärte der spanische Konquistador Cortés im Jahre 1521 die Indigenen für »besiegt«. Das ist ein wichtiger Punkt, auf den wir später noch zurückkommen werden.

Seitdem folgten 500 Jahre Unterdrückung, Ausbeutung, Erniedrigung und Vernichtung der indigenen Völker durch den Kolonialismus aus Europa und später Nordamerika.

Eine für die Zapatistas und die Geschichte Mexikos wichtige Entwicklung war die mexikanische Revolution im Jahr 1910, gegen den autoritären bourgeoisen Diktator Porfirio Díaz. In ihr kämpfte auch der Sozialrevolutionär Emiliano Zapata, halb indigener und halb weißer Abstammung, für indigene Rechte und sozialistische Prinzipien. Er führte im Süden des Landes (zusammen mit Pancho Villa im Norden) mit einer Armee, die sich überwiegend aus Landarbeitern rekrutierte, einen erfolgreichen Guerillakrieg gegen die Armee des Diktators. Allerdings wurde Emiliano Zapata 1919 von Konterrevolutionären ermordet. Von ihm stammt der berühmte Satz: »Es ist besser, aufrecht zu sterben, als auf Knien zu leben.«

Die Zapatistas beziehen sich mit ihrem Namen auf ihn und sehen ihre Revolution in der Tradition der revolutionären Bewegung um Emiliano Zapata.

Aber wie war das denn nun mit der zapatistischen Revolution?

Mit dem 1. Januar 1994 begann der zapatistische Aufstand. Bewaffnete Kräfte der EZLN (Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung) besetzten die fünf größten Städte in Chiapas, erklärten diese für befreit und riefen die Selbstverwaltung aus. Das Datum war nicht zufällig gewählt – an diesem Tag trat das neoliberale Freihandelsabkommen NAFTA (North American Free Trade Agreement) zwischen den USA, Kanada und Mexiko in Kraft. Das Abkommen beinhaltete unter anderem die Privatisierung von kollektivem Land und damit die Zer-



Ya Basta

störung der indigenen Lebensweise. Es war ein Abkommen zur Entrechtung der Menschen und Ausbeutung der Natur in Mexiko zugunsten der kolonialen Interessen des transnationalen Kapitals. Die Zapatistas setzten mit dem symbolträchtigen Datum des Aufstands ein klares Zeichen: »Ya Basta!« (Es reicht!) − bis hierher und nicht weiter. Und das in einer Zeit, in der der Realsozialismus zusammengebrochen, der Neoliberalismus auf dem Vormarsch war und das Märchen vom »Ende der Geschichte« von den Herrschenden verbreitet wurde, um die Hoffnung auf Alternativen zum Kapitalismus zu zerstören.

Die zapatistische Revolution begann jedoch nicht erst, als sie öffentlich in Erscheinung trat. Dem Aufstand gingen 10 Jahre klandestine Organisierungs- und Aufbauarbeit mit der Bevölkerung im Süden voraus.

Es begann mit einer kleinen Gruppe maoistischer Studierender aus Mexiko-Stadt, die nach Chiapas kamen, um dort den Guerillakampf zu starten. Nur stießen sie dort relativ schnell an ihre Grenzen, hatten sie doch keine Erfahrung mit dem Leben im Urwald, keine Verbindungen zur lokalen Bevölkerung und keinerlei Kenntnisse über die Sprache, Kultur, Philosophie und Lebensweise der indigenen Bauern. Es stellte sich heraus, dass die Revolution wohl doch etwas anders vonstatten gehen musste, als sie es sich auf Grundlage der studierten Theorie ausgemalt hatten. Doch weil das günstige Prinzip mit den Gerechten und Ehrlichen ist, machte die junge Gruppe aus der Stadt eine entscheidende und im Rückblick historische Begegnung: In einem Dorf im Urwald (»Selva Lacandona«) trafen sie auf den »Alten Antonio«. Oder wahrscheinlich traf dieser eher auf sie. Der »Alte Antonio« war ein indigener Weiser, der in der mexikanischen Revolution von 1910 mit Zapata gekämpft hatte. War er am Anfang noch verwundert und irritiert von den jungen Städtern, die von Dingen sprachen, die er nicht verstand, entwickelten sie mit der Zeit eine Freundschaft zueinander. Er half ihnen maßgeblich dabei, in der Umgebung zurecht zu kommen und lehrte sie viel über das Leben. Durch Indigene wie ihn lernten die sozialistischen Studierenden die Sprache, Lebensweise und Mentalität der lokalen Bevölkerung kennen. Sie fingen an, als Revolutionäre die Bevölkerung zu organisieren. Sie lernten viel vom Volk, und das Volk lernte von ihnen. Und so wurde der Zapatismus eine Synthese aus Sozialismus und indigener Lebensweisheit.

Ein Prinzip der zapatistischen Politik ist die Basisdemokratie. Und so befragte die EZLN vor dem Aufstand die Bevölkerung der Region zu ihrem Einverständnis. Und auch nach dem Aufstand wurde diese Politik beibehalten, sodass das zapatistische Prinzip »Befehlend Gehorchen« Programm ist. An vielen Ortseingangsschildern zapatistischer Gemeinden ist die Aufschrift zu lesen »Hier befiehlt das Volk und die Regierung gehorcht«.

Eine wichtige Methode ihrer Politik sind die Befragungen, die sie mit viel Aufwand und Mühe durchführen, um den Willen des Volkes zu ermitteln. Das zapatistische Motto lautet »Alles für alle, nichts für uns«. Und so befragten sie nach dem Aufstand mexikoweit das Volk, wie es jetzt weitergehen solle. Das Ergebnis davon war: »Geht den politischen Weg, legt die Waffen nieder, aber gebt sie nicht ab!«

Und das taten die Zapatistas. Sie stellten unter anderem Forderungen zu indigenen Rechten, Frauenrechten, Demokratie und Gesundheit an die Regierung und gingen in jahrelange Verhandlungen.

Doch die Angriffe des Staates hörten nie auf. Mit einem »Krieg niedriger Intensität«, der mit offiziellen Kräften des mexikanischen Militärs sowie mit bezahlten »Narcos« (Drogenkartellen) und paramilitärischen Gangs geführt wird, versucht der Staat die Selbstverwaltung dauerhaft zu schwächen, zu zermürben und zu provozieren.

Die Zapatistas wollten von Anfang an eine mexikoweite Bewegung sein, ohne dass die verschiedenen Teile ihre Eigenheiten aufgeben müssten. Sie luden direkt zu Beginn der

Bewegung die Zivilgesellschaft zu sich nach Chiapas ein. Im Jahr 1995 wurde auf ihre Initiative hin der Congreso Nacional Indígena (CNI) gegründet, ein Bündnis aller indigenen Völker/Ethnien Mexikos, um ihre Zersplitterung zu überwinden. Zum ersten mal in der Geschichte kämpfen seitdem indigene Völker nicht vereinzelt, sondern zusammen für ihre Rechte.

Die erste Maßnahme in den Gemeinden nach der Ausrufung der Selbstverwaltung war das revolutionäre Frauengesetz (1993). Es besagte, dass Alkohol und Drogen mit sofortiger Wirkung verboten wurden. Die Frauen hatten das durchgesetzt, da sie erlebten, dass trinkende oder kiffende Männer gewalttätig oder faul werden und die Leidtragenden davon dann die Frauen und die Kinder sind.

Die zapatistische Revolution war von Anfang an auch eine Frauenrevolution. Von Beginn an kämpften Frauen in der EZLN mit, auch als Comandantas, und bis heute spielen sie eine Vorreiterinnenrolle und nehmen eine zentrale Position in der zapatistischen Revolution ein. In allen Bereichen gibt es autonome Frauenstrukturen, die Teil der allgemeinen Strukturen sind, aber unabhängig über sich selbst entscheiden.

Direkt von Beginn an sind die Zapatistas international bekannt geworden. Als erste revolutionäre Bewegung nutzten sie aktiv das Internet und dadurch gab es schon nach nur wenigen Tagen überall auf der Welt Solidaritätsdemonstrationen. Sie veranstalteten mehrere internationale Kongresse in Chiapas, sogenannte »Intergalaktische Treffen« oder Kunst- und Frauentreffen, wozu jeweils mehrere tausend Menschen aus allen Ländern der Welt angereist kamen. Als ein Ergebnis des ersten Intergalacticos 1996 ist beispielsweise Indymedia als weltweites Medium von links und unten aufgebaut worden.

Die Zapatistas sind seitdem immer wieder mit spektakulären Aktionen in die Öffentlichkeit getreten.

Nach ihrer Analyse ist es notwendig, dass man sich nicht in die Ecke drängen lassen darf, sondern offensiv nach außen gehen muss, wenn man überleben und wachsen will.

In diesem Sinne und vor dem Hintergrund der Zuspitzung der weltweiten Verhältnisse ist auch die Initiative ihrer Weltreise zu verstehen.

Was wollen die Zapatistas?

Die Zapatistas wollen eine weltweite Organisierung der antisystemischen Kräfte. Sie sagen, dass das globale kapitalistische System nur erfolgreich bekämpft werden kann, wenn wir − die Widerständigen, die an verschiedenen Orten auf der Welt daran arbeiten, eine Alternative zum Kapitalismus zu schaffen − dies gemeinsam und organisiert tun.

Ausgangspunkt davon ist auch, dass ihre indigene Selbstverwaltung in den befreiten Gebieten in Chiapas immer stärker angegriffen wird und sie langfristig nicht als revolutionäre Insel im weltweiten kapitalistischen Sumpf bestehen werden können, ähnlich wie auch die befreiten Gebiete in Kurdistan. Deshalb wollen sie mit ihren Verbündeten, welche für sie alle gegen den Kapitalismus Widerständigen von unten und links sind, eine Organisierung des weltweiten antikapitalistischen Kampfes, eine Internationale der Hoffnung aufbauen. So sollen die Territorien und Gesellschaften der Welt befreit werden und eine gerechte Alternative zum System des Todes und der Zerstörung, das sie in ihren Gemeinden existentiell bedroht, aufgebaut werden.

Mit »People‘s Global Action« (PGA) gab es schon einmal ein weltweites Netzwerk antikapitalistischer Kräfte, die sich inspiriert von der zapatistischen Revolution und infolge eines internationalen Treffens in Chiapas 1998 zusammengeschlossen hatten und ein paar Jahre lang sehr erfolgreich arbeiteten. Dort waren von Landlosen aus Brasilien über Fischer aus Westafrika bis zu indischen kämpfenden Frauen viele verschiedene antikapitalistische Kräfte aus der ganzen Welt organisiert. Gescheitert und zerfallen ist PGA letztendlich maßgeblich an der Unorganisiertheit Europas.

Im Sommer 2018 hatten die Zapatistas wieder eine erste Initiative für eine weltweite Organisierung gestartet. Sie schickten vier Fragen an alle, mit denen sie in der Welt vernetzt waren, mit der Aufforderung, diese zu diskutieren, zu beantworten und ihnen die Antworten zukommen zu lassen.[1] Danach wollten sie zu bilateralen Gesprächen nach Chiapas einladen, um auf Grundlage der Antworten eine weltweite Organisierung zu diskutieren. Nur leider kam dazu wenig Rückmeldung, vor allem aus Europa. Die Gründe dafür sind wohl in der Individualisierung und Entfremdung der Menschen und auch der Linken in täglichem Leben und politischem Kampf hierzulande zu suchen.

Die Zapatistas brauchen aber die weltweite Organisierung. Auch ganz konkret, weil sie in ihrem Aufbau immer stärker angegriffen werden, da Kapital und Staat in Mexiko nun planen, mit wahnsinnigen neoliberalen Megaprojekten ihr Gebiet und andere indigene Territorien zu zerteilen, um die profitorientierte Ausbeutung der Ressourcen und der Menschen dort durchzusetzen. Also gehen sie den nächsten Schritt – sie kommen zu uns. Sie werden alle Kontinente bereisen. Europa zuerst, danach Afrika, Asien, Süd- und Nordamerika, Australien, Antarktis. Doch was wollen sie, was werden sie hier machen?

1 https://www.chiapas.eu/news.php?id=10014

Die Zapatistas kommen nicht um sich zu präsentieren, sondern um Kontakt mit den Kämpfenden hier aufzubauen. Sie wollen an unseren Kämpfen teilnehmen, uns kennenlernen, uns in den Kämpfen kennenlernen, mit uns reden und uns unterstützen. Ihre Initiative können wir auch als Aufforderung verstehen, voranzukommen mit der Organisierung.

Sie wollen uns begegnen und sich mit uns verbinden. Ihr Motto ist: »Es ist nicht nötig, die Welt zu erobern, es reicht, sie neu zu erschaffen. Durch uns. Heute.« Das ist es, wofür sie kommen.

Was wird konkret geplant und wie kann mensch sich einbringen?

Es wird Aktionen, Begegnungen, Gespräche, Veranstaltungen, Demos und Feste geben.

Die bundesweite Koordination hierfür war ursprünglich das Ya-Basta-Netz für Solidarität und Rebellion, das seit 1996 mit den Zapatistas zusammenarbeitet, ist aber mittlerweile zu einem erweiterten Koordinationskreis mit anderen Strukturen angewachsen.

Es haben sich regionale, bundesweite und in einem Fall europaweite AGs gebildet: FLINT*/Feminismus, Klima/Umwelt, alternative Landwirtschaft, Antikolonialismus, Antifaschismus und Antirassismus.

Darüber hinaus gibt es infrastrukturelle und technische AGs, die für die Organisation der Reise notwendig sind. Und es wird noch jede Hilfe benötigt!

Die Organisation der Reise hat jetzt schon zum Teil den von den Zapatistas gewünschten Effekt, da hierfür viele Menschen regional, bundesweit und europaweit zusammenkommen, einander besser kennenlernen, sich zu bestimmten Themen oder Aufgaben zusammenschließen, miteinander diskutieren und zusammenarbeiten. Man könnte meinen, das hätten sie genau so vorhergesehen und beabsichtigt.

Einiges ist noch unklar, so befindet man sich z. B. gerade in einem Aushandlungsprozess zwischen den europäischen Ländern und der EZLN über die Fragen, wann wie viele wo wie lange sein werden. Fest steht, dass zwischen 50 und 160 Zapatistas kommen werden, dass sie 3 Monate in Europa sind und dass mindestens 75 % der Delegation aus Frauen besteht.

Von den Seldschuken in Sibirien bis ins Baskenland, von den indigenen Samen in Skandinavien bis nach Kreta werden die Zapatistas mit Widerständigen gegen die Unterdrückung zusammentreffen.

Am 13. August wollen die Zapatistas in Madrid sein. Warum? Weil am 13. August 1521 der spanische General Cortés erklärt hatte »Die Indigenen sind besiegt.« Und die Zapatistas wollen auf den Tag genau 500 Jahre später mit dem Schiff in der Hauptstadt des spanischen Kolonialreichs landen, um zu verkünden: »Wir wurden NIE besiegt!«

Wer an der Organisation der Reise mitwirken oder diese unterstützen möchte, kann sich auf der Webseite vom Ya-Basta-Netz[2] die seinem*ihrem Wohnort nächstgelegene Vernetzung heraussuchen und ihr eine Mail schreiben. Darüber hinaus kann die Erklärung der Zapatistas über ihre Reise unterschrieben werden. Diese Unterschrift bedeutet für die Zapatistas ein Versprechen – bei der Reise mitzuhelfen und für das in der Erklärung Formulierte gemeinsam zu kämpfen.

Zu guter Letzt und ganz wichtig: Es werden Spenden benötigt! Das ganze wird eine Menge Geld kosten und wir wollen nicht, dass die Genoss*innen aus Chiapas dafür in ihre Kriegskasse greifen müssen.

Die zapatistische Weltreise ist für alle eine sehr große Chance. Sie kann uns Hoffnung geben, die Aufhebung unserer Zersplitterung, ein Zusammenkommen und Zusammenbleiben bewirken, eine internationalistische Organisierung von unten und links schaffen und wenn wir gut sind, uns einen großen Sprung nach vorne bringen.

Und gleichzeitig werden wir dabei Fehler machen, dürfen Fehler machen, werden daraus lernen und weitermachen. In diesem Sinne:

Fragend schreiten wir voran! ♦

Spendenkonten:
1.) Zwischenzeit e.V. (gemeinnütziger Verein)
Bankleitzahl: 430 609 67
Konto-Nummer: 335 767 00
IBAN: DE91 4306 0967 0033 5767 00
BIC: GENODEM1GLS
GLS Gemeinschaftsbank
Stichwort: »Spende Delegation Zapatistas«
2.) Kaffeekollektiv Aroma Zapatista eG
IBAN: DE54 4306 0967 2039 2873 00
BIC: GENODEM1GLS
GLS Gemeinschaftsbank
»Spende Delegation Zapatistas«

2 https://www.ya-basta-netz.org/

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig alle zwei Monate.

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.), S. Karabulut, D. Çimen, B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
www.kurdistanreport.de
kr@nadir.org

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
IBAN: DE41 2005 0550 1020 2121 20
BIC: HASPDEHHXXX Hamburger Sparkasse

Preise:
Einzelexemplar: 3,– Euro
Jahresabonnement
6 Exemplare: 15,– Euro plus Portokosten

Titelbild:
Zeit für Freiheit: Kampagne für die Freiheit von Abdullah Öcalan

Rückseite:
Stiftung der Freien Frau in Syrien – Weqfa Jina Azad a Sûrî

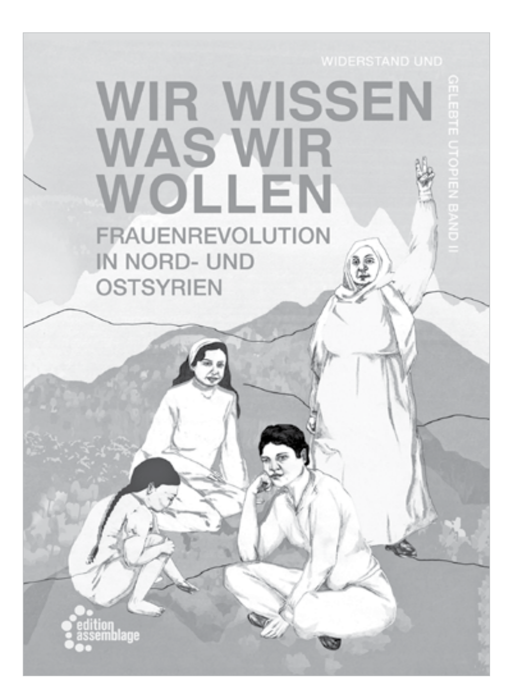
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

Wir wissen was wir wollen

Frauenrevolution in Nord- und Ostsyrien – Widerstand und gelebte Utopien Band II

Die Revolution in Rojava, die auch zu einer Frauenrevolution in Nord- und Ostsyrien geworden ist, hat in den vergangenen neun Jahren viele Dynamiken gesellschaftlicher Veränderungen angestoßen und ausgelöst. Machtstrukturen, patriarchale Denk- und Verhaltensweisen werden aufgebrochen und Frauen ergreifen das Wort. Wir wissen, was wir wollen und gestalten dementsprechend unsere Politik und unser Leben.

…



Eines unserer dringendsten Anliegen ist es, die Geschichte der Frauen in dieser Revolution und die Geschichte der Frauenrevolution, d. h. auch unsere eigene Geschichte zu schreiben. Wir wollen es nicht Männern oder Expert_innen von außen überlassen, unsere Entwicklungs- und Widerstandsgeschichte ihren Kategorien und Standards entsprechend zu beurteilen und zu verewigen. Vielmehr haben wir das Anliegen, die Geschichte und den Erfahrungsschatz der Frauenrevolution den in Rojava kämpfenden Frauen und den freiheitsliebenden Menschen in allen Teilen der Welt zugänglich zu machen. Im Austausch wollen wir voneinander lernen, einander stärken und gemeinsam wachsen.

Inspiriert von dem Buch »Widerstand und gelebte Utopien – Frauenguerilla, Frauenbefreiung und Demokratischer Konföderalismus in Kurdistan«, das die Entwicklungen der Frauenbewegung in Kurdistan bis zum Jahr 2010 beinhaltet, sind wir gemeinsam zu der Überzeugung gekommen, dass ein ähnliches zeitgeschichtliches Werk auch für die darauf folgende Zeit notwendig ist. Denn viele der dort erwähnten Ansätze und Vorhaben konnten mit dem Beginn der Rojava-Revolution in der Gesellschaft umgesetzt werden. Das vorliegende Buch »Wir wissen was wir wollen – Frauenrevolution in Nord- und Ostsyrien« ist das Ergebnis eines gemeinsamen Prozesses, bei dem für die Freiheit kämpfende Frauen in Kurdistan, Frauen der Jineolojî-Akademie und die Freund_innen der feministischen Kampagne »Gemeinsam Kämpfen« aus Deutschland zusammengekommen sind und auf unterschiedliche Weise ihren Beitrag geleistet haben.

…

Was hieraus wachsen wird, davon werden in der Zukunft weitere Bände und Autor_innenkollektive berichten können.

(Aus dem Grußwort von der Jineolojî-Akademie aus Nord- und Ostsyrien)

Wir wissen was wir wollen
Frauenrevolution in Nord- und Ostsyrien
Widerstand und gelebte Utopien Band II
edition assemblage
Hrsg: Herausgeber_innenkollektiv des Andrea-Wolf-Instituts in Zusammenarbeit mit dem Jineolojî Zentrum Brüssel
15 Euro

Bestelladresse:
ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
isku@nadir.org



ISSN 0935–5375